



17. Juni 2014

BARCLAYS BANK PLC

(errichtet mit beschränkter Haftung in England und Wales)

NACHTRAG

GEMÄß § 16 ABS. 1 WERTPAPIERPROSPEKTGESETZ ("**WpPG**")

ZU DEN FOLGENDEN BASISPROSPEKTEN:

(DIE "**BASISPROSPEKTE**"):

RSSP BASISPROSPEKT E VOM 4. JULI 2013 IN DER DURCH VORHERGEHENDE NACHTRÄGE VOM
23. OKTOBER 2013, 13. JANUAR 2014 UND 17. APRIL 2014 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "**RSSP BASISPROSPEKT E**")

FÜR

FESTVERZINSLICHE, VARIABEL VERZINSLICHE WERTPAPIERE, WERTPAPIERE MIT INFLATIONSBEZOGENER
VERZINSUNG SOWIE NULLKUPONWERTPAPIERE (DIE "**RSSP E WERTPAPIERE**")

(**VIERTER NACHTRAG**)

RSSP BASISPROSPEKT G VOM 12. NOVEMBER 2013 IN DER DURCH VORHERGEHENDE NACHTRÄGE
VOM 13. JANUAR 2014 UND 17. APRIL 2014 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "RSSP BASISPROSPEKT G")

FÜR

WECHSELKURSBEZOGENE AUTOCALL WERTPAPIERE (DIE "RSSP G WERTPAPIERE")

(DRITTER NACHTRAG)

UND

RSSP BASISPROSPEKT H VOM 13. MAI 2014

(DER "RSSP BASISPROSPEKT H")

FÜR

AKTIEN-, INDEX- UND WARENBEZOGENE WERTPAPIERE (DIE "RSSP H WERTPAPIERE")

(ERSTER NACHTRAG)

(DIE RSSP E WERTPAPIERE, DIE RSSP G WERTPAPIERE UND DIE RSSP H WERTPAPIERE, DIE
"WERTPAPIERE")

Anleger, die vor der Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung von Wertpapieren, die unter Endgültigen Bedingungen zu den Basisprospekten begeben wurden, gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, haben das Recht, diese gemäß § 16 Abs. 3 WpPG innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung des Nachtrags zu widerrufen, sofern der neue Umstand oder die Unrichtigkeit gemäß § 16 Abs. 1 WpPG vor dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots und vor der Lieferung der Wertpapiere eingetreten ist.

Der Widerruf (der nicht begründet werden muss) ist in Textform gegenüber derjenigen Stelle zu erklären, gegenüber der der jeweilige Anleger seine auf den Erwerb oder die Zeichnung der Wertpapiere gerichtete Willenserklärung abgegeben hat. Falls Barclays Bank plc die Gegenpartei des Erwerbsgeschäfts war, ist der Widerruf an Barclays Bank plc, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich, zu richten. Für die Wahrung der Widerrufsfrist ist die rechtzeitige Abgabe der Erklärung ausreichend.

Während der Gültigkeitsdauer der Basisprospekte sowie solange im Zusammenhang mit den Basisprospekten begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, werden Kopien dieses Nachtrags und der Basisprospekte in der Fassung eventueller Nachträge, auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei Barclays Bank plc, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich und auf der Internetseite der Emittentin www.barclays.com/investorrelations/debtinvestors (oder einer Nachfolgersite) bereitgehalten.

Die nachtragsbegründenden Umstände sind:

- I. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf den ungeprüften Zwischenfinanzbericht (*Interim Management Statement*) von Barclays PLC für die drei Monate, die am 31. März 2014 endeten, der am 6. Mai 2014 veröffentlicht wurde (Nachtragspunkt 1, 2, 3 und 5);
- II. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Bekanntmachung der Barclays PLC und der Bank hinsichtlich des aktualisierten Gruppenstrategie (*Group Strategy Update*), die am 8. Mai 2014 veröffentlicht wurde (Nachtragspunkt 3);
- III. die Feststellung von wesentlichen Unrichtigkeiten nach der Billigung der Prospekte, die am 2. Juni 2014 erfolgte (Nachtragspunkt 4, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 13, 15, 16 und 17);
- IV. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Einigung zwischen der Bank und einigen ihrer verbundenen Unternehmen und ehemaligen Mitarbeiter der Bank in Bezug auf die Ansprüche der FHFA am 24. April 2014 (Nachtragspunkt 10);
- V. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Verschiebung des Datum des Abschlusses in Bezug auf Schweizer/US-Steuerprogramme auf den 30. Juni 2014, die am 10. April 2014 bekannt wurde (Nachtragspunkt 12);
- VI. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Änderung der Direktoren (*Directors*) der Emittentin am 9. Mai 2014 sowie die potentiellen Interessenkonflikte in Bezug auf Wendy Lucas-Bull am 3. Juni 2014 (Nachtragspunkt 14); und
- VII. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Änderungen im Steuerrecht zum 9. Mai 2014 (Nachtragspunkt 18).

1. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitte "ZUSAMMENFASSUNG" Element B.12 wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand I.):

B.12	Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen	Die folgenden Finanzinformationen sind dem geprüften konsolidierten Konzernabschluss der Emittentin für das zum 31. Dezember 2013 bzw. zum 31. Dezember 2012 endende Jahr entnommen:		
	Keine wesentliche Verschlechterung der Aussichten der Emittentin	2013	2012	
	Keine wesentlichen Veränderungen bei der Finanzlage oder Handelsposition der Gruppe	GBP Mio.	GBP Mio.	
		Gesamte Aktiva:	1.312.840	1.488.761
		Gesamte Nettoforderungen	468.664	464.777
		Gesamte Einlagen	482.770	462.512
		Gesamtes Eigenkapital	63.220	59.923
		Minderheitsbeteiligungen	2.211	2.856
		Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2.855	650
		Wertminderungsaufwand	3.071	3.340
	Die Aussichten der Emittentin haben sich seit dem 31. Dezember 2013, dem Datum des letzten veröffentlichten geprüften Abschlusses nicht wesentlich verschlechtert.			
	Es gab keine wesentliche Veränderung in der Finanzlage der Gruppe seit dem 31. März 2014.			

2. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "SUMMARY" Element B.12 wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand I.):

B.12	Selected historical key financial information;	The following financial information is extracted from the audited consolidated financial statements of the Issuer for the year ended 31 December 2013 and 31 December 2012, respectively:		
	No material adverse change in the prospects of the Issuer	2013	2012	
	No significant change in the financial or trading position of the Group	£m	£m	
		Total Assets	1,312,840	1,488,761
		Net Loans and advances	468,664	464,777
		Total Deposits	482,770	462,512
		Total Shareholders' equity	63,220	59,923

		Non-controlling interests	2,211	2,856
		Profit before tax from continuing operations	2,855	650
		Credit impairment charges	3,071	3.340
		There has been no material adverse change in the prospects of the Issuer since 31 December 2013, the date of its last published audited financial statements.		
		There has been no significant change in the financial position of the Group since 31 March 2014.		

3. In den Basisprospekten wird der Abschnitt "**PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE**" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand I. und II.):

PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE

Die folgenden Informationen sind bei der Financial Conduct Authority ("FCA") hinterlegt und gelten als ein in diesen Basisprospekt gemäß § 11 Absatz 1 Satz 2 des WpPG einbezogener Teil:

- der gemeinsame Geschäftsbericht (*Annual Report*), der Barclays PLC und der Barclays Bank PLC ("**Emittentin**"), wie bei der U.S. Securities and Exchange Commission ("**SEC**") mittels Form 20-F für die am 31. Dezember 2012 bzw. 31. Dezember 2013 zu Ende gegangenen Geschäftsjahre, eingereicht (der "**Gemeinsame Geschäftsbericht**"); hiervon ausgenommen sind diejenigen per Verweis in den Gemeinsamen Geschäftsbericht einbezogenen Dokumente, auf die im Anlagenindex (*Exhibit Index*) des Gemeinsamen Geschäftsberichts Bezug genommen wird: Sie gelten nicht als in diesen Basisprospekt einbezogen;
- die Geschäftsberichte (*Annual Reports*) der Emittentin mit den geprüften konsolidierten Jahresabschlüssen der Bank für die am 31. Dezember 2012 (der "**Geschäftsbericht der Emittentin 2012**") bzw. 31. Dezember 2013 (der "**Geschäftsbericht der Emittentin 2013**") zu Ende gegangenen Geschäftsjahre;
- der von der Barclays PLC bekannt gegebene Leverage Plan, wie bei der SEC mittels Form 6-K unter dem Aktenzeichen (Film Number) 13995561 am 30. Juli 2013 eingereicht;
- der ungeprüfte Zwischenfinanzbericht (*Interim Management Statement*) von Barclays PLC wie bei der SEC mittels Form 6-K unter dem Aktenzeichen (*Film Number*) 14816123 am 6. Mai 2014 für die drei Monate, die am 31. März 2014 endeten, eingereicht (der "**Zwischenfinanzbericht**"); und
- die Bekanntmachung der Barclays PLC und der Bank hinsichtlich des gemeinsam bei der SEC mittels Form 6-K unter dem Aktenzeichen (*Film Number*) 14827183 am 9. Mai 2014 eingereichten aktualisierten Gruppenstrategie (*Group Strategy Update*).

Der nachfolgenden Tabelle sind jeweils die Seitenzahlen für die im Gemeinsamen Geschäftsbericht enthaltenen Dokumente zu entnehmen:

Corporate Governance Bericht (<i>Corporate Governance Report</i>)	29
Lagebericht (<i>Directors' report</i>)	54
<i>Board of Directors</i>	59
Mitarbeiter (<i>People</i>)	62
Vergütungsbericht (<i>Remuneration Report</i>)	65
Risikobericht (<i>Risk Review</i>)	107
Bestandsaufnahme (<i>Financial Review</i>)	211
Jahresabschluss (<i>Financial Statements</i>)	243
Bericht der unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für Barclays PLC (<i>Independent Registered Public Accounting Firm's report for Barclays PLC</i>)	245
Konsolidierter Jahresabschluss (<i>Consolidated Financial Statements</i>) der Barclays PLC	246
Anmerkungen zum Jahresabschluss (<i>Notes to the Financial Statements</i>)	253
Risikomanagement (<i>Risk Management</i>)	346
Aktionärsinformationen (<i>Shareholder Information</i>)	391
Weitere Informationen (<i>Additional Information</i>)	405
Bericht der unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für Barclays Bank PLC (<i>Independent Registered Public Accounting Firm's report for Barclays Bank PLC</i>)	444
Daten zu Barclays Bank PLC (<i>Barclays Bank PLC Data</i>)	445

Soweit Informationen in diesen Prospekt durch Verweis auf bestimmte Teile eines Dokuments aufgenommen wurden, sind die nicht aufgenommenen Teile für den Anleger nicht relevant. Die oben genannten Dokumente können während gewöhnlicher Geschäftszeiten am eingetragenen Sitz der Emittentin, auf <http://group.barclays.com/about-barclays/investor-relations/results-announcements> und in der angegebenen Geschäftsstelle der Zahlstelle wie im Absatz "Verfügbarkeit von Unterlagen" unter "Allgemeine Informationen" beschrieben, eingesehen werden.

Die Emittentin hat die oben per Verweis einbezogenen Abschlüsse auf Grundlage der *International Financial Reporting Standards* ("IFRS"), wie vom International Accounting Standards Board veröffentlicht, und von der Europäischen Union (die "EU") übernommen, erstellt. Eine Zusammenfassung der wesentlichen Rechnungslegungsrichtlinien für die Emittentin ist im Geschäftsbericht der Emittentin 2012 und dem Geschäftsbericht der Emittentin 2013 abgedruckt.

4. In den Basisprospekten wird im Abschnitt "ALLGEMEINE INFORMATIONEN", in dem Unterabschnitt "Maßgebliche Clearing-Systeme" der erste Absatz wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand III.):

Die unter dem Programm begebenen Wertpapiere können durch Euroclear, Clearstream, Clearstream Frankfurt oder SIX SIS Ltd., oder ein anderes Clearing System gecleart werden. Die Endgültigen

Bedingungen geben das Maßgebliche Clearing System an. Der von Euroclear, Clearstream vergebene Common Code für jede Serie von Wertpapieren oder die von Clearstream Frankfurt vergebene Wertpapierkennnummer ("WKN") oder die von SIX SIS Ltd. angegebene Valoren werden in den Endgültigen Bedingungen für diese Serie zusammen mit der Wertpapieridentifikationsnummer ("ISIN") angegeben. Die Transaktionen werden in Übereinstimmung mit den Maßgeblichen Regeln gebucht.

5. In den Basisprospekten wird im Abschnitt "**ALLGEMEINE INFORMATIONEN**" der Unterabschnitt "**Keine wesentliche Änderung**" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand I.):

Keine wesentliche Änderung

Es gab keine wesentliche Veränderung in der Finanzlage der Gruppe seit dem 31. März 2014.

6. In dem R SSP Basisprospekt E und dem R SSP Basisprospekt G wird im Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**", in dem Unterabschnitt "**Die Emittentin und die Gruppe**" der erste Absatz wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand III.):

Die Bank und die Gruppe

Die Bank (zusammen mit ihren Tochtergesellschaften (die "**Bankengruppe**")) ist eine nach dem Recht von England und Wales gegründete und in England und Wales unter der Nummer 1026167 im Companies House von England und Wales in Cardiff eingetragene Aktiengesellschaft (*public limited company*). Die Haftung der Gesellschafter der Bank ist beschränkt. Eingetragener Sitz und Hauptniederlassung der Bank ist 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich (Telefonnummer: +44 (0)20 7116 1000). Die Bank wurde am 7. August 1925 nach dem *Colonial Bank Act 1925* gegründet und am 4. Oktober 1971 als *company limited by shares* nach dem *Companies Act 1948 to 1967* eingetragen. Gemäß dem *Barclays Bank Act 1984* erfolgte am 1. Januar 1985 eine Umregistrierung der Bank als *public limited company* und ihre Umfirmierung von 'Barclays Bank International Limited' in 'Barclays Bank PLC'. Der kommerzielle Name der Emittentin lautet Barclays. Alle ausgegebenen Stammaktien am Kapital der Bank befinden sich im wirtschaftlichen Eigentum der Barclays PLC. Barclays PLC (zusammen mit ihren Tochtergesellschaften (die "**Gruppe**") ist die Endholdinggesellschaft der Gruppe und gehört nach Marktkapitalisierung zu den größten Finanzdienstleistern der Welt. Die Finanzlage der Bank ist abhängig von der Finanzlage ihrer Tochtergesellschaften. Im Übrigen ist die Bank nicht von anderen Unternehmen innerhalb der Gruppe abhängig.

7. In dem R SSP Basisprospekt E und dem R SSP Basisprospekt G wird im Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**", in dem Unterabschnitt "**Die Emittentin und die Gruppe**" der zweite Absatz und in dem R SSP Basisprospekt H wird im Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**", in dem Unterabschnitt "**Die Bank und die Gruppe**" der zweite Absatz wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand III.):

Die Gruppe ist ein global tätiger Finanzdienstleister im Privat- und Geschäftskundengeschäft, Kreditkartengeschäft, Investmentbanking, Vermögensmanagement und Investmentmanagement und hat eine weitreichende internationale Präsenz in Europa, den USA, Afrika und Asien. Zusammen mit ihren Vorgängerunternehmen kann die Bankengruppe auf eine über 300-jährige Geschichte im Bankenbereich zurückblicken und verfügt daher über eine entsprechende Expertise. Heute ist die Bankengruppe in über 50 Ländern tätig und hatte zum 31. Dezember 2013 ca. 140.000 Mitarbeiter. Für ihre Kunden weltweit agiert die Bankengruppe als Darlehensgeberin,

wickelt Geldverkehr ab, tätigt Investitionen und schützt Gelder. Ausführliche Informationen zur Beschreibung der Gruppe finden sich in dem Geschäftsbericht der Barclays PLC, der in dem Gemeinsamen Geschäftsbericht enthalten und per Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen ist.

8. In dem RSSP Basisprospekt E und dem RSSP Basisprospekt G wird im Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**", in dem Unterabschnitt "**DIE EMITTENTIN UND DIE GRUPPE**", der Unterabschnitt "**Übernahmen, Veräußerungen und jüngste Entwicklungen**" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand III.):

Strategischer Zusammenschluss von Barclays Africa und Absa Group Limited

Am 6. Dezember 2012 hat die Bank eine Vereinbarung zur Zusammenlegung des größten Teils ihrer Afrika-Geschäfte (**Afrika-Geschäft**) mit Absa Group Limited (**Absa**) geschlossen. Im Rahmen des Zusammenschlusses übernahm Absa Barclays Africa Limited, die Holdinggesellschaft für das Afrika-Geschäft; als Gegenleistung erhielt Barclays Africa Limited 129.540.636 Absa-Stammaktien (im Wert von ca. GBP 1,3 Mrd.). Der Zusammenschluss wurde am 31. Juli 2013 abgeschlossen und mit dem Vollzug der Transaktion erhöhte sich die 55,5 %-Beteiligung der Bank an Absa auf 62,3 %. Absa wurde danach in Barclays Africa Group Limited umbenannt, handelt aber weiterhin unter ihrem alten kommerziellen Namen Absa.

Prüfung der Eigenkapitalausstattung durch die PRA

In 2013 forderte der britische finanzpolitische Ausschuss (*UK Financial Policy Committee*) die PRA auf, Schritte einzuleiten, um sicherzustellen, dass am Ende des Jahres 2013 große britische Banken und Bausparkassen, einschließlich der Gruppe, über ein Eigenkapital verfügen, welches 7 % ihrer risikogewichteten Aktiva entspricht. Im Rahmen ihrer Prüfung führte die PRA auch eine Zielvorgabe für die Verschuldungsquote in Höhe von 3 % ein und verlangte von der Gruppe, sie solle planen, diese Verschuldungsquote von 3 % bis zum 30. Juni 2014 zu erreichen. Die Berechnungen der PRA sowohl für die Kapital- als auch die Verschuldungsquote basierten auf den CRD IV-Definitionen, die vollumfänglich mit weiteren aufsichtsrechtlichen Anpassungen angewendet wurden.

Um diese Ziele im Rahmen der von der PRA gesetzten Zeitvorgaben zu erreichen, hat die Gruppe einen Plan entworfen und mit der PRA abgestimmt, bestehend aus Kapitalmanagement und Fremdkapitalrisikomaßnahmen (*leverage exposure actions*), welcher am 30. Juli 2013 bekannt gegeben wurde. Die Gruppe hat diesen Plan 2013 durch folgende Maßnahmen umgesetzt: Durchführung einer Bezugsrechtsemission mit Underwriting zur Aufnahme von hartem Kernkapital in Höhe von ca. GBP 5,8 Mrd. (nach Abzug der Kosten), Emission von GBP 2,1 Mrd. (Gegenwert) Contingent Convertible-Wertpapieren des zusätzlichen Kernkapitals, die den CRD IV-Vorgaben entsprechen (*CRD IV qualifying contingent convertible Additional Tier 1 securities*) mit einer vollumfänglich angewendeten harten Kernkapitalquote von 7 % als Auslöser und Reduzierung der PRA Verschuldungsquote auf GBP 1.363 Mrd. Infolge dieser Maßnahmen wies die Gruppe zum 31. Dezember 2013 eine geschätzte harte Kernkapitalquote bei vollumfänglicher Anwendung der CRD IV (*fully loaded CRD IV CET1 ratio*) von 9,3 % und eine geschätzte PRA Verschuldungsquote von knapp 3 % aus.

9. In dem RSSP Basisprospekt E und dem RSSP Basisprospekt G wird im Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**", in dem Unterabschnitt "**DIE EMITTENTIN UND DIE GRUPPE**", der Unterabschnitt "**Wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche Angelegenheiten**" gelöscht (nachtragsbegründender Umstände III.).

10. In dem RSSP Basisprospekt E und dem RSSP Basisprospekt G wird im Abschnitt **"INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN"**, in dem Unterabschnitt **"DIE EMITTENTIN UND DIE GRUPPE"**, in dem Unterabschnitt **"Wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche sowie sonstige rechtliche Angelegenheiten"**, in dem Unterabschnitt *"Klagen im Zusammenhang mit Residential Mortgage-Backed Securities"* und in dem RSSP Basisprospekt H im Abschnitt **"INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN"**, in dem Unterabschnitt **"DIE BANK UND DIE GRUPPE"**, in dem Unterabschnitt **"Wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche sowie sonstige rechtliche Angelegenheiten"**, in dem Unterabschnitt *"Klagen im Zusammenhang mit Residential Mortgage-Backed Securities"*, der letzte Satz im zweiten Absatz ("Die Gruppe ist der Ansicht, dass die gegen sie gerichteten Klagen unbegründet sind und beabsichtigt, sich nachdrücklich gegen diese zu verteidigen.") gelöscht sowie am Ende des Unterabschnitts folgender Absatz eingefügt (nachtragsbegründender Umstand III. und IV.):

Am 24. April 2014 haben sich die Bank und einige ihrer verbundenen Unternehmen und ehemalige Mitarbeiter der Bank auf den Ausgleich der Ansprüche der FHFA geeinigt, der einen Ausgleich aller Ansprüche gegen diese Unternehmen und Einzelpersonen vorsieht im Gegenzug für eine Zahlung von USD 0,28 Mrd. durch die Bank.

11. In dem RSSP Basisprospekt E und dem RSSP Basisprospekt G wird im Abschnitt **"INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN"**, in dem Unterabschnitt **"DIE EMITTENTIN UND DIE GRUPPE"**, in dem Unterabschnitt **"Wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche sowie sonstige rechtliche Angelegenheiten"**, im Unterabschnitt *"Zivilklagen im Zusammenhang mit der Festlegung des LIBOR und anderer Bezugswerte"* und in dem RSSP Basisprospekt H wird im Abschnitt **"INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN"**, in dem Unterabschnitt **"DIE BANK UND DIE GRUPPE"**, in dem Unterabschnitt **"Wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche sowie sonstige rechtliche Angelegenheiten"**, im Unterabschnitt *"Zivilklagen im Zusammenhang mit der Festlegung des LIBOR und anderer Bezugswerte"*, im letzten Absatz der Satz "Das erste dieser Verfahren wurde in England und Wales von Graiseley Properties Limited anhängig gemacht; ein Verhandlungstermin beim High Court of Justice ist für April 2014 angesetzt." gelöscht (nachtragsbegründender Umstand III.).

12. In dem RSSP Basisprospekt E und dem RSSP Basisprospekt G wird im Abschnitt **"INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN"**, in dem Unterabschnitt **"DIE EMITTENTIN UND DIE GRUPPE"**, in dem Unterabschnitt **"Wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche Angelegenheiten sowie sonstige rechtliche Angelegenheiten"** der Unterabschnitt *"Schweizer / US-Steuerprogramme"* und in dem RSSP Basisprospekt H wird der Abschnitt **"INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN"**, in dem Unterabschnitt **"DIE BANK UND DIE GRUPPE"**, in dem Unterabschnitt **"Wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche sowie sonstige rechtliche Angelegenheiten"** der Unterabschnitt *"Schweizer / US-Steuerprogramme"* wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand V.):

Schweizer / US-Steuerprogramme

Im August 2013 gaben das DOJ und das Eidgenössische Finanzdepartement das sog. Programme for Non-Prosecution Agreements or Non-Target Letters for Swiss Banks bekannt – ein Programm, in dessen Rahmen unter bestimmten Umständen von der strafrechtlichen Verfolgung von Schweizer Banken abgesehen bzw. bescheinigt wird, dass diese nicht Gegenstand entsprechender Untersuchungen sind (Programm). Dem vorausgegangen ist ein langwieriger Streit zwischen den

Vereinigten Staaten und der Schweiz über steuerliche Verpflichtungen aufgrund von bei Schweizer Banken unterhaltenen Konten mit US-Bezug (sog. U.S. Related Accounts).

Die Barclays Bank (Suisse) SA und die Genfer Niederlassung der Barclays Bank PLC nehmen an dem Programm teil, in dessen Rahmen eine strukturierte Überprüfung der US-Konten erforderlich ist. Diese Überprüfung wird derzeit durchgeführt; das Ergebnis der Überprüfung entscheidet darüber, ob im Falle der Barclays Bank (Suisse) SA und der Genfer Niederlassung der Barclays Bank PLC von der strafrechtlichen Verfolgung abgesehen wird oder ihnen Sanktionen auferlegt werden. Das ursprüngliche Fristende für den Abschluss der Überprüfung war der 30. April 2014. In Übereinstimmung mit den Bedingungen des Programms hat die Bank eine Verlängerung von 60 Tagen beantragt, die bewilligt wurde. Infolgedessen ist das Datum des Abschlusses der 30. Juni 2014.

13. In dem RSSP Basisprospekt E und dem RSSP Basisprospekt G werden im Abschnitt "INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN", in dem Unterabschnitt "DIE EMITTENTIN UND DIE GRUPPE", die Unterabschnitte "Ermittlungen in Bezug auf den Devisenhandel" bis einschließlich des Unterabschnittes "Ermittlungen in Bezug auf bestimmte Verträge" gelöscht (nachtragsbegründender Umstand III.).
14. In dem RSSP Basisprospekt E und dem RSSP Basisprospekt G wird im Abschnitt "INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN", in dem Unterabschnitt "DIE EMITTENTIN UND DIE GRUPPE", der Unterabschnitt mit der Überschrift "Directors" und in dem RSSP Basisprospekt H wird im Abschnitt "INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN", in dem Unterabschnitt "DIE BANK UND DIE GRUPPE", der Unterabschnitt mit der Überschrift "Directors" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand VI.):

Direktoren

Der folgenden Übersicht sind folgende Informationen zu entnehmen: die *Directors* der Bank, ihre jeweilige Position innerhalb der Gruppe sowie ggf. die wichtigsten von ihnen außerhalb der Gruppe ausgeübten Tätigkeiten, soweit diese für die Gruppe von Bedeutung sind. Alle als *Directors* aufgeführten Personen haben jeweils die Geschäftsanschrift 1 Churchill Place, London E14 5HP, Vereinigtes Königreich.

Name	Funktion(en) innerhalb der Gruppe	Wichtigste Tätigkeiten außerhalb der Gruppe
Sir David Walker	Vorsitzender	Mitglied und Treuhänder (<i>Trustee</i>) Consultative Group on International Economic and Monetary Affairs, Inc. (Group of Thirty); Treuhänder (<i>Trustee</i>) Cicely Saunders International
Antony Jenkins	<i>Chief Executive</i> der Gruppe	<i>Director</i> , The Institute of International Finance, Mitglied des International Advisory Panel der Monetary Authority von Singapur
Tushar Morzaria	Finanzvorstand der Gruppe (<i>Group Finance Director</i>)	
Tim Breedon CBE	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i>	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i> , Ministry of

Name	Funktion(en) innerhalb der Gruppe	Wichtigste Tätigkeiten außerhalb der Gruppe
Crawford Gillies	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i>	Justice Departmental Board Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i> , Standard Life plc; Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i> , MITIE Group PLC.; Vorsitzender, Control Risks Group Limited; Vorsitzender, Scottish Enterprise.
Reuben Jeffery III	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i>	<i>Chief Executive Officer</i> , Rockefeller & Co., Inc.; <i>Chief Executive Officer</i> , Rockefeller Financial Services Inc.; Mitglied der <i>International Advisory Council of the China Securities Regulatory Commission</i> ; Mitglied, <i>Advisory Board of Towerbrook Capital Partners LP</i> ; <i>Director</i> , Financial Services Volunteer Corps; Mitglied, International Advisory Committee, RIT PLC
Dambisa Moyo	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i>	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i> , SABMiller PLC; Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i> , Barrick Gold Corporation
Sir Michael Rake	Stellvertretender Vorsitzender (<i>Deputy Chairman</i>) und <i>Senior Independent Director</i>	Vorsitzender, BT Group PLC; <i>Director</i> , McGraw-Hill Financial Inc.; <i>President</i> , Confederation of British Industry
Sir John Sunderland	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i>	Vorsitzender, Merlin Entertainments Group Limited; Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i> , AFC Energy plc; <i>Governor</i> , Reading University Council; <i>Chancellor</i> , Aston University
Diane de Saint Victor	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i>	<i>General Counsel</i> , <i>Company Secretary</i> und Mitglied des <i>Group Executive Committee</i> von ABB Limited, Mitglied des Beirats des World Economic Forum: <i>Open Forum</i> in Davos
Frits van Paasschen	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i>	CEO und <i>President</i> der Starwood Hotels and Resorts Worldwide Inc.
Mike Ashley	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i>	Mitglied im Prüfungsausschuss des britischen Finanzministeriums (<i>HM Treasury Audit Committee</i>); Mitglied des <i>Institute of Chartered Accountants in England & Wales'</i>

Name	Funktion(en) innerhalb der Gruppe	Wichtigste Tätigkeiten außerhalb der Gruppe
Wendy Lucas-Bull	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i> ; Vorsitzende der Barclays Africa Group Limited	<i>Ethics Standards Committee; Vice-Chair, European Financial Reporting Advisory Group's Technical Expert Group; Director, Afrika Tikkun NPC; Director, Peotona Group Holdings (Pty) Limited</i>
Stephen Thieke	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i>	

Barclays Africa Group Limited (BAGL) befindet sich im mehrheitlichen Anteilsbesitz der Gruppe und ein kleiner Anteil des stimmberechtigten Kapitals befindet sich im nicht-beherrschenden Anteilsbesitz Dritter. Es bestehen Verfahren zur Regelung potenzieller Interessenskonflikte, die aus Wendy Lucas-Bull's Pflichten als Nicht an der Geschäftsführung beteiligter *Director* der Bank und ihren Pflichten als Vorsitzende der BAGL entstehen. Mit Ausnahme des in Bezug auf Wendy Lucas-Bull oben dargelegten, bestehen keine potenziellen Interessenskonflikte zwischen den Pflichten der vorstehend aufgeführten *Directors* gegenüber der Bank und deren privaten Interessen bzw. sonstigen Pflichten.

15. In dem RSP Basisprospekt E werden im Abschnitt "MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN/FORM OF FINAL TERMS", im Unterabschnitt "Teil A/Part A" unter der Überschrift "Regelungen bezogen auf die Wertpapiere" die Nummern 4. und 5. wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand III.):

4. Schuldverschreibungen: [Anwendbar] [Entfällt]
- Notes: [Applicable] [N/A]
- [a. Gesamtnennbetrag am Ausgabebetrag: [Bis zu] [●]
- Aggregate Nominal Amount as at the Issue Date:* [Up to][●]
- [(i) Gesamtnennbetrag der Serie: [●]
- Aggregate Nominal Amount of the Series:* [●]
- (ii) Gesamtnennbetrag der Tranche: [●]
- Aggregate Nominal Amount of the Tranche:* [●]
- b. Festgelegter Nennbetrag: [●]
- Specified Denomination:* [●]

- c. Mindesthandelsbetrag: [●] [Entfällt]
Minimum Tradable Amount: [●] [N/A]
- d. Berechnungsbetrag je Wertpapier am Ausgabebetag: [●][Nicht anwendbar]
Calculation Amount per Security as at the Issue Date: [●][Not Applicable]]
- 5. Zertifikate: [Anwendbar] [Entfällt]
Certificates: [Applicable] [N/A]
- [a. Anzahl der Zertifikate: [Bis zu] [●]
Number of Certificates: [Up to][●]
- (i) Anzahl der Zertifikate der Serie: [●]
Number of Certificates of the Series: [●]
- (ii) Anzahl der Zertifikate der Tranche: [●]
Number of Certificates of the Tranche: [●]]
- b. Mindesthandelsbetrag [●] [Entfällt]
Minimum Tradable Amount: [●] [N/A]
- c. Berechnungsbetrag je Wertpapier am Ausgabebetag: [●][Nicht anwendbar]
Calculation Amount per Security as at the Issue Date: [●][Not Applicable]]

16. In dem RSSP Basisprospekt G werden im Abschnitt "MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN/FORM OF FINAL TERMS", im Unterabschnitt "Teil A/Part A" unter der Überschrift "Regelungen bezogen auf die Wertpapiere" die Nummern 5. und 6. wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand III.):

- 5. Schuldverschreibungen: [Anwendbar] [Entfällt]
Notes: [Applicable] [N/A]
- [a. Gesamtnennbetrag am Ausgabebetag: [Bis zu] [●]
Aggregate Nominal Amount as at the Issue Date: [Up to][●]
- (i) Gesamtnennbetrag der [●]

- Serie: [●]
- Aggregate Nominal Amount of the Series:*
- (ii) Gesamtnennbetrag der Tranche: [●]
- Aggregate Nominal Amount of the Tranche:* [●]
- b. Festgelegter Nennbetrag: [●]
- Specified Denomination:* [●]
- c. Mindesthandelsbetrag: [●] [Entfällt]
- Minimum Tradable Amount:* [●] [N/A]
- d. Berechnungsbetrag je Wertpapier am Ausgabetag: [●][Nicht anwendbar]
- Calculation Amount per Security as at the Issue Date:* [●][Not Applicable]
6. Zertifikate: [Anwendbar] [Entfällt]
- Certificates:* [Applicable] [N/A]
- [a. Anzahl der Zertifikate: [Bis zu] [●]
- Number of Certificates:* [Up to][●]
- [(i) Anzahl der Zertifikate der Serie: [●]
- Number of Certificates of the Series:* [●]
- (ii) Anzahl der Zertifikate der Tranche: [●]
- Number of Certificates of the Tranche:* [●]
- b. Mindesthandelsbetrag [●] [Entfällt]
- Minimum Tradable Amount:]* [●] [N/A]
- c. Berechnungsbetrag je Wertpapier am Ausgabetag: [●][Nicht anwendbar]
- Calculation Amount per Security as at the Issue Date:* [●][Not Applicable]

17. In dem RSP Basisprospekt H werden im Abschnitt "MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN/FORM OF FINAL TERMS", im Unterabschnitt "Teil A/Part A", im Unterabschnitt "Abschnitt E der

Bedingungen (die Definitionen)/Section E of the Conditions (the Definitions)" die Nummern 2. und 3. wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand III.):

- | | | |
|------|--|----------------------------|
| 2. | Schuldverschreibungen: | [Anwendbar] [Entfällt] |
| | <i>Notes:</i> | <i>[Applicable] [N/A]</i> |
| [a. | Gesamtnennbetrag am Ausgabetag: | [Bis zu] [●] |
| | <i>Aggregate Nominal Amount as at the Issue Date:</i> | <i>[Up to][●]</i> |
| | [(i) Gesamtnennbetrag der Serie: | [●] |
| | <i>Aggregate Nominal Amount of the Series:</i> | <i>[●]</i> |
| | [(ii) Gesamtnennbetrag der Tranche: | [●] |
| | <i>Aggregate Nominal Amount of the Tranche:</i> | <i>[●]</i> |
| | b. Festgelegter Nennbetrag: | [●] |
| | <i>Specified Denomination:</i> | <i>[●]</i> |
| | c. Mindesthandelsbetrag: | [●] [Entfällt] |
| | <i>Minimum Tradable Amount:</i> | <i>[●] [N/A]</i> |
| | d. Berechnungsbetrag je Wertpapier am Ausgabetag: | [●][Nicht anwendbar] |
| | <i>Calculation Amount per Security as at the Issue Date:</i> | <i>[●][Not Applicable]</i> |
| 3. | Zertifikate: | [Anwendbar] [Entfällt] |
| | <i>Certificates:</i> | <i>[Applicable] [N/A]</i> |
| [a. | Anzahl der Zertifikate: | [Bis zu] [●] |
| | <i>Number of Certificates:</i> | <i>[Up to][●]</i> |
| | [(i) Anzahl der Zertifikate der Serie: | [●] |
| | <i>Number of Certificates of the Series:</i> | <i>[●]</i> |
| | [(ii) Anzahl der Zertifikate der Tranche: | [●] |
| | <i>Number of Certificates of the Tranche:</i> | <i>[●]</i> |

- b. Mindesthandelsbetrag [●] [Entfällt]
Minimum Tradable Amount: [●] [N/A]
- c. Berechnungsbetrag je Wertpapier am Ausgabebetrag: [●][Nicht anwendbar]
Calculation Amount per Security as at the Issue Date: [●][Not Applicable]

18. In den Basisprospekten werden im Abschnitt "BESTEUERUNG", die Unterabschnitte "1. Besteuerung im Vereinigten Königreich", "2. Besteuerung in der Europäischen Union", "3. Besteuerung in Deutschland", "4. Besteuerung in Österreich", "5. Besteuerung in den Niederlanden", "6. Besteuerung in Luxemburg", "7. Besteuerung in Belgien", "8. Besteuerung in den Vereinigten Staaten von Amerika", "9. Besteuerung in der Schweiz" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand VII.):

1. Besteuerung im Vereinigten Königreich

Die nachstehenden Erläuterungen auf der Grundlage des derzeit geltenden britischen Steuerrechts und der publizierten Praxis der britischen Steuerbehörde HM Revenue & Customs ("HMRC") sind allgemeiner Natur; sie stellen eine Zusammenfassung des derzeit geltenden britischen Rechts und dessen Anwendung nach dem Verständnis der Emittentin hinsichtlich bestimmter Aspekte der Besteuerung im Vereinigten Königreich dar und verstehen sich nicht als abschließend. Sie gelten nur für wirtschaftliche Eigentümer von Wertpapieren und nicht für bestimmte Gruppen von Steuerpflichtigen (beispielsweise mit Wertpapieren handelnde Personen, bestimmte professionelle Anleger oder mit der Emittentin verbundene Personen), für die spezielle Regelungen gelten können.

Anleger, die unter Umständen einer Besteuerung außerhalb des Vereinigten Königreichs unterliegen oder hinsichtlich ihrer steuerlichen Situation Zweifel haben, sollten eigene professionelle Berater konsultieren.

Quellensteuer

(i) Zinszahlungen ausschließlich durch die Emittentin

Bei Zinszahlungen muss die Emittentin keinen Einbehalt oder Abzug aufgrund britischer Steuern vornehmen, sofern es sich bei ihr auch weiterhin um eine Bank im Sinne von *Section 991* des *Income Tax Act 2007* (das "Gesetz") handelt und die Zahlung der Zinsen auf die Wertpapiere im Rahmen ihrer gewöhnlichen Geschäftstätigkeit im Sinne von *Section 878* des Gesetzes erfolgt. Die Emittentin übernimmt keine Verantwortung für die Einbehaltung der Steuern an der Quelle.

(ii) Zinszahlungen in Bezug auf Wertpapiere, die an einer anerkannten Börse notiert sind

Zinszahlungen aus den Wertpapieren dürfen ohne Einbehalt oder Abzug aufgrund britischer Steuern erfolgen, sofern diese Wertpapiere einen Anspruch auf Zinsen begründen und an einer "anerkannten Börse" entsprechend der Definition in *Section 1005* des Gesetzes notiert sind und

dort auch künftig notiert sind. Bei der London Stock Exchange handelt es sich um eine anerkannte Börse. Wertpapiere erfüllen diese Voraussetzung, wenn sie an der jeweiligen anerkannten Börse zum Handel zugelassen und (im Falle des Vereinigten Königreichs) zur *Official List* zugelassen bzw. (im Falle eines Landes mit einer anerkannten Börse außerhalb des Vereinigten Königreichs) nach Maßgabe von Bestimmungen, die den im Allgemeinen in EWR-Staaten anwendbaren Bestimmungen entsprechen, amtlich notiert sind.

Setzt man somit voraus, dass diese Börsenzulassung der Wertpapiere bestehen bleibt, erfolgen Zinszahlungen auf diese Wertpapiere ohne Einbehalt oder Abzug aufgrund britischer Steuern, unabhängig davon, ob die Emittentin im Vereinigten Königreich ein Bankgeschäft betreibt und ob die Zinszahlungen im Rahmen ihres gewöhnlichen Geschäftsbetriebs geleistet werden.

(iii) Zinszahlungen an bestimmte Wertpapierinhaber

Außerdem können Zinszahlungen auf die Wertpapiere ohne Einbehalt oder Abzug aufgrund britischer Steuern erfolgen, wenn die Emittentin zum Zeitpunkt der Zahlung begründeten Anlass zu der Annahme hat, dass entweder

- (a) die Person, in deren wirtschaftlichem Eigentum die auf diese Wertpapiere entfallenden Zinsen stehen, hinsichtlich der entsprechenden Zinszahlungen britischer Körperschaftsteuer unterliegt, oder
- (b) die Zahlung an eine der in *Section 936* des Gesetzes aufgeführten Rechtsträger- oder Personengruppen erfolgt, für die eine entsprechende Ausnahmeregelung gilt,

vorausgesetzt, die HMRC hat (in Fällen, in denen sie hinreichend Grund zu der Annahme hat, dass die betreffende Zinszahlung nicht als sog. "*excepted payment*" zum Zeitpunkt der Zahlung von der Ausnahmeregelung erfasst ist) keine Weisung erteilt, dass von der Zinszahlung ein Steuerabzug vorzunehmen ist.

(iv) Wertpapiere mit einer Laufzeit von weniger als 365 Kalendertagen

Zinszahlungen auf die Wertpapiere können ebenfalls ohne Abzug aufgrund britischer Einkommensteuern erfolgen, wenn die Laufzeit der Wertpapiere weniger als ein Jahr ab dem Tag der Ausgabe beträgt und die Wertpapiere nicht im Rahmen von Vereinbarungen begeben werden, die Kreditaufnahmen mit Laufzeiten von insgesamt einem Jahr oder mehr vorsehen.

(v) Sonstige Einbehalte

In anderen Fällen ist, vorbehaltlich der Gewährung sonstiger Befreiungen oder Erleichterungen und vorbehaltlich einer anderslautenden Weisung der HMRC in Bezug auf Erleichterungen, die im Rahmen eines anwendbaren Doppelbesteuerungsabkommens geltend gemacht werden können, bei Zinszahlungen auf die Wertpapiere möglicherweise ein Einbehalt zum Basissatz aufgrund der britischen Einkommensteuer vorzunehmen.

Darüber hinaus ist, jeweils vorbehaltlich der Gewährung sonstiger Befreiungen oder Erleichterungen und vorbehaltlich einer anderslautenden Weisung der HMRC in Bezug auf Erleichterungen, die im Rahmen eines anwendbaren Doppelbesteuerungsabkommens geltend gemacht werden können, bei Zahlungen auf Wertpapiere möglicherweise ein Einbehalt zum Basissatz aufgrund der britischen Einkommensteuer vorzunehmen, sofern die betreffenden Zahlungen für die Zwecke der Besteuerung im Vereinigten Königreich keine Zinszahlungen,

sondern entweder jährliche Zahlungen oder (bei Wertpapieren, bei denen Erfüllung durch Lieferung möglich ist) Ausgleichszahlungen für Wertpapiererträge (*manufactured payments*) für die Zwecke der Besteuerung im Vereinigten Königreich darstellen.

Werden Wertpapiere mit einem Abschlag zum Nennbetrag begeben, wird auf diesen Abschlag (*discount element*) keine Quellensteuer im Vereinigten Königreich erhoben. Wird (im Unterschied zu einer Emission mit einem Abschlag) bei der Rückzahlung der Wertpapiere eine Prämie zum Nennbetrag gezahlt, kann diese Prämie, je nach den Umständen, für die Zwecke der Besteuerung im Vereinigten Königreich eine Zinszahlung darstellen. Infolgedessen können für sie die vorstehend beschriebenen Vorschriften zur Quellensteuer im Vereinigten Königreich gelten.

Berichtspflicht

Im Vereinigten Königreich müssen Personen, die im Auftrag anderer – natürlicher – Personen Zinszahlungen leisten oder erhalten, der HMRC unter Umständen bestimmte Informationen zur Identität der Zahlungsempfänger bzw. der Personen, in deren wirtschaftlichem Eigentum die Zinsen stehen, zur Verfügung stellen. Unter bestimmten Umständen kann diesbezüglich ein Informationsaustausch mit den Steuerbehörden anderer Länder erfolgen.

Anleger werden darüber hinaus auf die nachstehende Auskunft zur Zinsbesteuerungsrichtlinie verwiesen.

Stempelsteuer und Stamp Duty Reserve Tax ("SDRT") im Vereinigten Königreich

In Abhängigkeit von den Bedingungen der jeweiligen Wertpapiere (unter anderem z. B. in Abhängigkeit davon, ob es sich bei den Wertpapieren um Inhaberpapiere oder Namenspapiere handelt), unterliegt die Ausgabe oder anschließende Übertragung dieser Wertpapiere möglicherweise der britischen Stempelsteuer oder der SDRT.

2. Besteuerung in der Europäischen Union

EU Zinsbesteuerungsrichtlinie

Am 3. Juni 2003 hat der Rat "der Europäischen Union die Richtlinie 2003/48/EG (ergänzt und erweitert durch die Richtlinie 2014/48/EU vom 24. März 2014) im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen (die "**Zinsbesteuerungsrichtlinie**") angenommen. Seit dem 1. Juli 2005 sind im Rahmen der Zinsbesteuerungsrichtlinie alle Mitgliedstaaten verpflichtet, die Steuerbehörden eines anderen Mitgliedstaates mit Informationen über Zinszahlungen oder vergleichbare Erträge zu versorgen, die von einer Zahlstelle in einem Mitgliedstaat an eine natürliche Person in einem anderen Mitgliedstaat gezahlt wurden. Österreich und Luxemburg erheben, solange sie nicht an dem Informationsaustausch teilnehmen, stattdessen für einen Übergangszeitraum eine Quellensteuer auf solche Zahlungen, die im Laufe der Zeit auf bis zu 35 Prozent ansteigt. Sie sind verpflichtet, ab dem 1. Januar 2016 ebenfalls am Informationsaustausch teilzunehmen. Die Luxemburger Regierung hat angekündigt, bereits zum 1. Januar 2015 zum Informationsaustausch zu optieren. Vergleichbare Regelungen sind gegebenenfalls aufgrund anderer, aufgrund der Zinsrichtlinie abgeschlossener Abkommen auf Zinszahlungen von einer Zahlstelle in bestimmten Jurisdiktionen, die nicht EU-Mitgliedstaaten sind, an eine natürliche Person in einem EU-Mitgliedstaat anwendbar (zum Teil auch im umgekehrten Fall).

Zukünftige Inhaber der Wertpapiere, die unsicher bezüglich ihrer steuerlichen Situation sind, sollten ihre eigenen Steuerberater konsultieren.

3. Besteuerung in Deutschland

In Deutschland steuerlich ansässige Anleger

Die nachfolgende Zusammenfassung behandelt nicht alle steuerlichen Aspekte in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland ("Deutschland"), die für den einzelnen Inhaber der Wertpapiere angesichts seiner speziellen steuerlichen Situation relevant sein können. Die Darstellung beruht auf den gegenwärtig geltenden deutschen Steuergesetzen, die sich jederzeit, auch mit Rückwirkung, ändern können.

In Deutschland steuerlich ansässige Anleger, die die Wertpapiere im Privatvermögen halten

Besteuerung der Einkünfte aus den Wertpapieren

Bei natürlichen Personen, deren Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt in Deutschland ist und die die Wertpapiere im steuerlichen Privatvermögen halten, unterliegen Zinszahlungen auf die Wertpapiere als Einkünfte aus Kapitalvermögen einer 25-prozentigen Abgeltungsteuer (zzgl. 5,5 Prozent Solidaritätszuschlag hierauf und, sofern der einzelne Anleger kirchensteuerpflichtig ist, Kirchensteuer).

Das gleiche gilt hinsichtlich eines Gewinns aus der Veräußerung bzw. Einlösung der Wertpapiere. Der Veräußerungsgewinn bestimmt sich im Regelfall als Differenz zwischen den Einnahmen aus der Veräußerung bzw. Einlösung der Wertpapiere und den Anschaffungskosten. Aufwendungen, die in unmittelbarem sachlichen Zusammenhang mit der Veräußerung bzw. Einlösung der Wertpapiere stehen, werden bei der Berechnung des Veräußerungsgewinns steuerlich mindernd berücksichtigt. Darüber hinaus werden Aufwendungen, die dem Anleger im Zusammenhang mit den Wertpapieren tatsächlich entstanden sind, steuerlich nicht berücksichtigt. Bei physischer Lieferung von Vermögensgegenständen bei der Einlösung der Wertpapiere wird im Regelfall – vorbehaltlich der unten dargestellten Übertragung der Anschaffungskosten der Wertpapiere – der Marktwert der gelieferten Vermögensgegenstände als Veräußerungserlös angesetzt.

Sofern die Wertpapiere in einer anderen Währung als Euro erworben und/oder veräußert werden, werden die Anschaffungskosten im Zeitpunkt der Anschaffung und die Einnahmen aus der Veräußerung bzw. Einlösung im Zeitpunkt der Veräußerung bzw. Einlösung in Euro umgerechnet und nur die Differenz wird anschließend in Euro berechnet.

Bei Wertpapieren, unter denen die Emittentin zur physischen Lieferung von Aktien oder anderen Wertpapieren berechtigt ist, kann die Lieferung der Aktien oder anderen Wertpapieren abhängig von den endgültigen Bedingungen der Wertpapiere in Bezug auf einen in den Wertpapieren enthaltenen Veräußerungsgewinn oder –verlust steuerneutral erfolgen. Die Anschaffungskosten des Anlegers in Bezug auf die Wertpapiere würden in diesem Fall auf die gelieferten Aktien oder anderen Wertpapieren als deren Anschaffungskosten übertragen werden. Die Besteuerung eines in den Wertpapieren enthaltenen Veräußerungsgewinns bzw. –verlusts würde erst bei der Veräußerung bzw. Einlösung der gelieferten Aktien oder anderen Wertpapieren erfolgen.

Die Abgeltungsteuer wird im Regelfall durch den Abzug von Kapitalertragsteuer erhoben (siehe nachfolgender Abschnitt – *Kapitalertragsteuer*) und mit dem Einbehalt der Kapitalertragsteuer ist in der Regel die Steuerpflicht des Anlegers in Bezug auf die Wertpapiere erfüllt. Sollte allerdings keine oder nicht ausreichend Kapitalertragsteuer einbehalten worden sein (z. B. bei Fehlen einer inländischen Zahlstelle, wie unten definiert), ist der Anleger verpflichtet, seine Einkünfte aus den Wertpapieren in der jährlichen Einkommensteuererklärung anzugeben. Die Abgeltungsteuer wird dann im Rahmen der Veranlagung erhoben. Der Anleger hat außerdem die Möglichkeit, seine Einkünfte aus Kapitalvermögen in die Einkommensteuererklärung einzubeziehen, wenn der Gesamtbetrag von im Laufe des Veranlagungszeitraums einbehaltener Kapitalertragsteuer die vom Anleger geschuldete Abgeltungsteuer übersteigt (z. B. wegen eines verfügbaren Verlustvortrages oder einer anrechenbaren ausländischen Quellensteuer). Für den Fall, dass die steuerliche Belastung des Anlegers in Bezug auf sein gesamtes steuerpflichtiges Einkommen einschließlich der Einkünfte aus Kapitalvermögen nach Maßgabe der progressiven tariflichen Einkommensteuer niedriger ist als 25 Prozent, kann der Anleger die Besteuerung der Einkünfte aus Kapitalvermögen nach der tariflichen Einkommensteuer beantragen. Auch in diesem Fall werden Aufwendungen, die dem Anleger im Zusammenhang mit den Wertpapieren tatsächlich entstanden sind, steuerlich nicht berücksichtigt.

Verluste aus der Veräußerung bzw. Einlösung von im Privatvermögen gehaltenen Wertpapieren werden grundsätzlich steuerlich unabhängig von der Haltedauer der Wertpapiere berücksichtigt. Dies gilt nach Ansicht der Finanzverwaltung jedoch möglicherweise nicht, wenn bei Endfälligkeit bzw. Einlösung der Wertpapiere aufgrund der Emissionsbedingungen keine Zahlungen mehr (oder lediglich minimale Zahlungen) an den Anleger geleistet werden. Die steuerlich berücksichtigungsfähigen Verluste können jedoch nicht mit anderen Einkünften wie z. B. Einkünften aus nichtselbstständiger Tätigkeit oder Gewerbebetrieb verrechnet werden, sondern nur mit positiven Einkünften aus Kapitalvermögen. Nicht verrechenbare Verluste können in die folgenden Veranlagungszeiträume übertragen werden, ein Verlustrücktrag in vorangegangene Veranlagungszeiträume ist dagegen nicht möglich.

Natürlichen Personen steht für Einkünfte aus Kapitalvermögen ein steuerfreier Sparer-Pauschbetrag in Höhe von jährlich 801 Euro (1.602 Euro für zusammen veranlagte natürliche Personen) zur Verfügung. Der Sparerpauschbetrag wird auch beim Einbehalt von Kapitalertragsteuer berücksichtigt (siehe nachfolgender Abschnitt – *Kapitalertragsteuer*), sofern der Anleger einen Freistellungsauftrag bei der inländischen Zahlstelle (wie unten definiert) eingereicht hat. Ein Abzug der dem Anleger tatsächlich im Zusammenhang mit den Wertpapieren entstandenen Werbungskosten ist ausgeschlossen.

Kapitalertragsteuer

Im Zeitpunkt der Erstellung dieses Prospektes besteht in der Bundesrepublik Deutschland keine gesetzliche Verpflichtung der Emittentin zum Einbehalt oder zum Abzug von Steuern oder sonstigen Abgaben auf Kapital- und/oder Zinszahlungen auf die Wertpapiere (“**Quellensteuer**”). Die Emittentin übernimmt keine Verantwortung für die Einbehaltung der Steuern an der Quelle. Hiervon zu unterscheiden ist die Abgeltungsteuer (siehe nachfolgenden Absatz), für deren Einbehalt die “inländische Zahlstelle” verantwortlich ist.

Wenn die Wertpapiere in einem Wertpapierdepot eines deutschen Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstituts (oder einer inländische Niederlassung eines ausländischen Kredit-

oder eines Finanzdienstleistungsinstituts), eines inländischen Wertpapierhandelsunternehmens oder einer inländischen Wertpapierhandelsbank (alle zusammen eine "inländische Zahlstelle") verwahrt oder verwaltet werden, wird Kapitalertragsteuer in Höhe von 25 Prozent zzgl. 5,5 Prozent Solidaritätszuschlag hierauf, mithin insgesamt 26,375 Prozent, auf die Zinszahlungen von der inländischen Zahlstelle einbehalten. Der Steuersatz liegt darüber, wenn für den einzelnen Anleger Kirchensteuer einbehalten wird. Dies wird ab dem 1. Januar 2015 standardmäßig durch eine inländische Zahlstelle erfolgen, es sei denn, der Inhaber der Wertpapiere hat einen Sperrvermerk beim Bundeszentralamt für Steuern hinterlegt.

Auf einen Gewinn aus der Veräußerung bzw. Einlösung der Wertpapiere wird ebenfalls Kapitalertragsteuer in Höhe von 25 Prozent, zzgl. 5,5 Prozent Solidaritätszuschlag hierauf, von der inländischen Zahlstelle einbehalten, sofern die Wertpapiere seit ihrer Anschaffung in einem Wertpapierdepot bei der die Veräußerung bzw. Einlösung durchführenden inländischen Zahlstelle verwahrt oder verwaltet werden. Wenn die Wertpapiere nach der Übertragung von einem anderen Wertpapierdepot auf ein bei einer inländischen Zahlstelle geführtes Wertpapierdepot veräußert bzw. eingelöst werden, gelten 30 Prozent des Veräußerungs- bzw. Einlösungserlöses als Bemessungsgrundlage für die Kapitalertragsteuer in Höhe von 25 Prozent (zzgl. 5,5 Prozent Solidaritätszuschlag hierauf), sofern der Anleger oder die vorherige Depotbank der aktuellen inländischen Zahlstelle nicht die tatsächlichen Anschaffungskosten nachweist und ein solcher Nachweis zulässig ist. Der Steuersatz liegt darüber, wenn für den einzelnen Anleger Kirchensteuer einbehalten wird. Dies wird ab dem 1. Januar 2015 standardmäßig durch eine inländische Zahlstelle erfolgen, es sei denn, der Inhaber der Wertpapiere hat einen Sperrvermerk beim Bundeszentralamt für Steuern hinterlegt.

In Deutschland steuerlich ansässige Anleger, die die Wertpapiere im Betriebsvermögen halten

Besteuerung der Einkünfte aus den Wertpapieren

Werden die Wertpapiere im Betriebsvermögen von natürlichen Personen oder Körperschaften, die in Deutschland steuerlich ansässig sind (d. h. Körperschaften mit ihrem Sitz oder dem Ort der Geschäftsleitung in Deutschland), gehalten, unterliegen Zinszahlungen auf die Wertpapiere sowie ein Gewinn aus der Veräußerung bzw. Einlösung der Wertpapiere der tariflichen Einkommen- oder Körperschaftsteuer (zzgl. 5,5 Prozent Solidaritätszuschlag hierauf und, sofern der einzelne Anleger kirchensteuerpflichtig ist, Kirchensteuer) und grundsätzlich der Gewerbesteuer. Der individuelle Gewerbesteuersatz hängt vom Gewerbesteuer-Hebesatz der Gemeinde ab, in der sich der Gewerbebetrieb befindet. Bei natürlichen Personen kann die Gewerbesteuer in Abhängigkeit vom Hebesatz und der individuellen steuerlichen Situation des Anlegers teilweise oder vollständig auf die Einkommensteuer angerechnet werden.

Die physische Lieferung von Vermögensgegenständen bei der Einlösung der Wertpapiere stellt einen steuerpflichtigen Tauschvorgang dar, bei dem der Differenzbetrag zwischen dem Marktwert der Wertpapiere und den Anschaffungskosten der Wertpapiere (d. h. regelmäßig ihrem Buchwert) der tariflichen Einkommen- oder Körperschaftsteuer sowie grundsätzlich der Gewerbesteuer, wie oben dargestellt, unterliegt. Im Gegensatz zu im Inland ansässiger Anlegern, die die Wertpapiere im Privatvermögen halten, ist eine Übertragung der Anschaffungskosten der

Wertpapiere auf die gelieferten Vermögensgegenstände bei in einem inländischen Betriebsvermögen gehaltenen Wertpapieren nicht möglich.

Verluste aus der Veräußerung bzw. Einlösung der Wertpapiere sollten grundsätzlich steuerlich anerkannt werden und mit sonstigen Einkünften verrechenbar sein. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass bestimmte Wertpapiere für steuerliche Zwecke als Termingeschäft qualifizieren. In diesem Fall unterliegen Verluste aus der Veräußerung bzw. Einlösung der Wertpapiere einer besonderen Verlustverrechnungsbeschränkung und können im Regelfall nur mit Gewinnen aus anderen Termingeschäften verrechnet werden.

Kapitalertragsteuer

Wenn die Wertpapiere in einem Wertpapierdepot einer inländischen Zahlstelle verwahrt oder verwaltet werden, wird Kapitalertragsteuer in Höhe von 25 Prozent zzgl. 5,5 Prozent Solidaritätszuschlag hierauf, mithin insgesamt 26,375 Prozent, auf die Zinszahlungen von der inländischen Zahlstelle einbehalten. Der Steuersatz liegt darüber, wenn für den einzelnen Anleger Kirchensteuer einbehalten wird. Dies wird ab dem 1. Januar 2015 standardmäßig durch eine inländische Zahlstelle erfolgen, es sei denn eine natürliche Person als Wertpapierinhaber hat einen Sperrvermerk beim Bundeszentralamt für Steuern hinterlegt.

Wenn ein Gewinn aus der Veräußerung bzw. Einlösung der Wertpapiere von einer in Deutschland steuerlich ansässigen Körperschaft erzielt wird, ist im Regelfall keine Kapitalertragsteuer einzubehalten. Das gilt auf Antrag und unter bestimmten Voraussetzungen auch für eine natürliche Person als Anleger, die die Wertpapiere in einem inländischen Betrieb hält.

Verluste aus der Veräußerung bzw. Einlösung der Wertpapiere werden für Zwecke der Kapitalertragsteuer nicht berücksichtigt. Die Kapitalertragsteuer hat keine abgeltende Wirkung hinsichtlich der tariflichen Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer des Anlegers in Bezug auf die Wertpapiere. Die Einkünfte aus den Wertpapieren müssen in der Einkommen- oder Körperschaftsteuererklärung des Anlegers angegeben werden.

In Deutschland einbehaltene Kapitalertragsteuer (einschließlich Zuschläge) ist in der Regel vollständig auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer anrechenbar bzw. gegebenenfalls erstattungsfähig.

Außerhalb Deutschlands steuerlich ansässige Anleger

Anleger, die in Deutschland nicht steuerlich ansässig sind, unterliegen mit ihren Einkünften aus den Wertpapieren grundsätzlich keiner Besteuerung und es wird keine Kapitalertragsteuer einbehalten. Das gilt nicht, soweit (i) die Wertpapiere Betriebsvermögen einer deutschen Betriebsstätte des Anlegers sind oder einem ständigen Vertreter des Anlegers in Deutschland zugeordnet werden können, (ii) die Wertpapiere aus anderen Gründen einer beschränkten Steuerpflicht in Deutschland unterliegen (z. B. weil sie zu den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung sowie Überlassung von bestimmtem Wirtschaftsgütern im Inland gehören) oder (iii) die Einkünfte gegen Vorlage der Wertpapiere oder Zinsscheine durch eine inländische Zahlstelle ausgezahlt werden (Tafelgeschäfte).

Soweit die Einkünfte aus den Wertpapieren der deutschen Besteuerung nach (i) bis (iii) unterliegen, wird auf diese Einkünfte im Regelfall deutsche Einkommensteuer und

Kapitalertragsteuer gemäß den oben beschriebenen Bestimmungen für in Deutschland steuerlich ansässige Anleger erhoben. Unter bestimmten Voraussetzungen können ausländische Anleger Steuerermäßigungen oder –befreiungen unter ggf. anwendbaren Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland in Anspruch nehmen.

Erbschaft- und Schenkungsteuer

Die Übertragung der Wertpapiere im Wege der Erbfolge oder Schenkung kann der deutschen Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer unterliegen, u. a. wenn:

- (i) der Erblasser, der Schenker, der Erbe, der Beschenkte oder ein sonstiger Erwerber seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt oder, im Falle einer Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse, den Sitz oder Ort der Geschäftsleitung zum Zeitpunkt der Übertragung in Deutschland hat,
- (ii) die Wertpapiere unabhängig von den unter den (i) genannten persönlichen Voraussetzungen in einem gewerblichen Betriebsvermögen gehalten werden, für welches in Deutschland eine Betriebsstätte unterhalten wird oder ein ständiger Vertreter bestellt ist.

Es gelten Sonderregelungen für bestimmte, außerhalb Deutschlands lebende deutsche Staatsangehörige und ehemalige deutsche Staatsangehörige.

Zukünftigen Anleger wird geraten, hinsichtlich der erbschaft- oder schenkungssteuerlichen Konsequenzen unter Berücksichtigung ihrer besonderen Umstände ihren eigenen Steuerberater zu konsultieren.

Andere Steuern

Der Kauf, Verkauf oder die anderweitige Veräußerung der Wertpapiere löst keine Kapitalverkehrs-, Umsatz-, Stempelsteuer oder ähnliche Steuer oder Abgaben in Deutschland aus. Unter gewissen Umständen können Unternehmer hinsichtlich des Verkaufs der Wertpapiere an andere Unternehmer, der grundsätzlich umsatzsteuerbefreit wäre, zur Umsatzsteuer optieren. Vermögensteuer wird gegenwärtig in Deutschland nicht erhoben.

4. Besteuerung in Österreich

Dieser Abschnitt zur Besteuerung enthält eine kurze Zusammenfassung des Verständnisses der Emittentin betreffend einige wichtige Grundsätze, die im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten und der Veräußerung der Wertpapiere in der Republik Österreich bedeutsam sind. Die Zusammenfassung erhebt nicht den Anspruch, sämtliche steuerliche Überlegungen vollständig wiederzugeben und geht auch nicht auf besondere Sachverhaltsgestaltungen ein, die für einzelne potenzielle Anleger von Bedeutung sein können. Die folgenden Ausführungen sind genereller Natur und hierin nur zu Informationszwecken enthalten. Sie sollen keine rechtliche oder steuerliche Beratung darstellen und auch nicht als solche ausgelegt werden. Des Weiteren nimmt diese Zusammenfassung nur auf solche Investoren Bezug, die in Österreich der unbeschränkten Einkommen- oder Körperschaftsteuerpflicht unterliegen. Sie basiert auf den derzeit gültigen österreichischen Steuergesetzen, der bisher ergangenen höchstrichterlichen Rechtsprechung sowie den Richtlinien der Finanzverwaltung und deren jeweiliger Auslegung,

die alle Änderungen unterliegen können. Solche Änderungen können auch rückwirkend eingeführt werden und die beschriebenen steuerlichen Folgen nachteilig beeinflussen. Potenziellen Anlegern wird empfohlen, wegen der steuerlichen Folgen des Kaufs, des Haltens sowie der Veräußerung der Wertpapiere ihre rechtlichen und steuerlichen Berater zu konsultieren. Das steuerliche Risiko aus den Wertpapieren (insbesondere aus einer allfälligen Qualifizierung als Anteil an einem ausländischen Kapitalanlagefonds im Sinne des § 188 Investmentfondsgesetz 2011 (InvFG 2011)) trägt der Anleger. Im Folgenden wird angenommen, dass die Wertpapiere an einen in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht unbestimmten Personenkreis angeboten werden.

Allgemeine Hinweise

Natürliche Personen, die in Österreich einen Wohnsitz und/oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, unterliegen mit ihrem Welteinkommen der Einkommensteuer in Österreich (unbeschränkte Einkommensteuerpflicht). Natürliche Personen, die weder Wohnsitz noch gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich haben, unterliegen nur mit bestimmten Inlandseinkünften der Steuerpflicht in Österreich (beschränkte Einkommensteuerpflicht).

Körperschaften, die in Österreich ihre Geschäftsleitung und/oder ihren Sitz haben, unterliegen mit ihrem Welteinkommen der Körperschaftsteuer in Österreich (unbeschränkte Körperschaftsteuerpflicht). Körperschaften, die weder Geschäftsleitung noch Sitz in Österreich haben, unterliegen nur mit bestimmten Inlandseinkünften der Steuerpflicht in Österreich (beschränkte Körperschaftsteuerpflicht).

Sowohl in Fällen der unbeschränkten als auch der beschränkten Einkommen- oder Körperschaftsteuerpflicht in Österreich kann Österreichs Besteuerungsrecht durch Doppelbesteuerungsabkommen eingeschränkt werden.

Die Emittentin übernimmt keine Verantwortung für die Einbehaltung der Steuern an der Quelle.

Einkommensbesteuerung von Wertpapieren

Gemäß § 27 Abs 1 Einkommensteuergesetz (EStG) gelten als Einkünfte aus Kapitalvermögen:

- Einkünfte aus der Überlassung von Kapital gemäß § 27 Abs 2 EStG, dazu gehören Dividenden und Zinsen;
- Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen gemäß § 27 Abs 3 EStG, dazu gehören Einkünfte aus der Veräußerung, Einlösung und sonstigen Abschichtung von Wirtschaftsgütern, deren Erträge Einkünfte aus der Überlassung von Kapital sind, einschließlich Einkünfte aus Nullkuponanleihen und Stückzinsen; und
- Einkünfte aus Derivaten gemäß § 27 Abs 4 EStG, dazu gehören Differenzausgleiche, Stillhalterprämien und Einkünfte aus der Veräußerung oder sonstigen Abwicklung von Termingeschäften wie Optionen, Futures und Swaps sowie sonstigen derivativen Finanzinstrumenten wie Indexzertifikaten.

Auch die Entnahme und das sonstige Ausscheiden der Wertpapiere aus einem Depot sowie Umstände, die zum Verlust des Besteuerungsrechtes der Republik Österreich im Verhältnis zu anderen Staaten führen, wie zB der Wegzug aus Österreich, gelten im Allgemeinen als Veräußerung (§ 27 Abs 6 Z 1 EStG).

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen, die die Wertpapiere in ihrem Privatvermögen halten, unterliegen gemäß § 27 Abs 1 EStG mit den Einkünften aus Kapitalvermögen daraus der Einkommensteuer. Inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen – das sind im Allgemeinen Einkünfte, die über eine inländische auszahlende oder depotführende Stelle ausbezahlt werden – unterliegen der Kapitalertragsteuer (KESt) von 25 %. Über den Abzug von KESt hinaus besteht keine Einkommensteuerpflicht (Endbesteuerung nach § 97 Abs 1 EStG). Ausländische Einkünfte aus Kapitalvermögen müssen in der Einkommensteuererklärung des Anlegers angegeben werden und unterliegen einer Besteuerung mit dem Sondersteuersatz von 25 %. In beiden Fällen besteht auf Antrag die Möglichkeit, dass sämtliche dem Steuersatz von 25 % unterliegenden Einkünfte zum niedrigeren progressiven Einkommensteuertarif veranlagt werden (Regelbesteuerungsoption gemäß § 27a Abs 5 EStG). § 27 Abs 8 EStG sieht unter anderem folgende Beschränkungen betreffend den Verlustausgleich vor: negative Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen bzw Derivaten dürfen weder mit Zinserträgen aus Geldeinlagen und sonstigen Forderungen bei Kreditinstituten noch mit Zuwendungen von Privatstiftungen, ausländischen Stiftungen oder sonstigen Vermögensmassen, die mit einer Privatstiftung vergleichbar sind, ausgeglichen werden; Einkünfte, die dem Sondersteuersatz von 25 % unterliegen, dürfen nicht mit Einkünften ausgeglichen werden, die dem progressiven Einkommensteuersatz unterliegen (dies gilt auch bei Inanspruchnahme der Regelbesteuerungsoption); nicht ausgeglichene Verluste aus Kapitalvermögen dürfen nicht mit Einkünften aus anderen Einkunftsarten ausgeglichen werden.

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen, die die Wertpapiere in ihrem Betriebsvermögen halten, unterliegen gemäß § 27 Abs 1 EStG mit Einkünften aus Kapitalvermögen daraus der Einkommensteuer. Inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen (wie oben beschrieben) unterliegen der KESt von 25 %. Während die KESt Endbesteuerungswirkung bezüglich Einkünften aus der Überlassung von Kapital entfaltet, müssen Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen und Einkünfte aus Derivaten in der Einkommensteuererklärung des Anlegers angegeben werden (nichtsdestotrotz Sondersteuersatz von 25 %). Ausländische Einkünfte aus Kapitalvermögen müssen immer in der Einkommensteuererklärung des Anlegers angegeben werden (Sondersteuersatz von 25 %). In beiden Fällen besteht auf Antrag die Möglichkeit, dass sämtliche dem Steuersatz von 25 % unterliegenden Einkünfte zum niedrigeren progressiven Einkommensteuertarif veranlagt werden (Regelbesteuerungsoption gemäß § 27a Abs 5 EStG). Gemäß § 6 Z 2 lit c EStG sind Abschreibungen auf den niedrigeren Teilwert und Verluste aus der Veräußerung, Einlösung und sonstigen Abschichtung von Wirtschaftsgütern und Derivaten iSd § 27 Abs 3 und 4 EStG, die dem Sondersteuersatz von 25 % unterliegen, vorrangig mit positiven Einkünften aus realisierten Wertsteigerungen von solchen Wirtschaftsgütern und Derivaten sowie mit Zuschreibungen solcher Wirtschaftsgüter zu verrechnen. Ein verbleibender negativer Überhang darf nur zur Hälfte ausgeglichen (und vorgetragen) werden.

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige Kapitalgesellschaften unterliegen mit Zinsen aus den Wertpapieren der Körperschaftsteuer von 25 %. Inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen (wie oben beschrieben) unterliegen der KESt von 25 %, die auf die Körperschaftsteuer angerechnet werden kann. Unter den Voraussetzungen des § 94 Z 5 EStG kommt es von vornherein nicht zum Abzug von KESt. Einkünfte aus der Veräußerung der Wertpapiere

unterliegen der Körperschaftsteuer von 25 %. Verluste aus der Veräußerung der Wertpapiere sind grundsätzlich mit anderen Einkünften ausgleichsfähig (und können vorgetragen werden).

Privatstiftungen nach dem Privatstiftungsgesetz, welche die Voraussetzungen des § 13 Abs 3 und 6 Körperschaftsteuergesetz erfüllen und die Wertpapiere nicht in einem Betriebsvermögen halten, unterliegen mit Zinsen, Einkünften aus realisierten Wertsteigerungen und Einkünften aus (unter anderem verbrieften) Derivaten der Zwischenbesteuerung von 25 %. Diese entfällt in jenem Umfang, in dem im Veranlagungszeitraum KEST-pflichtige Zuwendungen an Begünstigte getätigt werden. Inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen (wie oben beschrieben) unterliegen grundsätzlich der KEST von 25 %, die auf die anfallende Steuer angerechnet werden kann. Unter den Voraussetzungen des § 94 Z 12 EStG kommt es nicht zum Abzug von KEST.

Die österreichische depotführende Stelle ist gemäß § 93 Abs 6 EStG verpflichtet, unter Einbeziehung aller bei ihr geführten Depots negative Kapitaleinkünfte automatisch mit positiven Kapitaleinkünften auszugleichen. Werden zunächst negative und zeitgleich oder später positive Einkünfte erzielt, sind die negativen Einkünfte mit diesen positiven Einkünften auszugleichen. Werden zunächst positive und später negative Einkünfte erzielt, ist die für die positiven Einkünfte einbehaltene KEST gutzuschreiben, wobei die Gutschrift höchstens 25 % der negativen Einkünfte betragen darf. In bestimmten Fällen ist kein Ausgleich möglich. Die depotführende Stelle hat dem Steuerpflichtigen eine Bescheinigung über den Verlustausgleich gesondert für jedes Depot zu erteilen.

Gemäß § 188 InvFG 2011, der im Rahmen der Umsetzung der Richtlinie 2011/61/EU geändert wurde und auf Geschäftsjahre von Kapitalanlagefonds, die nach dem 21. Juli 2013 beginnen, anwendbar ist, gelten als ausländischer Kapitalanlagefonds (i) Organismen zur gemeinsamen Veranlagung in Wertpapieren, deren Herkunftsmitgliedstaat nicht Österreich ist; (ii) Alternative Investmentfonds im Sinne des Alternative Investmentfonds Manager-Gesetzes, deren Herkunftsmitgliedstaat nicht Österreich ist; und (iii) subsidiär, jeder einem ausländischen Recht unterstehende Organismus, unabhängig von seiner Rechtsform, dessen Vermögen nach dem Gesetz, der Satzung oder der tatsächlichen Übung nach den Grundsätzen der Risikostreuung angelegt ist, wenn er eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt: (a) der Organismus unterliegt im Ausland tatsächlich direkt oder indirekt keiner der österreichischen Körperschaftsteuer vergleichbaren Steuer; (b) die Gewinne des Organismus unterliegen im Ausland einer der österreichischen Körperschaftsteuer vergleichbaren Steuer, deren anzuwendender Steuersatz weniger als 15 % beträgt; oder (c) der Organismus ist im Ausland Gegenstand einer umfassenden persönlichen oder sachlichen Steuerbefreiung. Bestimmte Veranlagungsgemeinschaften, die in Immobilien investieren, sind ausgenommen. Bis jetzt hat die Finanzverwaltung keine Rechtsansicht zur Interpretation dieser neuen Bestimmung bekanntgegeben. Bei Vorliegen eines ausländischen Kapitalanlagefonds wären die steuerlichen Folgen gänzlich andere als oben angeführt.

EU-Quellensteuer

Das EU-Quellensteuergesetz (EU-QuStG) sieht – in Umsetzung der Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen – vor, dass Zinsen, die eine inländische Zahlstelle an einen wirtschaftlichen Eigentümer, der eine natürliche Person ist, zahlt oder zu dessen Gunsten einzieht, der EU-Quellensteuer in Höhe von 35 % unterliegen, sofern er seinen Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat der EU (oder in bestimmten abhängigen und

assoziierten Gebieten, zu denen derzeit Anguilla, Aruba, die British Virgin Islands, Curaçao, Guernsey, die Isle of Man, Jersey, Montserrat, Sint Maarten sowie die Turks and Caicos Islands gehören) hat. Gemäß § 10 EU-QuStG ist die EU-Quellensteuer nicht zu erheben, wenn der wirtschaftliche Eigentümer der Zahlstelle eine vom Wohnsitzfinanzamt des Mitgliedstaats seines steuerlichen Wohnsitzes auf seinen Namen ausgestellte Bescheinigung vorlegt, die Name, Anschrift, Steuer- oder sonstige Identifizierungsnummer oder in Ermangelung einer solchen Geburtsdatum und -ort des wirtschaftlichen Eigentümers, Name und Anschrift der Zahlstelle, die Kontonummer des wirtschaftlichen Eigentümers oder in Ermangelung einer solchen das Kennzeichen des Wertpapiers enthält. Eine solche Bescheinigung gilt für einen Zeitraum von maximal drei Jahren. Es ist zu erwarten, dass Änderungen des EU-Quellensteuergesetz – in Umsetzung der Richtlinie 2014/48/EU DES RATES vom 24. März 2014 zur Änderung der Richtlinie 2003/48/EG im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen – am 1. Jänner 2017 in Kraft treten werden.

Betreffend die Frage, ob auch Indexzertifikate der EU-Quellensteuer unterliegen, unterscheidet die österreichische Finanzverwaltung zwischen Indexzertifikaten mit und ohne Kapitalgarantie, wobei eine Kapitalgarantie bei Zusicherung der Rückzahlung eines Mindestbetrages des eingesetzten Kapitals oder auch bei der Zusicherung von Zinsen besteht. Die genaue steuerliche Behandlung von Indexzertifikaten hängt in weiterer Folge vom jeweiligen Basiswert des Indexzertifikats ab.

Steuerabkommen Österreich/Schweiz und Österreich/Liechtenstein

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt und das Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über die Zusammenarbeit im Bereich der Steuern sehen vor, dass schweizerische bzw liechtensteinische Zahlstellen im Fall von in Österreich ansässigen betroffenen Personen (das sind im Wesentlichen natürliche Personen im eigenen Namen und als nutzungsberechtigte Personen von Vermögenswerten, die von einer Sitzgesellschaft gehalten werden) auf, unter anderem, Zinserträge, Dividendenerträge und Veräußerungsgewinne aus Vermögenswerten, die auf einem Konto oder Depot bei der schweizerischen bzw liechtensteinischen Zahlstelle verbucht sind oder von einer liechtensteinischen Zahlstelle verwaltet werden, eine der österreichischen Einkommensteuer entsprechende Steuer in Höhe von 25 % zu erheben haben. Diese Steuer hat Abgeltungswirkung, soweit das EStG für die der Steuer unterliegenden Erträge Abgeltungswirkung vorsieht. Die Steuerabkommen finden jedoch keine Anwendung auf Zinserträge, die erfasst sind von den Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft bzw dem Fürstentum Liechtenstein betreffend die Richtlinie 2003/48/EG des Rates im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen. Der Steuerpflichtige hat die Möglichkeit, anstatt der Erhebung der Abgeltungssteuer zur freiwilligen Meldung zu optieren, indem er die schweizerische bzw liechtensteinische Zahlstelle ermächtigt, der zuständigen österreichischen Behörde die Erträge eines Kontos oder Depots zu melden, wodurch diese in die Veranlagung einbezogen werden müssen.

Erbschafts- und Schenkungssteuer

Österreich erhebt keine Erbschafts- oder Schenkungssteuer.

Bestimmte unentgeltliche Zuwendungen an (österreichische oder ausländische) privatrechtliche Stiftungen und damit vergleichbare Vermögensmassen unterliegen jedoch der Stiftungseingangssteuer nach dem Stiftungseingangssteuergesetz (StiftEG). Die Steuerpflicht entsteht, wenn der Zuwendende und/oder der Erwerber im Zeitpunkt der Zuwendung einen Wohnsitz, den gewöhnlichen Aufenthalt, den Sitz oder den Ort der Geschäftsleitung in Österreich haben. Ausnahmen von der Steuerpflicht bestehen bezüglich Zuwendungen von Todes wegen von Kapitalvermögen im Sinn des § 27 Abs 3 und 4 EStG (ausgenommen Anteile an Kapitalgesellschaften), wenn auf die daraus bezogenen Einkünfte der besondere Steuersatz von 25 % anwendbar ist. Die Steuerbasis ist der gemeine Wert des zugewendeten Vermögens abzüglich Schulden und Lasten zum Zeitpunkt der Vermögensübertragung. Der Steuersatz beträgt generell 2,5 %, in speziellen Fällen jedoch 25 %. Sonderregelungen gelten im Anwendungsbereich des Steuerabkommens Österreich/Liechtenstein.

Zusätzlich besteht eine Anzeigepflicht für Schenkungen von Bargeld, Kapitalforderungen, Anteilen an Kapitalgesellschaften und Personenvereinigungen, Betrieben, beweglichem körperlichen Vermögen und immateriellen Vermögensgegenständen wenn der Geschenkgeber und/oder der Geschenknehmer einen Wohnsitz, den gewöhnlichen Aufenthalt, den Sitz oder die Geschäftsleitung im Inland haben. Nicht alle Schenkungen sind davon umfasst: Im Fall von Schenkungen unter Angehörigen besteht ein Schwellenwert von EUR 50.000 pro Jahr; in allen anderen Fällen ist eine Anzeige verpflichtend, wenn der gemeine Wert des geschenkten Vermögens innerhalb von fünf Jahren EUR 15.000 übersteigt. Darüber hinaus sind unentgeltliche Zuwendungen an Stiftungen iSd StiftEG wie oben beschrieben von der Anzeigepflicht ausgenommen. Eine vorsätzliche Verletzung der Anzeigepflicht kann zur Einhebung einer Strafe von bis zu 10 % des gemeinen Werts des geschenkten Vermögens führen.

Außerdem kann die unentgeltliche Übertragung der Wertpapiere gemäß § 27 Abs 6 Z 1 EStG den Anfall von Einkommensteuer auf Ebene des Übertragenden auslösen (siehe oben).

5. Besteuerung in den Niederlanden

Die folgende Zusammenfassung bestimmter Aspekte der Besteuerung in den Niederlanden basiert auf den zum Datum dieses Basisprospektes geltenden Gesetzen und Verfahrensweisen und unterliegt möglichen Änderungen des Rechts sowie der Interpretation und Anwendung desselben. Entsprechende Änderungen könnten rückwirkend in Kraft treten. Die folgende Zusammenfassung erhebt nicht den Anspruch, alle für eine Entscheidung zum Kauf, Besitz oder Verkauf der Wertpapiere relevanten Steueraspekte umfassend darzustellen oder die steuerlichen Folgen für alle Kategorien von Anlegern zu erörtern. Für einige Anlegerkategorien können spezielle Regelungen gelten.

Anleger sollten bezüglich der steuerlichen Folgen eines Kaufs, Besitzes und Verkaufs der Wertpapiere ihre sachkundigen Steuerberater konsultieren.

Quellensteuer

Alle Zins- und Kapitalzahlungen in Bezug auf die Wertpapiere durch die Emittentin können ohne Einbehalt oder Abzug von Steuern jeder Art erfolgen, die von den Niederlanden oder einer Gebietskörperschaft oder von dortigen Steuerbehörden auferlegt, erhoben, einbehalten oder

festgesetzt werden. Die Emittentin übernimmt keine Verantwortung für die Einbehaltung der Steuern an der Quelle.

Andere Steuern

Die Zeichnung, Ausgabe, Platzierung, Zuteilung, Lieferung oder Übertragung der Wertpapiere unterliegt keinen Eintragssteuern, Stempelsteuern oder sonstigen vergleichbaren Steuern oder Abgaben, die in den Niederlanden zu zahlen sind.

Ansässigkeit

Der Kauf, Besitz oder Verkauf der Wertpapiere oder die Ausführung, Erfüllung, Lieferung und/oder Durchsetzung der Wertpapiere wird allein nicht dazu führen, dass Inhaber der Wertpapiere für Steuerzwecke in den Niederlanden ansässige Personen werden oder als in den Niederlanden ansässige Personen gelten und anderweitig der Besteuerung in den Niederlanden unterliegen.

6. Besteuerung in Luxemburg

Bei den folgenden Ausführungen handelt es sich um eine Kurzfassung bestimmter steuerlicher Konsequenzen in Bezug auf den Kauf, das Halten oder den Verkauf der Wertpapiere hinsichtlich der Luxemburger Gesetzgebung. Potenzielle Anleger sollten sich an ihre eigenen Steuerberater wenden falls sie Zweifel hinsichtlich ihrer Besteuerung haben.

Quellensteuer und Abgeltungssteuer

Nach Luxemburger Gesetz fällt derzeit auf Zinszahlungen (einschließlich aufgelaufener, aber noch nicht ausgezahlter Zinsen) keine Quellensteuer in Luxemburg an, es sei denn, die Zinszahlungen erfolgen an bestimmte natürliche Personen oder an andere gleichgestellte Einrichtungen. Auch die Rückzahlung des Nominalbetrags, im Rahmen der Einziehung, des Rückkaufs oder des Tausches der Wertpapiere, unterliegt in Luxemburg keiner Quellensteuer, soweit die Rückzahlung nicht an bestimmte natürliche Personen bzw. sogenannte andere Einrichtungen erfolgt. Die Emittentin übernimmt keine Verantwortung für die Einbehaltung der Steuern an der Quelle.

Nicht in Luxemburg ansässige natürliche Personen

Durch die Luxemburger Gesetze vom 21. Juni 2005 (die "Gesetze") wurden die Zinsbesteuerungsrichtlinie sowie mehrere Vereinbarungen, die zwischen Luxemburg und bestimmten abhängigen bzw. assoziierten Gebieten der EU geschlossen wurden, in nationales Recht umgesetzt. Damit ist seit dem 1. Juli 2005 einer Luxemburger Zahlstelle (im Sinne der Gesetze) die Verpflichtung auferlegt, auf (nach den Gesetzen als Zinsen definierte) Zinsen und ähnliche Erträge, die an eine, oder unter bestimmten Umständen zugunsten einer, in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder in bestimmten abhängigen bzw. assoziierten Gebieten ansässigen natürlichen Person oder bestimmten "Einrichtung" gezahlt werden, Quellensteuer einzubehalten. Diese Verpflichtung besteht nicht, wenn der wirtschaftliche Eigentümer der Zinszahlungen zum Informationsaustauschverfahren optiert oder, im Falle einer natürlichen Person, eine Steuerbescheinigung vorlegt. Als "Einrichtungen" im Sinne von Artikel 4.2 der Zinsbesteuerungsrichtlinie versteht man in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder in bestimmten abhängigen bzw. assoziierten Gebieten niedergelassene Einrichtungen, die keine juristischen

Personen sind (die in Artikel 4.5 der Zinsbesteuerungsrichtlinie aufgelisteten finnischen und schwedischen Einrichtungen gelten zu diesem Zweck nicht als juristische Personen), deren Gewinne nicht den allgemeinen Vorschriften für die Unternehmensbesteuerung unterliegen und die nicht als OGAW gemäß der Richtlinie des Rates 85/611/EWG, ersetzt durch die Richtlinie des Europäischen Rates 2009/65/EG, oder als vergleichbare in Jersey, Guernsey, der Isle of Man, den Turks und Caicosinseln, den Kaimaninseln, Montserrat oder den Britischen Jungferninseln ansässige Investmentvermögen zugelassen sind und nicht optiert haben als solche behandelt zu werden.

Der Quellensteuersatz beträgt derzeit 35 %. Das Quellensteuersystem gilt nur während eines Übergangszeitraums, dessen Ende vom Abschluss bestimmter Abkommen abhängt, die sich auf den Informationsaustausch mit bestimmten Drittländern beziehen.

Am 18. März 2014 hat die luxemburgische Regierung dem luxemburgischen Parlament den Gesetzentwurf Nr. 6668 vorgelegt, mit dem das Quellensteuersystem ab dem 1. Januar 2015 abgeschafft und für alle ab dem 1. Januar 2015 geleisteten Zinszahlungen (und ähnlichen Ertragszahlungen) die Auskunftserteilung gemäß der Zinsbesteuerungsrichtlinie eingeführt wird.

Anleger werden ferner darauf hingewiesen, dass der Europäische Rat die Richtlinie des Rates zur Änderung der Zinsbesteuerungsrichtlinie (die "**Änderungsrichtlinie**") am 24. März 2014 offiziell verabschiedet hat. Mit der Änderungsrichtlinie wird der Umfang der vorstehend beschriebenen Anforderungen ausgedehnt. Insbesondere durch die Aufnahme neuer Zinsertragsarten und Produkte, mit denen Zins- bzw. entsprechende Erträge generiert werden, wird mit ihr der Anwendungsbereich der Zinsbesteuerungsrichtlinie sowie der Umfang der Anforderungen der Steuerbehörden, die einzuhalten sind, ausgeweitet. Für die Verabschiedung der zur Einhaltung der Änderungsrichtlinie erforderlichen nationalen Rechtsvorschriften haben die Mitgliedstaaten bis zum 1. Januar 2016 Zeit.

In Luxemburg ansässige natürliche Personen

Im Sinne des Gesetzes vom 23. Dezember 2005 in der jeweils gültigen Fassung (das **Gesetz**) zur Einführung einer Abgeltungsquellensteuer auf bestimmten Zinserträgen, wird auf Zinszahlungen durch eine Luxemburger Zahlstelle (im Sinne der Zinsbesteuerungsrichtlinie) an in Luxemburg ansässige natürliche Personen oder andere Einrichtungen die Zinszahlungen im Auftrag von solchen natürlichen Personen erhalten eine 10%ige Quellensteuer erhoben (es sei denn, diese Einrichtungen haben entweder optiert als OGAW gemäß der Richtlinie des Europäischen Rates 85/611/EWG ersetzt durch die Richtlinie des Europäischen Rates 2009/65/EG behandelt zu werden oder das Informationsaustauschverfahren anzuwenden).

Gemäß dem Gesetz können in Luxemburg ansässige natürliche Personen, die Zinsen oder zinsähnliche Erträge aus ihrem Privatvermögen beziehen, dafür optieren, diese Zinszahlungen, sofern sie nach dem 31. Dezember 2007 und durch Zahlstellen (im Sinne der Zinsbesteuerungsrichtlinie), die in einem anderen EU Mitgliedstaat (als Luxemburg) niedergelassen sind, in einem Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraum (ausgenommen EU Mitgliedstaaten) oder in einem Land oder Gebiet das ein internationales Abkommen bezüglich der Zinsbesteuerungsrichtlinie abgeschlossen hat, getätigt wurden, in ihre Steuererklärung einzuschließen und eine 10%ige Abgeltungssteuer darauf zu zahlen.

7. Besteuerung in Belgien

In der folgenden Zusammenfassung werden die wesentlichen Aspekte der belgischen Besteuerung dargelegt, die für den Besitz von Wertpapieren gilt, die ein Anleger in Belgien erwirbt. Diese Informationen sind allgemeiner Art, basierend auf der Beschreibung der Wertpapiere in den Bedingungen, und erheben nicht den Anspruch, alle für eine Entscheidung zum Kauf, Besitz oder Verkauf der Wertpapiere relevanten belgischen Steueraspekte umfassend darzustellen. In einigen Fällen können unter Berücksichtigung der Endgültigen Bedingungen abweichende Regelungen gelten. Diese Zusammenfassung basiert auf dem Steuerrecht sowie den Abkommen, Regelungen und behördlichen Auslegungen und vergleichbaren Dokumenten, die in Belgien zum Datum der Veröffentlichung dieses Basisprospektes gelten, unbeschadet möglicher Änderungen, die zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen, selbst wenn diese rückwirkend umgesetzt werden. Vorbehaltlich ausdrücklicher anderweitiger Angaben enthält diese Zusammenfassung keine Beschreibung der steuerlichen Folgen für Inhaber von Wertpapieren, die gelten, wenn ein Umtausch dieser Wertpapiere gegen Anteile oder andere Basiswerte oder eine Umwandlung in entsprechende Anteile oder andere Basiswerte vorgesehen ist oder eine Ausübung, Erfüllung oder Rückzahlung dieser Wertpapiere erfolgt.

Jeder Anleger sollte bezüglich der steuerlichen Folgen einer Anlage in die Wertpapiere unter Berücksichtigung der Endgültigen Bedingungen sowie des regionalen, kommunalen und nationalen Rechts einen sachkundigen Steuerberater konsultieren.

Quellensteuer und Einkommensteuer in Belgien

Steuervorschriften für in Belgien ansässige natürliche Personen

Natürliche Personen, die in Belgien steuerlich ansässig sind (d. h. der belgischen Einkommensteuer für natürliche Personen (*Personenbelasting / Impôt des personnes physiques*) unterliegen) und die Wertpapiere als private Anlage halten, unterliegen der nachstehend dargelegten steuerlichen Behandlung in Belgien in Bezug auf die Wertpapiere. Andere Steuervorschriften gelten für in Belgien ansässige natürliche Personen, die die Wertpapiere nicht als private Anlage, sondern im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit halten, oder wenn die Transaktionen in Bezug auf die Wertpapiere nicht zur normalen Verwaltung ihres eigenen Privatvermögens zählen.

Nach belgischem Steuerrecht gelten als "Zinserträge" (i) regelmäßige Zinseinkünfte, (ii) ein von der Emittentin (am Fälligkeitstermin oder anderweitig) gezahlter Betrag, um den der Ausgabepreis überschritten wird, und (iii), vorausgesetzt die Wertpapiere sind als "festverzinsliche Wertpapiere" (im Sinne von Artikel 2 § 1 Nr. 8 des belgischen Einkommensteuergesetzbuches) zu qualifizieren, im Falle einer Realisierung der Wertpapiere zwischen zwei Zinszahlungstagen die während der Haltedauer aufgelaufenen Zinsen. Grundsätzlich gelten die Wertpapiere als "festverzinsliche Wertpapiere", wenn ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Höhe des Zinsertrags und der Haltedauer des Wertpapiers besteht, anhand dessen es möglich ist, die Höhe des anteiligen Zinsertrags zum Zeitpunkt des Verkaufs der Wertpapiere während ihrer Laufzeit zu bestimmen.

Zinszahlungen in Bezug auf die Wertpapiere, die über eine Zahlstelle in Belgien erfolgen, unterliegen in Belgien grundsätzlich einer Quellensteuer in Höhe von 25 Prozent (die nach Abzug etwaiger nichtbelgischer Quellensteuern auf den erhaltenen Zinsbetrag erhoben werden).

Die Emittentin übernimmt keine Verantwortung für die Einbehaltung der Steuern an der Quelle. Die belgische Quellensteuer stellt die endgültige Einkommensteuer für in Belgien ansässige natürliche Personen dar. Dies bedeutet, dass diese die in Bezug auf die Wertpapiere erhaltenen Zinsen nicht in ihrer Einkommensteuererklärung angeben müssen, sofern auf diese Zinszahlungen eine Quellensteuer erhoben wurde. Gleichwohl können sie wahlweise in Bezug auf die Wertpapiere erhaltene Zinsen in ihrer Einkommensteuererklärung angeben.

Erfolgt die Zinszahlung außerhalb Belgiens ohne Beteiligung einer belgischen Zahlstelle, müssen die erhaltenen Zinsen (nach Abzug etwaiger nichtbelgischer Quellensteuern) in der Einkommensteuererklärung angegeben werden.

In der jährlichen Einkommensteuererklärung angegebene Zinserträge werden grundsätzlich mit einem pauschalen Steuersatz von 25 Prozent besteuert (oder mit dem progressiven Einkommensteuersatz unter Berücksichtigung des sonstigen Einkommens des Steuerzahlers, falls dies vorteilhafter ist). Im Falle einer erklärten Zinszahlung sind einbehaltene Quellensteuern anrechenbar.

Veräußerungsgewinne aus dem Verkauf der Wertpapiere sind grundsätzlich steuerfrei, mit Ausnahme von Veräußerungsgewinnen, die nicht im Rahmen der Verwaltung des eigenen Privatvermögens realisiert werden oder als Zinserträge (wie vorstehend definiert) gelten. Veräußerungsverluste sind grundsätzlich nicht steuerlich abzugsfähig.

In Belgien ansässige Körperschaften

Körperschaften, die in Belgien steuerlich ansässig sind (d. h. der belgischen Körperschaftsteuer (*Vennootschapsbelasting / Impôt des sociétés*) unterliegen), unterliegen der nachstehend dargelegten steuerlichen Behandlung in Belgien in Bezug auf die Wertpapiere.

Von belgischen Körperschaften mit den Wertpapieren erzielte Zinsen sowie aus der Veräußerung oder Erfüllung der Wertpapiere realisierte Veräußerungsgewinne unterliegen grundsätzlich der belgischen Körperschaftsteuer in Höhe von grundsätzlich 33,99 Prozent. Veräußerungsverluste aus den Wertpapieren sind grundsätzlich steuerlich abzugsfähig.

Zinszahlungen (gemäß der Definition im Abschnitt "Steuervorschriften für in Belgien ansässige natürliche Personen") in Bezug auf die Wertpapieren, die über eine Zahlstelle in Belgien erfolgen, unterliegen in Belgien grundsätzlich einer Quellensteuer in Höhe von 25 Prozent (die nach Abzug etwaiger nichtbelgischer Quellensteuern auf den erhaltenen Zinsbetrag erhoben werden).

Zinszahlungen in Bezug auf die Wertpapiere (ausgenommen Nullkupon-Wertpapiere und andere Wertpapiere, die eine Zinskapitalisierung vorsehen), die über eine Zahlstelle in Belgien erfolgen, können jedoch unter bestimmten Umständen von der Quellensteuer befreit sein, sofern eine bestimmte eidesstattliche Erklärung vorgelegt wird. Die belgische Quellensteuer, die erhoben wurde, ist gemäß den geltenden gesetzlichen Bestimmungen anrechenbar und erstattungsfähig.

Andere in Belgien ansässige juristische Personen

Juristische Personen, die in Belgien steuerlich ansässig sind (d. h. der belgischen Steuer der juristischen Personen (*Rechtspersonenbelasting / Impôt des personnes morales*) unterliegen), unterliegen der nachstehend dargelegten steuerlichen Behandlung in Belgien in Bezug auf die Wertpapiere.

Zinszahlungen (gemäß der Definition im Abschnitt "Steuervorschriften für in Belgien ansässige natürliche Personen") aus den Wertpapieren, die über eine Zahlstelle in Belgien erfolgen, unterliegen in Belgien grundsätzlich einer Quellensteuer in Höhe von 25 Prozent. Weitere Steuern auf Zinsen fallen für juristische Personen nicht an. Erfolgt die Zinszahlung jedoch außerhalb Belgiens, d. h. ohne Beteiligung einer belgischen Zahlstelle und ohne Abzug der belgischen Quellensteuer, ist die juristische Person selbst verpflichtet, die Zinsen gegenüber der belgischen Steuerverwaltung anzugeben und die Quellensteuer in Höhe von 25 Prozent an das belgische Schatzamt zu zahlen.

Veräußerungsgewinne aus den Wertpapieren, sind grundsätzlich steuerfrei, es sei denn, die Veräußerungsgewinne gelten als Zinserträge (gemäß der Definition im Abschnitt "Steuervorschriften für in Belgien ansässige natürliche Personen"). Veräußerungsverluste aus den Wertpapieren sind grundsätzlich nicht steuerlich abzugsfähig.

Organisation für die Finanzierung von Pensionen

Belgische Pensionsfonds in der Rechtsform eines Organisation für die Finanzierung von Pensionen ("OFP") unterliegen der belgischen Körperschaftsteuer (*Vennootschapsbelasting / Impôt des sociétés*). OFPs unterliegen der nachstehend dargelegten steuerlichen Behandlung in Belgien in Bezug auf die Wertpapiere.

Zinserträge und Veräußerungsgewinne von OFPs aus den Wertpapieren unterliegen nicht der belgischen Körperschaftsteuer. Veräußerungsverluste von OFPs aus den Wertpapieren sind nicht steuerlich abzugsfähig. Eine belgische Quellensteuer, die erhoben wurde, ist gemäß den geltenden gesetzlichen Bestimmungen anrechenbar und erstattungsfähig.

Nicht in Belgien ansässige Personen

Zinserträge aus den Wertpapieren, die außerhalb Belgiens, d. h. ohne Beteiligung eines professionellen Intermediärs in Belgien, an eine nicht in Belgien ansässige Person gezahlt werden, unterliegen nicht der belgischen Quellensteuer. Zinserträge aus den Wertpapieren, die über einen belgischen professionellen Intermediär gezahlt werden, unterliegen grundsätzlich einer belgischen Quellensteuer in Höhe von 25 Prozent, es sei denn, der Inhaber ist in einem Land ansässig, mit dem Belgien ein Doppelbesteuerungsabkommen geschlossen hat, und legt die verlangte eidesstattliche Erklärung vor.

Nichtansässige Inhaber, die die Wertpapiere nicht im Rahmen einer Geschäftstätigkeit in Belgien halten, können ebenfalls von der belgischen Quellensteuer auf Zinsen befreit werden, sofern die Zinsen über ein belgisches Kreditinstitut, eine belgische Aktiengesellschaft oder eine belgische Clearing- oder Abwicklungsgesellschaft gezahlt werden und die nichtansässige Person (i) Eigentümer oder nutznießserischer Inhaber der Wertpapiere ist, (ii) die Wertpapiere nicht im Rahmen einer Geschäftstätigkeit in Belgien hält und (iii) eine eidesstattliche Erklärung vorlegt, die dessen Status als nichtansässige Person und die Erfüllung der Bedingungen (i) und (ii) bestätigt.

Nichtansässige Inhaber, die die Wertpapiere zur Ausübung einer beruflichen Tätigkeit in Belgien über eine Betriebsstätte halten, unterliegen denselben Steuervorschriften wie in Belgien ansässige Körperschaften (siehe oben). Nichtansässige Inhaber, die die Wertpapiere nicht im Rahmen einer beruflichen Tätigkeit in Belgien halten, unterliegen nicht der belgischen Einkommensteuer, mit Ausnahme einer gegebenenfalls anfallenden Quellensteuer.

Umsetzung der Zinsbesteuerungsrichtlinie

Nicht in Belgien ansässige natürliche Personen

Eine belgische Zahlstelle im Sinne der Zinsbesteuerungsrichtlinie tauscht mit dem steuerlichen Wohnsitzland des wirtschaftlichen Eigentümers hinsichtlich Zinszahlungen (wie in der Zinsbesteuerungsrichtlinie definiert) Informationen aus. Dies betrifft Zahlungen an eine natürliche Person, die wirtschaftlicher Eigentümer der Zinszahlungen ist und in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder auf Curaçao, Bonaire, Saba, St. Maarten oder St. Eustatius (ehemals Niederländische Antillen), Aruba, Guernsey, Jersey, der Insel Man, Montserrat oder den Britischen Jungferninseln ansässig ist. Für gleichgestellte Einrichtungen (im Sinne der Zinsbesteuerungsrichtlinie) gelten spezielle Regelungen. Die übermittelten Informationen beinhalten die Identität und den Wohnsitz des wirtschaftlichen Eigentümers, den Namen und die Anschrift der Zahlstelle, die Kontonummer des wirtschaftlichen Eigentümers sowie Angaben zur Zinszahlung. Der Informationsaustausch kann nicht durch Vorlage einer eidesstattlichen Erklärung vermieden werden.

In Belgien ansässige natürliche Personen

Eine in Belgien ansässige natürliche Person unterliegt den Bestimmungen der Zinsbesteuerungsrichtlinie, wenn sie Zinszahlungen von einer Zahlstelle (im Sinne der Zinsbesteuerungsrichtlinie) erhält, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat, der Schweiz, Liechtenstein, Andorra, Monaco, San Marino oder auf Curaçao, Bonaire, Saba, St. Maarten oder St. Eustatius (ehemals Niederländische Antillen), Aruba, Guernsey, Jersey, der Insel Man, Montserrat, den Britischen Jungferninseln, Anguilla, den Kaimaninseln oder den Turks- und Caicosinseln niedergelassen ist.

Wurde auf die von einer in Belgien ansässigen natürlichen Person erhaltenen Zinsen gemäß dem in der Zinsbesteuerungsrichtlinie vorgesehenen System eine Quellensteuer erhoben, befreit diese Quellensteuer die in Belgien ansässige natürliche Person nicht von der Pflicht, den Zinsertrag in der Einkommensteuererklärung anzugeben. Die Quellensteuer wird auf die Einkommensteuer angerechnet. Übersteigt die einbehaltene Quellensteuer die fällige Einkommensteuer, wird der Differenzbetrag erstattet, sofern er mindestens EUR 2,5 beträgt.

Belgische Steuer auf Börsentransaktionen und auf Pensionsgeschäfte

Auf den entgeltlichen Erwerb und Verkauf der Wertpapiere auf dem Sekundärmarkt in Belgien über einen professionellen Intermediär wird eine Steuer auf Börsentransaktionen ("*Taxe sur les opérations de bourse*", "*Taks op de beursverrichtingen*") erhoben. Die Steuer wird separat von jeder Partei einer entsprechenden Transaktion fällig, d. h. vom Verkäufer (Übertragender) und vom Käufer (Übertragungsempfänger), und jeweils durch den professionellen Intermediär eingezogen. Der Steuersatz für Wertpapiere beträgt grundsätzlich 0,09 Prozent, wobei der Betrag auf maximal EUR 650 je Transaktion und Partei begrenzt ist.

Eine Steuer auf Pensionsgeschäfte ("*taxe sur les reports*") zum Steuersatz von 0,085 Prozent sowie maximal in Höhe von EUR 650 je Transaktion und Partei fällt für jede Partei für jeder entsprechenden in Belgien abgeschlossenen oder erfüllten Transaktion an, im Rahmen derer ein professioneller Intermediär für Börsentransaktionen für die Parteien tätig wird.

Die vorstehend genannte Steuer auf Börsentransaktionen und Steuer auf Pensionsgeschäfte wird nicht für befreite Personen fällig, die für eigene Rechnung handeln, einschließlich Nichtansässiger (vorbehaltlich bestimmter Formalitäten) und bestimmter belgischer institutioneller Anleger im Sinne der Definition in Artikel 126/1 Nr. 2 und Artikel 139 des belgischen Gesetzbuches der verschiedenen Gebühren und Steuern ("*Code des droits et taxes divers*").

Belgische Erbschaft- und Schenkungsteuer

In Belgien ansässige natürliche Personen

Eine Erbschaftsteuer wird auf den Wert der Wertpapiere erhoben, die als Teil der Erbschaft einer in Belgien ansässigen Person übertragen werden.

Schenkungen der Wertpapiere in Belgien unterliegen der Schenkungsteuer, es sei denn, die Schenkung erfolgt im Wege einer rein physischen Lieferung bei Wertpapieren in Form von Inhaberpapieren. Erbschaftsteuern auf geschenkte Wertpapiere werden jedoch nur vermieden, wenn eine Person nachweisen kann, dass die Schenkung mehr als drei Jahre vor dem Tod des Erblassers erfolgte.

Nicht in Belgien ansässige natürliche Personen

Auf die Übertragung der Wertpapieren infolge des Todes einer nicht in Belgien ansässigen Person wird keine belgische Erbschaftsteuer erhoben.

Schenkungen der Wertpapiere in Belgien unterliegen der Schenkungsteuer, es sei denn, die Schenkung erfolgt im Wege einer rein physischen Lieferung bei Wertpapieren in Form von Inhaberpapieren.

8. Besteuerung in den Vereinigten Staaten von Amerika

UM DIE EINHALTUNG DES *TREASURY DEPARTMENT CIRCULAR NO. 230* ("CIRCULAR NO. 230") ZU GEWÄHRLEISTEN, WERDEN DIE ANLEGER HIERMIT DARÜBER IN KENNTNIS GESETZT, DASS: (A) IN DIESEM BASISPROSPEKT ENTHALTENE AUSFÜHRUNGEN ZUM U.S.-BUNDESSTEUERRECHT NICHT MIT DER ABSICHT VERFASST WURDEN, ANLEGERN ZUR VERMEIDUNG MÖGLICHER GEMÄSS DEM *INTERNAL REVENUE CODE* AUFERLEGTER STRAFEN ZU DIENEN, UND DASS SICH ANLEGER DIESBEZÜGLICH NICHT AUF DIESE AUSFÜHRUNGEN BERUFEN KÖNNEN; (B) DIESE AUSFÜHRUNGEN VON DER EMITTENTIN IN ZUSAMMENHANG MIT DER VERKAUFSFÖRDERUNG (*PROMOTION*) ODER VERMARKTUNG (*MARKETING*) (IM SINNE DES CIRCULAR NO. 230) DER IN DIESEM BASISPROSPEKT BESCHRIEBENEN TRANSAKTIONEN ODER SACHVERHALTE DURCH DIE EMITTENTIN IN DIESEM BASISPROSPEKT AUFGENOMMEN WURDEN; UND DASS (C) ANLEGER SICH UNTER BERÜCKSICHTIGUNG IHRER INDIVIDUELLEN UMSTÄNDE VON EINEM UNABHÄNGIGEN STEUERBERATER BERATEN LASSEN SOLLTEN.

Nachstehend sind bestimmte wesentliche Folgen des Erwerbs, Besitzes und Verkaufs der Wertpapiere durch einen Nicht-U.S.-Inhaber nach dem U.S.-Bundeseinkommensteuerrecht zusammengefasst. Im Sinne dieses Abschnitts bezeichnet "Nicht-U.S.-Inhaber" einen wirtschaftlichen Eigentümer der Wertpapiere, der (i) für die Zwecke der U.S.-

Bundeseinkommensteuer ein nichtansässiger Ausländer (non-resident alien individual), (ii) für die Zwecke der U.S.-Bundeseinkommensteuer eine ausländische Kapitalgesellschaft (foreign corporation), oder (iii) eine Vermögensmasse (estate) oder ein Trust ist, deren/dessen Einkünfte nicht auf Basis des Reingewinns der U.S.-Bundeseinkommensbesteuerung unterliegen. Ist der Anleger kein Nicht-U.S.-Inhaber, sollte er sich bezüglich der nach dem U.S.-Bundeseinkommensteuerrecht erfolgenden steuerlichen Behandlung einer Anlage in die Wertpapiere von seinem Steuerberater beraten lassen.

Eine natürliche Person kann vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen für die Zwecke der Bundeseinkommensteuer als Gebietsansässiger (resident) der Vereinigten Staaten gelten, wenn er sich im laufenden Kalenderjahr für mindestens 31 Tage und während eines im laufenden Kalenderjahr endenden Zeitraums von drei Jahren für insgesamt mindestens 183 Tage in den Vereinigten Staaten aufhält (wobei für diese Zwecke alle Anwesenheitstage im laufenden Kalenderjahr, ein Drittel der Anwesenheitstage im unmittelbar vorausgegangenem Jahr sowie ein Sechstel der Anwesenheitstage im zweiten Vorjahr zählen).

Diese Zusammenfassung basiert auf Auslegungen des Internal Revenue Code von 1986 in der jeweils geltenden Fassung (der "Code"), der in dessen Rahmen durch das U.S. Department of the Treasury erlassenen Regelungen (Treasury Regulations) und der Urteile und Entscheidungen, die derzeit in Kraft (oder in einigen Fällen geplant) sind. Diese können allesamt Änderungen unterliegen. Entsprechende Änderungen können rückwirkend gelten und sich negativ auf die in diesem Dokument beschriebenen Folgen der U.S.-Bundeseinkommensbesteuerung auswirken. Anleger, die den Erwerb der Wertpapiere in Betracht ziehen, sollten sich von ihren eigenen Steuerberatern bezüglich der Anwendbarkeit des U.S.-Bundeseinkommensteuerrechts auf ihre individuellen Umstände sowie etwaiger Folgen des Erwerbs, wirtschaftlichen Eigentums und Verkaufs der Wertpapiere aufgrund der Gesetze einer anderen Steuerrechtsordnung beraten lassen.

ANLEGER SOLLTEN SICH VON IHREN STEUERBERATERN BEZÜGLICH DER STEUERLICHEN FOLGEN BERATEN LASSEN, DIE DER ERWERB, BESITZ UND VERKAUF DER WERTPAPIERE AUFGRUND DES U.S.-STEUERRECHTS AUF BUNDES-, BUNDESSTAATS- UND KOMMUNALEBENE SOWIE ANDERWEITIGEN STEUERRECHTS FÜR SIE HABEN.

Behandlung von Nicht-U.S.-Inhabern nach U.S.-Bundessteuerrecht

Im Allgemeinen sowie vorbehaltlich der Ausführungen in den nachstehenden Abschnitten unterliegen Zahlungen an einen Nicht-U.S.-Inhaber in Bezug auf die Wertpapiere sowie Gewinne, die ein Nicht-U.S.-Inhaber aus dem Verkauf, dem Umtausch, der Rückzahlung oder der anderweitigen Veräußerung der Wertpapiere erzielt, nicht der Einkommen- oder Quellensteuer in den Vereinigten Staaten auf Bundesebene, es sei denn, (1) diese Einkünfte sind effektiv verbunden (*effectively connected*) mit einer Geschäftstätigkeit, die dieser Nicht-U.S.-Inhaber in den Vereinigten Staaten ausübt, oder (2) es handelt sich im Falle von Veräußerungsgewinnen bei diesem Nicht-U.S.-Inhaber um einen nichtansässigen Ausländer, der die Wertpapiere als Kapitalanlage hält und sich in dem Steuerjahr, in dem der Verkauf erfolgt, länger als 182 Tage in den Vereinigten Staaten aufhält, und es sind bestimmte andere Bedingungen erfüllt.

Es ist möglich, dass Wertpapiere, bei denen keine Kapitalrückzahlung garantiert ist ("**Wertpapiere ohne Kapitalschutz**"), für die Zwecke der U.S.-Bundeseinkommensteuer als Terminkontrakte oder

noch zu erfüllende Verträge behandelt werden. Die U.S.-Bundessteuerbehörde Internal Revenue Service ("IRS") gab 2007 eine Mitteilung (*Notice*) heraus, die Auswirkungen auf die Besteuerung von Nicht-U.S.-Inhabern von Wertpapieren ohne Kapitalschutz haben kann. Gemäß dieser Notice erwägen der IRS und das U.S. Department of the Treasury ("**Treasury Department**") gebührend, ob unter anderem ein Inhaber von Instrumenten wie Wertpapieren ohne Kapitalschutz verpflichtet werden soll, ordentliche Erträge (*ordinary income*) laufend auszuweisen. Es ist nicht möglich, vorherzusehen, welche Richtlinien sie letztlich (sofern überhaupt) herausgeben werden. Es ist jedoch möglich, dass Nicht-U.S.-Inhaber entsprechender Wertpapiere gemäß dieser Richtlinien letztlich dazu verpflichtet sein werden, Erträge laufend auszuweisen, und dass Nicht-U.S.-Inhaber entsprechender Wertpapiere einer Quellensteuer auf angenommene normalbesteuerter Einkünfte und/oder andere Zahlungen in Bezug auf diese Wertpapiere unterliegen könnten. Darüber hinaus sind gemäß dem U.S.-Bundeseinkommensteuerrecht alternative steuerliche Behandlungen von Wertpapieren ohne Kapitalschutz möglich. Bei einer dieser alternativen Klassifizierungen ist es möglich, dass ein Anleger als Eigentümer des Basiswertes dieser Wertpapiere behandelt wird.

Wird der für ein Wertpapier zahlbare Betrag anhand von Dividenden bestimmt, die in Bezug auf U.S.-Aktien gezahlt oder erklärt werden, ist es möglich, dass der IRS durchsetzt, dass Anleger in Bezug auf diese Dividenden der U.S.-Quellensteuer unterliegen. Ebenso können Nicht-U.S.-Inhaber im Falle von Wertpapieren, die auf einen oder mehrere als "Anteile an U.S.-Grundvermögen" (*U.S. real property interests*) (im Sinne der in Section 897(c) des Code enthaltenen Definition) eingestufte Vermögenswerte bezogen sind, bestimmten Regelungen für den Besitz und Verkauf von Anteilen an U.S.-Grundvermögen unterliegen. Künftige Nicht-U.S.-Inhaber sollten sich bezüglich der möglichen alternativen steuerlichen Behandlungen der Wertpapiere von ihren eigenen Steuerberatern beraten lassen.

Darüber hinaus hat das Treasury Department die Vorschläge für Regelungen (*Regulations*) im Rahmen von Section 871(m) des Code kürzlich überarbeitet. Werden diese Vorschläge in der jetzigen Form endgültig beschlossen, könnten sie die Emittentin möglicherweise dazu verpflichten, Zahlungen in Bezug auf Wertpapiere die sich auf U.S.-Aktien beziehen, vollständig oder anteilig als "dividendengleiche" (*dividend equivalent*) Zahlungen zu behandeln, welche einer Quellensteuer von 30 Prozent (oder einem geringeren Steuersatz gemäß einem geltenden Abkommen) unterliegen.

Steuereinbehalt nach dem U.S. Foreign Account Tax Compliance Act

Eine FATCA-Quellensteuer von 30 Prozent wird auf bestimmte Zahlungen an bestimmte Nicht-U.S.-Finanzinstitute erhoben, die Bescheinigungspflichten in Bezug auf deren direkte oder indirekte U.S.-Anteilhaber und/oder U.S.-Kontoinhaber nicht nachkommen. Diesen Melde- oder Bescheinigungspflichten unterliegende U.S.-Kontoinhabern können auch Inhaber der Wertpapiere einschließen. Um die Quellenbesteuerung von 30 Prozent auf diese Zahlungen zu vermeiden, können die Emittentin und andere Nicht-U.S.-Finanzinstitute verpflichtet sein, Informationen in Bezug auf die Inhaber der Wertpapiere an den IRS weiterzuleiten und, im Falle von Inhabern, die (i) die entsprechenden Informationen nicht bereitstellen, (ii) Nicht-U.S.-Finanzinstitute sind und nicht eingewilligt haben, diesen Meldepflichten nachzukommen, oder (iii) Wertpapiere direkt oder indirekt über entsprechende nicht-kooperierende Nicht-U.S.-Finanzinstitute halten, einen Teil der in Bezug auf die Wertpapiere erfolgten Zahlungen einzubehalten. Gemäß vom Treasury Department herausgegebenen endgültigen Regelungen gilt

eine entsprechende Einbehaltung nicht für Zahlungen, die vor dem 1. Juli 2014 in Bezug auf Zahlungen aus U.S.-Quellen (z. B. "dividendengleiche" Zahlungen) und vor dem 1. Januar 2017 in Bezug auf Zahlungen aus Nicht-U.S.-Quellen erfolgen.

9. Besteuerung in der Schweiz

Die nachfolgenden Angaben stellen lediglich eine Zusammenfassung zu der Besteuerung der im Rahmen des Programms begebenen Wertpapiere gemäß dem derzeit geltenden schweizerischen Recht und dessen Anwendung in der Schweiz nach dem Verständnis der Emittentin dar. Da diese Zusammenfassung nicht auf sämtliche Aspekte des schweizerischen Steuerrechts eingeht und die spezifische Steuersituation des Anlegers in diesem Zusammenhang nicht berücksichtigt werden kann, wird Anlegern empfohlen, ihre persönlichen Steuerberater zu Rate zu ziehen, soweit es um die Steuerfolgen von Kauf, Eigentum, Verkauf oder Rückzahlung der im Rahmen des Programms begebenen Wertpapiere und um die Erträge aus diesen Wertpapiere geht, insbesondere die Auswirkungen des Steuerrechts einer anderen Rechtsordnung.

Die Eidgenössische Steuerverwaltung hat am 7. Februar 2007 ein Kreisschreiben Nr. 15 betreffend Obligationen und derivative Finanzinstrumente als Gegenstand der direkten Bundessteuer, der Verrechnungssteuer sowie der Stempelabgaben erlassen ("Kreisschreiben Nr. 15"). Die im Rahmen des Programms begebenen Wertpapiere werden nach Maßgabe des Kreisschreibens Nr. 15 und seiner Anhänge besteuert. In Abhängigkeit von der Qualifizierung des jeweiligen Wertpapiers durch die zuständigen schweizerischen Steuerbehörden können einzelne Wertpapiere unterschiedlich besteuert werden.

Einkommensteuer

Von in der Schweiz ansässigen Anlegern als Privatvermögen gehaltene Wertpapiere

Nach den Grundsätzen der schweizerischen Einkommensbesteuerung sind Kapitalgewinne grundsätzlich dann von der schweizerischen Einkommensteuer befreit, wenn sie (i) für die Zwecke der direkten Bundessteuer bei der Veräußerung oder dem Tausch von beweglichem und unbeweglichem Privatvermögen realisiert werden oder (ii) für die Zwecke der direkten Kantons-/Gemeindesteuern bei der Veräußerung oder dem Tausch von beweglichem Privatvermögen realisiert werden; im Privatvermögen erzielte Erträge aus Kapitalanlagen (z. B. Zinsen, Dividenden etc.) unterliegen hingegen der schweizerischen Einkommensteuer. Im Privatvermögen erlittene Kapitalverluste sind jedoch nicht steuerlich abzugsfähig. Daher sind (i) beim Verkauf oder der Rückzahlung der Wertpapiere realisierte Kapitalgewinne oder (ii) aus Kapitalgewinnen stammende Erträge aus den Wertpapieren grundsätzlich für in der Schweiz ansässige Anleger, von denen die Wertpapiere als Privatvermögen gehalten werden, von der schweizerischen Einkommensteuer befreit; mit den Wertpapieren erzielte Erträge aus Kapitalanlagen unterliegen hingegen grundsätzlich der schweizerischen Einkommensteuer.

Von in der Schweiz ansässigen Anlegern als Geschäftsvermögen gehaltene Wertpapiere

Nach den Grundsätzen der schweizerischen Einkommensbesteuerung unterliegen bei der Veräußerung, dem Tausch oder der Neubewertung von Geschäftsvermögen realisierte Kapitalgewinne, gleichermaßen wie alle anderen Erträge aus gewerblicher Tätigkeit oder aus Kapitalanlagen, im Allgemeinen (i) entweder der Schweizer Einkommensteuer für natürliche

Personen oder (ii) der Schweizer Körperschaftsteuer für Kapitalgesellschaften. Dies gilt sowohl für bewegliches als auch für unbewegliches Vermögen. Aus der Tatsache, dass Kapitalgewinne aus Geschäftsvermögen grundsätzlich vollumfänglich steuerpflichtig sind, ergibt sich jedoch, dass Kapitalverluste aus Geschäftsvermögen steuerlich abzugsfähig sind. Daher (i) unterliegen bei der Veräußerung, dem Tausch, der Rückzahlung oder der Neubewertung der Wertpapiere realisierte Kapitalgewinne und (ii) Erträge aus den Wertpapieren, unabhängig davon, ob das betreffende Einkommen aus Erträgen aus Kapitalanlagen oder aus Kapitalgewinnen stammt, grundsätzlich entweder der Schweizer Einkommensteuer für natürliche, in der Schweiz ansässige Personen, von denen die Wertpapiere als Geschäftsvermögen gehalten werden, oder der Schweizer Körperschaftsteuer für Anleger, bei denen es sich um in der Schweiz ansässige Unternehmen handelt.

Verrechnungssteuer

Grundsätzlich ist die Verrechnungssteuer eine in der Schweiz vom Bund auf Einkommen (beispielsweise auf Zinsen, Renten, Gewinnausschüttungen etc.) erhobene Steuer aus u. a. Anleihen und anderen umlauffähigen, von in der Schweiz Steueransässigen, sog. Inländern, begebenen Schuldtiteln, Ausschüttungen von in der Schweiz steueransässigen Kapitalgesellschaften, Zinsen auf Einlagen bei Schweizer Banken sowie Ausschüttungen von oder im Zusammenhang mit in der Schweiz steueransässigen Organismen für gemeinsame Anlagen. Für die Zwecke der in der Schweiz vom Bund erhobenen Verrechnungssteuer gelten natürliche Personen oder Kapitalgesellschaften als in der Schweiz steueransässige und der Verrechnungssteuer unterliegende Inländer, wenn sie (i) in der Schweiz ansässig sind, (ii) ihren dauernden Aufenthalt in der Schweiz haben, (iii) Gesellschaften nach schweizerischem Recht mit statutarischem Sitz in der Schweiz sind, (iv) nach ausländischem Recht gegründete Gesellschaften sind, jedoch ihren Sitz in der Schweiz haben, oder (v) nach ausländischem Recht gegründete Gesellschaften sind, jedoch in der Schweiz geleitet werden und dort eine Geschäftstätigkeit ausüben. Solange die Wertpapiere nicht von einem Emittenten begeben werden, der für die Zwecke der Schweizer Verrechnungssteuer als in der Schweiz steueransässig gilt, unterliegen die Erträge aus den Wertpapieren daher grundsätzlich nicht der Schweizer Verrechnungssteuer.

Umsatzabgabe bei der Übertragung von Wertpapieren

Die Schweizer Umsatzabgabe bei der Übertragung von Wertpapieren wird bei der entgeltlichen Eigentumsübertragung von bestimmten steuerpflichtigen Wertpapieren (beispielsweise Anleihen) erhoben, sofern ein schweizerischer Effektenhändler an der Transaktion beteiligt ist. Sekundärmarkttransaktionen im Hinblick auf die Wertpapiere unterliegen jedoch der auf den Kaufpreis oder Umsatzerlös erhobenen Schweizer Umsatzabgabe bei der Übertragung von Wertpapieren, sofern die Wertpapiere als steuerpflichtige Wertpapiere eingestuft sind; dies setzt voraus, dass ein Schweizer Effektenhändler an der Transaktion beteiligt ist und dass keine Ausnahmeregelung Anwendung findet.

Das System des EU-Steuerrückbehalts

Mit Wirkung ab dem 1. Juli 2005 erhebt die Schweiz nach Maßgabe des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft (das "**Abkommen**") über Regelungen, die den in der Zinsbesteuerungsrichtlinie festgelegten Regelungen

gleichwertig sind, einen Steuerrückbehalt (Quellensteuer) auf Zins- und ähnliche Ertragszahlungen, die Schweizer Zahlstellen an in EU-Mitgliedstaaten ansässige natürliche Personen leisten, sofern die Zinszahlungen nicht für Forderungen erfolgen, die von in der Schweiz ansässigen oder zu schweizerischen Betriebsstätten von nicht in der Schweiz Ansässigen gehörigen Schuldern begeben wurden; dieser Steuerrückbehalt beläuft sich während der ersten drei Jahre ab dem Tag, an dem das Abkommen zur Anwendung kommt, auf ab dem 1. Juli 2011 35 %. Der wirtschaftliche Eigentümer kann den Rückbehalt vermeiden, indem er die Zahlstelle in der Schweiz ausdrücklich dazu ermächtigt, die Zinszahlungen der zuständigen Schweizer Behörde zu melden. Daraufhin wird die zuständige Schweizer Behörde dies an die Zuständige Behörde des EU-Mitgliedstaats, in dem der wirtschaftliche Eigentümer seinen Wohnsitz hat, weiterleiten.

Quellensteuerabkommen

Die Schweiz hat mit Großbritannien und Österreich Abgeltungssteuerabkommen (Quellensteuerabkommen) abgeschlossen. Gemäß diesen Abkommen sind qualifizierende schweizerische Zahlstellen verpflichtet, eine Quellensteuer auf jegliche Einkünften zu erheben, wenn die bei einer schweizerischen Zahlstelle liegenden Wertpapiere direkt oder indirekt einer natürlichen Person zurechenbar sind, die im anderen Vertragsstaat (z. B. Österreich) ansässig ist. Der anwendbare Steuersatz hängt vom anwendbaren Steuersatz im anderen Vertragsstaat und von der Art der realisierten Einkünfte ab (Dividenden, Zinsen, Kapitalgewinn, etc.). Zudem hängt die Berechnung der zu steuernden Einkünfte vom jeweils anwendbaren Quellensteuerabkommen ab. Eine Person, die von der Quellensteuer erfasst wird ("**betroffene Person**"), kann eine Besteuerung verhindern, wenn die betroffene Person die qualifizierende schweizerische Zahlstelle ausdrücklich ermächtigt, der zuständigen ausländischen Steuerbehörde im Ansässigkeitsstaat der betroffenen Person unter anderem die Identität der betroffenen Person und die in der entsprechenden Periode angefallenen Erträge zu melden.

London, 17. Juni 2014

Barclays Bank PLC, London

Durch:

Tim Varchmin

Zeichnungsberechtigter

The following non-binding English language translation of the foregoing German language content of the supplement dated 17 June 2014 to the RSSP Base Prospectus E dated 4 July 2013, RSSP Base Prospectus G dated 12 November 2013 and RSSP Base Prospectus H dated 13 May 2014 (the "**Base Prospectuses**") is not a supplement in accordance with Section 16(1) of the German Securities Prospectus Act (*Wertpapierprospektgesetz*) and was not approved by the German Federal Financial Supervisory Authority (*Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht*).

Die nachfolgende unverbindliche englischsprachige Übersetzung des vorstehenden deutschsprachigen Inhalts des Nachtrags vom 17. Juni 2014 zum RSSP Basisprospekt E vom 4. Juli 2013, RSSP Basisprospekt G vom 12. November 2013 und RSSP Basisprospekt H vom 13. Mai 2014 (die "**Basisprospekte**") stellt keinen Nachtrag gemäß § 16 Abs. 1 Wertpapierprospektgesetz dar und wurde nicht von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gebilligt.



17 June 2014

BARCLAYS BANK PLC

(Incorporated with limited liability in England and Wales)

SUPPLEMENT

PURSUANT TO § 16 PARA. 1 GERMAN SECURITIES PROSPECTUS ACT ("**WpPG**")

TO THE FOLLOWING BASE PROSPECTUSES

(THE "**BASE PROSPECTUSES**"):

RSSP BASE PROSPECTUS E DATED 4 JULY 2013 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS SUPPLEMENTS

DATED 23 OCTOBER 2013, 13 JANUARY 2014 AND 17 APRIL 2014

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS E**")

RELATING TO

FIXED RATE INTEREST, FLOATING RATE INTEREST, INFLATION LINKED INTEREST AND ZERO COUPON

SECURITIES (THE "**RSSP E SECURITIES**")

(**FOURTH SUPPLEMENT**)

RSSP BASE PROSPECTUS G DATED 12 NOVEMBER 2013 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS
SUPPLEMENTS DATED 13 JANUARY 2014 AND 17 APRIL 2014

(THE "RSSP BASE PROSPECTUS G")

RELATING TO

FX LINKED AUTOCALL SECURITIES (THE "RSSP G SECURITIES")

(THIRD SUPPLEMENT)

AND

RSSP BASE PROSPECTUS H DATED 13 MAY 2014

(THE "RSSP BASE PROSPECTUS H")

RELATING TO

SHARE, INDEX AND COMMODITY LINKED SECURITIES (THE "RSSP H SECURITIES")

(FIRST SUPPLEMENT)

(THE RSSP E SECURITIES, THE RSSP G SECURITIES AND THE RSSP H SECURITIES, THE "SECURITIES")

If, before this Supplement is published, investors have already agreed to purchase or subscribe for Securities issued under the Final Terms to the Base Prospectuses, such investors shall have the right to withdraw their declaration of purchase or subscription in accordance with Section 16(3) WpPG within a period of two working days from the date of publication of this Supplement, provided that the new factor, mistake or inaccuracy referred to in Section 16(1) WpPG arose before the final closing of the offer to the public and the delivery of the securities.

The withdrawal (for which no reasons need to be given) must be declared by written notice to that entity to which the relevant investor addressed the declaration of purchase or subscription. Timely dispatch of notice is sufficient to comply with the notice period.

During the validity of the Base Prospectuses and as long as any Securities issued in connection with the Base Prospectuses are listed on any stock exchange or offered to the public, copies of this Supplement and of the Base Prospectuses, as supplemented, will be available free of charge upon

request from Barclays Bank plc, 1 Churchill Place, London , E14 5HP, United Kingdom and on the website of the Issuer www.barclays.com/investorrelations/debtinvestors (or any successor website).

The circumstances giving rise to this Supplement are:

- I. the update of the Base Prospectuses with respect to the unaudited Interim Management Statement of Barclays PLC in respect of the three months ended 31 March 2014 which was published on 6 May 2014 (item of the Supplement no. 1 and 3);
- II. the update of the Base Prospectuses with respect to the announcement of Barclays PLC and the Bank relating to the Group Strategy Update which was published on 8 May 2014 (item of the Supplement no. 1);
- III. the determination of certain material mistakes after the approval of the Base Prospectuses on 2 June 2014 (items of the Supplement no. 2, 4, 5, 6, 7 and 8);
- IV. the update of the Base Prospectuses with respect to the agreement between the Bank and certain of its affiliates and former employees of the Bank regarding the claims of the FHFA on 24 April 2014 (item of the Supplement no. 7);
- V. the update of the Base Prospectuses with respect to the postponement of entering the agreement regarding the Suisse/US Tax programme until 30 June 2014 which became known on 10 April 2014 (item of the Supplement no. 9);
- VI. the update of the Base Prospectus with respect to the change of the directors of the Issuer as of 9 May 2014 as well as the potential conflicts of interest in respect of Wendy Lucas-Bull as of 3 June 2014 (item of the Supplement no. 10); and
- VII. the update of the Base Prospectus with respect to changes regarding the changes in tax law as of 9 May 2014 (item of the Supplement no. 11).

1. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, the section "INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE" shall be replaced as follows (circumstances giving rise to the Supplement no. I and II):

INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE

The following information has been deposited with the Financial Conduct Authority (FCA) and shall be deemed to be incorporated in, and to form part of, this Prospectus pursuant to section 11 paragraph 1 sentence 2 of WpPG:

- the joint Annual Report of Barclays PLC and Barclays Bank PLC ("**Issuer**"), as filed with the US Securities and Exchange Commission (SEC) on Form 20 F in respect of the years ended 31 December 2012 and 31 December 2013 ("**Joint Annual Report**"), with the exception of the information incorporated by reference in the Joint Annual Report referred to in the Exhibit Index of the Joint Annual Report, which shall not be deemed to be incorporated in this Base Prospectus;
- the Annual Reports of the Issuer containing the audited consolidated financial statements of the Issuer in respect of the years ended 31 December 2012 ("**2012 Issuer Annual Report**") and 31 December 2013 ("**2013 Issuer Annual Report**"), respectively;
- the announcement by Barclays PLC of its leverage plan as filed with the SEC on Form 6-K on Film Number 13995561 on 30 July 2013;
- the unaudited Interim Management Statement of Barclays PLC as filed with the SEC on Form 6-k on Film Number 14816123 on 6 May 2014 in respect of the three months ended 31 March 2014 (the "**Interim Management Statement**"); and
- the announcement of Barclays PLC and the Bank relating to the Group Strategy Update, as jointly filed with the SEC on Form 6-K on Film Number 14827183 on 9 May 2014.

The table below sets out the relevant page references for the information contained within the Joint Annual Report:

Corporate Governance Report	29
Directors' report	54
Board of Directors	59
People	62
Remuneration Report	65
Risk Review	107
Financial Review	211
Financial Statements	243
Independent Registered Public Accounting Firm's report for Barclays PLC	245
Consolidated Financial Statements Barclays PLC	246
Notes to the Financial Statements	253
Risk Management	346
Shareholder Information	391
Additional Information	405

Independent Registered Public Accounting Firm's report for Barclays Bank PLC	444
Barclays Bank PLC Data	445

To the extent that information is incorporated into this Prospectus by making reference only to certain parts of a document, the non-incorporated parts are not relevant for investors in the Securities. The above documents may be inspected during normal business hours at the registered office of the Issuer, at <http://group.barclays.com/about-barclays/investor-relations/results-announcements> and at the specified office of the Paying Agent as described in the section entitled "*Documents Available*" of "*General Information*".

The Issuer has applied International Financial Reporting Standards ("**IFRS**") as issued by the International Accounting Standards Board and as adopted by the European Union (the "**EU**") in the financial statements incorporated by reference above. A summary of the significant accounting policies for the Issuer is included in the 2012 Issuer Annual Report and the 2013 Issuer Annual Report.

2. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "**GENERAL INFORMATION**", in the subsection "**Relevant Clearing Systems**" the first paragraph shall be replaced as follows (circumstance giving rise to the Supplement no. III):

The Securities issued under the Programme may be accepted for clearance through the Euroclear, Clearstream, Clearstream Frankfurt or SIX SIS Ltd. systems or any other Clearing System. The Relevant Clearing System is set out in the Final Terms. The appropriate common code for each Series of Securities allocated by Euroclear, Clearstream or the securities number (*Wertpapierkennnummer*, "**WKN**") allocated by Clearstream Frankfurt or the Valoren indicated by SIX SIS Ltd. will be set out in the Final Terms, together with the International Securities Identification Number (the "**ISIN**") for that Series. Transactions will be effected for settlement in accordance with the Relevant Rules.

3. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "**GENERAL INFORMATION**", the subsection "**Significant Change Statement**" shall be replaced as follows (circumstance giving rise to the Supplement no. I):

Significant Change Statement

There has been no significant change in the financial position of the Group since 31 March 2014.

4. In the non-binding English language translation of the RSSP Base Prospectus E and RSSP Base Prospectus G, in the section "**INFORMATION RELATING TO THE ISSUER**", in the subsection "**The Issuer and the Group**" the first paragraph shall be replaced as follows (circumstance giving rise to the Supplement no. III):

The Bank and the Group

The Bank (together with its subsidiary undertakings (the "**Bank Group**")) is a public limited company registered in England and Wales under number 1026167 with the Companies House of England and Wales in Cardiff. The liability of the members of the Bank is limited. It has its registered and head office at 1 Churchill Place, London, E14 5HP, United Kingdom (telephone number +44 (0)20 7116 1000). The Bank was incorporated on 7 August 1925 under the Colonial Bank Act 1925 and on 4 October 1971 was registered as a company limited by shares under the Companies Acts

1948 to 1967. Pursuant to The Barclays Bank Act 1984, on 1 January 1985, the Bank was re-registered as a public limited company and its name was changed from "Barclays Bank International Limited" to "Barclays Bank PLC". The commercial name of the Issuer is "Barclays". The whole of the issued ordinary share capital of the Bank is beneficially owned by Barclays PLC. Barclays PLC (together with its subsidiary undertakings (the "**Group**")) is the ultimate holding company of the Group and is one of the largest financial services companies in the world by market capitalisation. The financial position of the Bank is dependent on the financial position of its subsidiary undertakings. Apart from that the Bank is not dependent on other entities within the Group.

5. In the non-binding English language translation of the RSSP Base Prospectus E and RSSP Base Prospectus G, in the section "**INFORMATION RELATING TO THE ISSUER**", in the subsection "**The Issuer and the Group**" the second paragraph and in the non-binding English language translation of the RSSP Base Prospectus H, in the section "**INFORMATION RELATING TO THE ISSUER**", in the subsection "**The Bank and the Group**" the second paragraph shall be replaced as follows (circumstance giving rise to the Supplement no. III):

The Group is a major global financial services provider engaged in retail and commercial banking, credit cards, investment banking, wealth management and investment management services with an extensive international presence in Europe, United States, Africa and Asia. Together with its predecessor companies, the Bank Group has over 300 years of history and expertise in banking. Today the Bank Group operates in over 50 countries and, as at 31 December 2013, employed approximately 140,000 people. The Bank Group moves, lends, invests and protects money for customers and clients worldwide. Detailed Information regarding the description of the Group can be found in the annual report of Barclays PLC which is included in the Joint Annual Report and incorporated by reference into this Base Prospectus.

6. In the non-binding English language translation of the RSSP Base Prospectus E and RSSP Base Prospectus G, in the section "**INFORMATION RELATING TO THE ISSUER**", in the subsection "**The Issuer and the Group**", the subsection "**Acquisitions, Disposals and Recent Developments**" shall be replaced as follows: (circumstance giving rise to the Supplement no. III):

Strategic combination of Barclays Africa with Absa Group Limited

On 6 December 2012, the Bank entered into an agreement to combine the majority of its Africa operations (African Business) with Absa Group Limited (Absa). Under the terms of the combination, Absa acquired Barclays Africa Limited, the holding company of the African Business, for a consideration of 129,540,636 Absa ordinary shares (representing a value of approximately £1.3bn for Barclays Africa Limited). The combination completed on 31 July 2013 and, on completion, the Bank's stake in Absa increased from 55.5% to 62.3%. Absa was subsequently renamed Barclays Africa Group Limited but continues to trade under the name Absa.

PRA Capital Adequacy Review

In 2013 the UK Financial Policy Committee asked the PRA to take steps to ensure that, by the end of 2013, major UK banks and building societies, including the Group, held capital resources equivalent to 7% of their risk weighted assets. As part of its review, the PRA also introduced a 3% leverage ratio target, which the PRA requested the Group plan to achieve by 30 June 2014. The

PRA's calculations for both capital and leverage ratios were based on CRD IV definitions, applied on a fully loaded basis with further prudential adjustments.

In order to achieve these targets within the PRA's expected timeframes the Group formulated and agreed with the PRA a plan comprised of capital management and leverage exposure actions which was announced on 30 July 2013. The Group executed on this plan in 2013 by completing an underwritten rights issue to raise approximately £5.8bn (net of expenses) in common equity tier 1 capital; issuing £2.1bn (equivalent) CRD IV qualifying contingent convertible Additional Tier 1 securities with a 7% fully loaded CET1 ratio trigger; and reducing PRA leverage exposure to £1,363bn. These actions resulted in the Group reporting a fully loaded CRD IV CET1 ratio of 9.3% and an estimated PRA leverage ratio of just under 3% as at 31 December 2013.

7. In the non-binding English language translation of the RSSP Base Prospectus E and RSSP Base Prospectus G, in the section "**INFORMATION RELATING TO THE ISSUER**", in the subsection "**The Issuer and the Group**", in the subsection "**Legal, Competition and Regulatory Matters**", in the subsection "*Residential Mortgage-Backed Securities Claims*" and in the non-binding English language translation of the RSSP Base Prospectus H, in the section "**INFORMATION RELATING TO THE ISSUER**", in the subsection "**The Bank and the Group**", in the subsection "**Legal, Competition and Regulatory Matters**", in the subsection "*Residential Mortgage-Backed Securities Claims*", the last sentence of the second paragraph ("The Group considers that the claims against it are without merit and intends to defend them vigorously.") shall be deleted and at the end of the subsection, the following paragraph shall be added (circumstance giving rise to the Supplement no. III and IV):

On 24 April 2014, the Bank and certain of its affiliates and former employees agreed to a settlement of the FHFA's claims, which provides for a settlement of all claims against these entities and individuals in exchange for a payment of \$0.28bn by the Bank.

8. In the non-binding English language translation of the RSSP Base Prospectus E and RSSP Base Prospectus G, in the section "**INFORMATION RELATING TO THE ISSUER**", in the subsection "**The Issuer and the Group**", in the subsection "**Legal, Competition and Regulatory Matters**", in the subsection "*LIBOR and other Benchmarks Civil Actions*" and in the non-binding English language translation of the RSSP Base Prospectus H, in the section "**INFORMATION RELATING TO THE ISSUER**", in the subsection "**The Bank and the Group**", in the subsection "**Legal, Competition and Regulatory Matters**", in the subsection "*LIBOR and other Benchmarks Civil Actions*", in the last paragraph, the sentence "The first of which in England and Wales, brought by Graiseley Properties Limited, is set down for trial in the High Court of Justice in April 2014." shall be deleted and at the (circumstance giving rise to the Supplement no. III).
9. In the non-binding English language translation of the RSSP Base Prospectus E and RSSP Base Prospectus G, in the section "**INFORMATION RELATING TO THE ISSUER**", in the subsection "**The Issuer and the Group**", in the subsection "**Legal, Competition and Regulatory Matters**" the subsection "*Swiss/US Tax Programme*" and in the non-binding English language translation of the RSSP Base Prospectus H, in the section "**INFORMATION RELATING TO THE ISSUER**", in the subsection "**The Bank and the Group**", in the subsection "**Legal, Competition and Regulatory Matters**" the subsection "*Swiss/US Tax Programme*" shall be replaced as follows (circumstance giving rise to the Supplement no. V):

Swiss/US Tax Programme

In August 2013, the DOJ and the Swiss Federal Department of Finance announced the Programme for Non-Prosecution Agreements or Non-Targeted letters for Swiss Banks (Programme). This agreement is the consequence of a long-running dispute between the US and Switzerland regarding tax obligations of US Related Accounts held in Swiss banks.

Barclays Bank (Suisse) SA and Barclays Bank PLC Geneva Branch are participating in the Programme, which requires a structured review of US accounts. This review is ongoing and the outcome of the review will determine whether any agreement will be entered into or sanction applied to Barclays Bank (Suisse) SA and Barclays Bank PLC Geneva Branch. The initial deadline for completion of the review was 30 April 2014. Consistent with terms described in the programme, the Bank applied for a 60 day extension and received this extension. As a result, the date for completion is 30 June 2014.

10. In the non-binding English language translation of the RSSP Base Prospectus E and RSSP Base Prospectus G, in the section "**INFORMATION RELATING TO THE ISSUER**", in the subsection "**The Issuer and the Group**" the subsection headed "**Directors**" and in the non-binding English language translation of the RSSP Base Prospectus H, in the section "**INFORMATION RELATING TO THE ISSUER**", in the subsection "**The Bank and the Group**" the subsection headed "**Directors**" shall be replaced as follows (circumstance giving rise to the Supplement no. VI):

Directors

The Directors of the Bank, each of whose business address is 1 Churchill Place, London E14 5HP, United Kingdom, their functions in relation to the Group and their principal outside activities (if any) of significance to the Group are as follows:

<i>Name</i>	<i>Function(s) within the Group</i>	<i>Principal outside activities</i>
Sir David Walker	Chairman	Member and Trustee Consultative Group on International Economic and Monetary Affairs, Inc. (Group of Thirty); Trustee, Cicely Saunders International
Antony Jenkins	Group Chief Executive	Director, The Institute of International Finance; Member, International Advisory Panel of the Monetary Authority of Singapore
Tushar Morzaria	Group Finance Director	
Tim Breedon CBE	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Ministry of Justice Departmental Board
Crawford Gillies	Non-Executive Director	Non-Executive Director Standard Life plc; Non-Executive Director

<i>Name</i>	<i>Function(s) within the Group</i>	<i>Principal outside activities</i>
		MITIE Group PLC; Chairman, Control Risks Group Limited; Chairman, Scottish Enterprise.
Reuben Jeffery III	Non-Executive Director	Chief Executive Officer, Rockefeller & Co., Inc.; Chief Executive Officer, Rockefeller Financial Services Inc.; Member International Advisory Council of the China Securities Regulatory Commission; Member, Advisory Board of Towerbrook Capital Partners LP; Director, Financial Services Volunteer Corps; Member, International Advisory Committee, RIT PLC
Dambisa Moyo	Non-Executive Director	Non-Executive Director, SABMiller PLC; Non-Executive Director, Barrick Gold Corporation
Sir Michael Rake	Deputy Chairman and Senior Independent Director	Chairman, BT Group PLC; Director, McGraw-Hill Financial Inc.; President, Confederation of British Industry
Sir John Sunderland	Non-Executive Director	Chairman, Merlin Entertainments Group Limited; Non-Executive Director, AFC Energy plc; Governor, Reading University Council; Chancellor, Aston University
Diane de Saint Victor	Non-Executive Director	General Counsel, Company Secretary and a member of the Group Executive Committee of ABB Limited; Member, Advisory Board of the World Economic Forum's Davos Open Forum
Frits van Paasschen	Non-Executive Director	CEO and President of Starwood Hotels and Resorts Worldwide Inc.

<i>Name</i>	<i>Function(s) within the Group</i>	<i>Principal outside activities</i>
Mike Ashley	Non-Executive Director	Member, HM Treasury Audit Committee; Member, Institute of Chartered Accountants in England & Wales' Ethics Standards Committee; Vice-Chair, European Financial Reporting Advisory Group's Technical Expert Group
Wendy Lucas-Bull	Non-Executive Director; Chairman of Barclays Africa Group Limited	Director, Afrika Tikkun NPC; Director, Peotona Group Holdings (Pty) Limited.
Stephen Thieke	Non-Executive Director	

Barclays Africa Group Limited (BAGL) is majority-owned by the Group and a minority of the voting capital is held by non-controlling third party interests. As such, procedures are in place to manage any potential conflicts of interest arising from Wendy Lucas-Bull's duties as a Non-Executive Director of the Bank and her duties as Chairman of BAGL. Except as stated above in respect of Wendy Lucas-Bull, no potential conflicts of interest exist between any duties to the Bank of the Directors listed above and their private interests or other duties.

11. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "TAXATION", the subsections "1. United Kingdom Taxation", "2. European Union Taxation", "3. German Taxation", "4. Austrian Taxation", "5. Dutch Taxation", "6. Luxembourg Taxation", "7. Belgian Taxation", "8. United States Taxation", "9. Swiss Taxation" shall be replaced as follows (circumstances giving rise to the Supplement no. VII):

1. United Kingdom Taxation

The comments below are of a general nature based on current United Kingdom tax law and HM Revenue & Customs ("HMRC") published practice and are a summary of the understanding of the Issuer of current law and practice in the United Kingdom relating only to certain aspects of United Kingdom taxation. They are not intended to be exhaustive. They relate only to persons who are the beneficial owners of Securities and do not apply to certain classes of taxpayers (such as persons carrying on a trade of dealing in Securities, certain professional investors and persons connected with the Issuer) to whom special rules may apply.

Investors who may be subject to tax in a jurisdiction other than the United Kingdom or who may be unsure as to their tax position should seek their own professional advice.

Withholding Tax

(i) Payments of interest by the Issuer only

The Issuer, provided that it continues to be a bank within the meaning of section 991 of the Income Tax Act 2007 (the "Act"), and provided that the interest on Securities is paid in the ordinary course of its business within the meaning of section 878 of the Act, will be entitled to make payments of interest without withholding or deduction for or on account of United Kingdom tax. The Issuer does not assume responsibility for the withholding of taxes at the source.

(ii) Payments of interest in respect of Securities which are listed on a recognised stock exchange

Payments of interest under Securities may be made without withholding or deduction for or on account of United Kingdom tax, provided that such Securities carry a right to interest, and are and remain listed on a "recognised stock exchange", as defined in section 1005 of the Act. The London Stock Exchange is a recognised stock exchange. Securities will satisfy this requirement if they are admitted to trading on the relevant recognised stock exchange, and are (in the case of the UK) included in the Official List or (in a country outside the UK where there is a recognised stock exchange) are officially listed in accordance with provisions corresponding to those generally applicable in EEA states.

Provided, therefore, that Securities are and remain so listed, interest on such Securities will be payable without withholding or deduction for or on account of United Kingdom tax whether or not the Issuer carries on a banking business in the United Kingdom and whether or not the interest is paid in the ordinary course of its business.

(iii) Payments of interest to certain holders

Interest on Securities may also be paid without withholding or deduction for or on account of United Kingdom tax where, at the time the payment is made, the Issuer reasonably believes that either:

- (a) the person beneficially entitled to the interest payable on such Securities is within the charge to United Kingdom corporation tax as regards the payment of such interest; or
- (b) the payment is made to one of the classes of exempt bodies or persons set out in section 936 of the Act,

provided that HMRC has not given a direction (in circumstances where it has reasonable grounds to believe that such payment of interest will not be an "excepted payment" at the time the payment is made) that the interest should be paid under deduction of tax.

(iv) Securities with a maturity of less than 365 calendar days

Interest on Securities having a maturity of less than one year from the date of issue and which are not issued under arrangements, the effect of which is to render such Securities part of a borrowing with a total term of a year or more, may also be paid without deduction for or on account of United Kingdom income tax.

(v) Other withholdings

In other cases, an amount may have to be withheld from payments of interest on Securities for or on account of United Kingdom income tax at the basic rate, subject to the availability of other exemptions or reliefs or to any direction to the contrary from HMRC in respect of such relief as may be available under an applicable double taxation treaty.

In addition, an amount for or on account of United Kingdom income tax at the basic rate may have to be withheld on payments on Securities where such payments do not constitute interest for United Kingdom tax purposes but instead constitute either annual payments or, in the case of Securities which are capable of physical settlement, manufactured payments for United Kingdom tax purposes, in each case subject to the availability of exemptions or reliefs or subject to any direction to the contrary from HMRC in respect of such relief as may be available under an applicable double taxation treaty.

If Securities are issued at a discount to their principal amount, any such discount element is not subject to any United Kingdom withholding tax. If Securities are redeemed at a premium to principal amount (as opposed to being issued at a discount) then, depending on the circumstances, such premium may constitute a payment of interest for United Kingdom tax purposes and hence be subject to the United Kingdom withholding tax rules outlined above.

Reporting Requirements

Persons in the United Kingdom paying interest to, or receiving interest on behalf of, another person who is an individual may be required to provide certain information to HMRC regarding the identity of the payee or the person entitled to the interest. In certain circumstances, such information may be exchanged with tax authorities in other countries.

Investors are also directed to the disclosure below in respect of the Savings Directive.

United Kingdom Stamp Duty and Stamp Duty Reserve Tax ("SDRT")

Depending upon the terms and conditions of the relevant Securities (including, but not limited to, whether the Securities are in bearer or registered form), UK stamp duty or SDRT may be payable on the issue or on the subsequent transfer of such Securities.

2. European Union Taxation

EU Savings Tax Directive

On 3 June 2003 the European Union Council adopted the directive 2003/48/EC (modified and extended by Directive 2014/48/EU as of 24 March 2014) regarding the taxation of savings income (the "**Savings Directive**"). The Savings Directive is effective as from 1 July 2005. Under the Savings Directive each Member State is required to provide to the tax authorities of another Member State details of payments of interest or other similar income paid by a person within its jurisdiction to an individual resident in that other Member State. Austria and Luxembourg may instead apply a withholding system for a transitional period in relation to such payments, deducting tax at rates rising over time to 35%. With effect as from 1 January 2016 Luxembourg and Austria will be required to also provide for an automatic exchange of information. The Luxembourg government has also announced its intention to elect out of the withholding system in favour of an automatic exchange of information already with effect as from 1 January 2015. Similar provisions may apply under agreements entered into pursuant to the Savings Directive in respect of interest payments made by persons within the jurisdiction of certain territories, not being Member States to individuals resident in Member States, and, in some cases, vice versa.

Prospective Holders who are in any doubt as to their position should consult their own tax advisers.

3. German Taxation

German tax resident investors

The following general overview does not consider all aspects of income taxation in the Federal Republic of Germany ("Germany") that may be relevant to a Holder in the light of the Holder's particular circumstances and income tax situation. This general overview is based on German tax laws and regulations, all as currently in effect and all subject to change at any time, possibly with retroactive effect.

German tax resident investors holding Securities as private assets

Taxation of income from the Securities

If the Securities are held as private assets (*Privatvermögen*) by an individual investor whose residence or habitual abode is in Germany, payments of interest under the Securities are generally taxed as investment income (*Einkünfte aus Kapitalvermögen*) at a 25 per cent. flat tax (*Abgeltungsteuer*) (plus a 5.5 per cent. solidarity surcharge (*Solidaritätszuschlag*) thereon and, if applicable to the individual investor, church tax (*Kirchensteuer*)).

The same applies to capital gains from the sale or redemption of the Securities. The capital gain is generally determined as the difference between the proceeds from the sale or redemption of the Securities and the acquisition costs. Expenses directly and factually related (*unmittelbarer sachlicher Zusammenhang*) to the sale or redemption are taken into account in computing the taxable capital gain. Otherwise the deduction of related expenses for tax purposes is not permitted. In case of physical delivery of assets upon redemption of the Securities, generally the fair market value of the assets delivered will be taken into account when determining the amount of proceeds received from the redemption subject to the provisions on the rollover relief described below.

Where the Securities are acquired and/or sold in a currency other than Euro, the acquisition costs will be converted into Euro at the time of acquisition, the sales proceeds will be converted in Euro at the time of sale, and only the difference will then be computed in Euro.

In case of Securities where the Issuer is entitled to physical delivery of shares or securities (*Wertpapiere*), the delivery of the shares or securities may, depending on the final terms of the Securities, not constitute a taxable event with respect to capital gain or losses built into the Securities at the time of the delivery (so-called rollover relief). In case of the rollover relief being available, the acquisition costs the investor has in the Securities will generally be rolled over into acquisition costs of the shares or securities delivered. Any capital gains or losses built into the Securities would then be taxable upon the sale or redemption of the shares or securities delivered only.

The flat tax is generally collected by way of withholding (see subsequent paragraph – *Withholding tax*) and the tax withheld shall generally satisfy the individual investor's tax liability with respect to the Securities. If, however, no or not sufficient tax was withheld (e.g., in case there is no Domestic Paying Agent, as defined below) the investor will have to include the income received with respect to the Securities in its annual income tax return. The flat tax will then be collected by way of tax assessment. The investor may also opt for inclusion of investment income in its income tax return if the aggregated amount of tax withheld on investment income during the year exceeded the investor's aggregated flat tax liability on investment income (e.g., because of available losses carried forward or foreign tax credits). If the investor's individual income tax rate which is applicable on all

taxable income including the investment income is lower than 25 per cent., the investor may opt to be taxed at individual progressive rates with respect to its investment income. Also in this case the deduction of related expenses for tax purposes is not permitted.

Capital losses from the sales or redemption of the Securities held as private assets should generally be tax-recognised irrespective of the holding period of the Securities. However, in case where no (or only *de minimis*) payments are made to the Holders on the maturity or redemption date of the Securities, any capital losses might not be recognised by the German tax authorities. Any tax-recognised capital losses may not be used to offset other income like employment or business income but may only be offset against investment income. Capital losses not utilised in one annual assessment period may be carried forward into subsequent assessment periods but may not be carried back into preceding assessment periods.

Individual investors are entitled to a saver's lump sum tax allowance (*Sparer-Pauschbetrag*) for investment income of 801 Euro per year (1,602 Euro for jointly assessed individuals). The saver's lump sum tax allowance is also taken into account for purposes of withholding tax (see subsequent paragraph – *Withholding tax*) if the investor has filed a withholding tax exemption request (*Freistellungsauftrag*) with the respective Domestic Paying Agent (as defined below). The deduction of related expenses for tax purposes is not permitted.

Withholding tax

There is in the Federal Republic of Germany no statutory obligation for the Issuer to withhold or deduct taxes or other duties on capital and/or interest payments on the Securities ("withholding tax") on the date of this Prospectus. The Issuer does not assume responsibility for the withholding of taxes at the source. The flat tax (please see paragraph below), for the withholding of which the German Paying Agent is responsible, is to be distinguished from the aforesaid.

If the Securities are kept or administered in a domestic securities deposit account by a German credit institution (*Kreditinstitut*) or financial services institution (*Finanzdienstleistungsinstitut*) (or with a German branch of a foreign credit or financial services institution), or with a German securities trading company (*Wertpapierhandelsunternehmen*) or a German securities trading bank (*Wertpapierhandelsbank*) (altogether a "**Domestic Paying Agent**") which pays or credits the interest, a 25 per cent. withholding tax, plus a 5.5 per cent. solidarity surcharge thereon, resulting in a total withholding tax charge of 26.375 per cent, is levied on the interest payments. The applicable withholding tax rate is in excess of the aforementioned rate if church tax is collected for the individual investor. This will apply as a standard procedure as of 1 January 2015 unless the investor has filed a blocking notice (*Sperrvermerk*) with the German Federal Central Tax Office (*Bundeszentralamt für Steuern*).

Capital gains from the sale or redemption of the Securities are also subject to the 25 per cent. withholding tax, plus a 5.5 per cent. solidarity surcharge thereon, if the Securities are kept or administered by a Domestic Paying Agent effecting the sale or redemption from the time of their acquisition. If the Securities were sold or redeemed after being transferred from another depository bank to a securities deposit account with a Domestic Paying Agent, 25 per cent. withholding tax (plus solidarity surcharge thereon) would be levied on 30 per cent. of the proceeds from the sale or the redemption, as the case may be, unless the investor or the previous depository bank was able and allowed to prove evidence for the investor's actual acquisition costs to the current Domestic

Paying Agent. The applicable withholding tax rate is in excess of the aforementioned rate if church tax is collected for the individual investor. This will apply as a standard procedure as of 1 January 2015 unless the investor has filed a blocking notice (*Sperrvermerk*) with the German Federal Central Tax Office (*Bundeszentralamt für Steuern*).

German resident investors holding the Securities as business assets

Taxation of income from the Securities

If the Securities are held as business assets (*Betriebsvermögen*) by an individual or corporate investor which is tax resident in Germany (i.e., a corporation with its statutory seat or place of management in Germany), interest income and capital gains from the Securities are subject to personal income tax at individual progressive rates or corporate income tax (plus a 5.5 per cent. solidarity surcharge thereon and church tax, if applicable) and, in general, trade tax. The effective trade tax rate depends on the applicable trade tax factor (*Gewerbesteuer-Hebesatz*) of the relevant municipality where the business is located. In case of individual investors the trade tax may, however, be partially or fully creditable against the investor's personal income tax liability depending on the applicable trade tax factor and the investor's particular circumstances.

In case of physical delivery of assets upon redemption of the Securities, the delivery will constitute a taxable exchange where the difference amount between the fair market value of the Securities and the tax base of the Securities (i.e., generally book values) will be subject to personal income tax or corporate income tax and, in general, trade tax as described above. Unlike for German tax resident investors holding the Securities as private assets, no rollover relief will be available for German resident investors holding the Securities as business assets.

Capital losses from the sale or redemption of the Securities should generally be tax-recognised and may generally be offset against other income. It can however not be ruled out that certain Securities may be classified as derivative transactions (*Termingeschäfte*) for tax purposes. In this case, any capital losses from such Securities would be subject to a special ring-fencing provision and could generally only be offset against gains from other derivative transactions.

Withholding tax

If the Securities are kept or administered by a Domestic Paying Agent which pays or credits the interest, a 25 per cent. withholding tax, plus a 5.5 per cent. solidarity surcharge thereon, resulting in a total withholding tax charge of 26.375 per cent, is generally levied on the interest payments. The applicable withholding tax rate is in excess of the aforementioned rate if church tax is collected for the individual investor. This will apply as a standard procedure as of 1 January 2015 unless the investor has filed a blocking notice (*Sperrvermerk*) with the German Federal Central Tax Office (*Bundeszentralamt für Steuern*).

No withholding is generally required on capital gains from the disposal or redemption of the Securities which is derived by German resident corporate investors and, upon application, by individual investors holding the Securities as assets of a German business, subject to certain requirements.

Any capital losses incurred from the disposal or redemption of the Securities will not be taken into account for withholding tax purposes. The withholding tax does not satisfy the investor's personal

or corporate income tax liability with respect to the Securities. The income from the Securities will have to be included in the investor's personal or corporate income tax return.

Any German withholding tax (including surcharges) is generally fully creditable against the investor's personal or corporate income tax liability or refundable, as the case may be.

Non-German tax resident investors

Income derived from the Securities by investors who are not tax resident in Germany is in general not subject to German income taxation, and no withholding tax shall be withheld, provided however (i) the Securities are not held as business assets of a German permanent establishment of the investor or by a permanent German representative of the investor and (ii) the income derived from the Securities does not otherwise constitute German source income (such as income from the letting and leasing of certain property located in Germany) or (iii) the income is paid by a Domestic Paying Agent against presentation of the Securities or interest coupons (so-called over-the-counter transaction, *Tafelgeschäfte*).

If the income derived from the Securities is subject to German taxation according to (i) through (iii) above, the income is subject to German income taxation and withholding tax similar to that described above for German tax residents. Under certain circumstances, foreign investors may benefit from tax reductions or tax exemptions under applicable double tax treaties (*Doppelbesteuerungsabkommen*) entered into with Germany.

Inheritance tax and gift tax

The transfer of Securities to another person by way of gift or inheritance may be subject to German gift or inheritance tax, respectively, if *inter alia*

- (i) the testator, the donor, the heir, the donee or any other acquirer had his residence, habitual abode or, in case of a corporation, association (*Personenvereinigung*) or estate (*Vermögensmasse*), has its seat or place of management in Germany at the time of the transfer of property,
- (ii) except as provided under (i), the testator's or donor's Securities belong to business assets attributable to a permanent establishment or a permanent representative in Germany,

Special regulations may apply to certain German expatriates.

Prospective Holders are urged to consult with their tax advisor to determine the particular inheritance or gift tax consequences in light of their particular circumstances.

Other taxes

The purchase, sale or other disposal of Securities does not give rise to capital transfer tax, value added tax, stamp duties or similar taxes or charges in Germany. However, under certain circumstances entrepreneurs may choose liability to value added tax with regard to the sales of Securities to other entrepreneurs which would otherwise be tax exempt. Net wealth tax (*Vermögensteuer*) is, at present, not levied in Germany.

4. Austrian Taxation

This section on taxation contains a brief summary of the Issuer's understanding with regard to certain important principles which are of significance in connection with the purchase, holding or sale of the Securities in the Republic of Austria. This summary does not purport to exhaustively describe all possible tax aspects and does not deal with specific situations which may be of relevance for certain potential investors. The following comments are rather of a general nature and included herein solely for information purposes. They are not intended to be, nor should they be construed to be, legal or tax advice. This summary furthermore only refers to investors which are subject to unlimited (corporate) income tax liability in Austria. It is based on the currently applicable tax legislation, case law and regulations of the tax authorities, as well as their respective interpretation, all of which may be amended from time to time. Such amendments may possibly also be effected with retroactive effect and may negatively impact on the tax consequences described. It is recommended that potential investors in the Securities consult with their legal and tax advisors as to the tax consequences of the purchase, holding or sale of the Securities. Tax risks resulting from the Securities (in particular from a potential qualification as a foreign investment fund within the meaning of sec. 188 of the Austrian Investment Funds Act 2011 (*Investmentfondsgesetz 2011*)) shall in any case be borne by the investor. For the purposes of the following it is assumed that the Securities are legally and factually offered to an indefinite number of persons.

General remarks

Individuals having a permanent domicile (*Wohnsitz*) and/or their habitual abode (*gewöhnlicher Aufenthalt*) in Austria are subject to income tax (*Einkommensteuer*) in Austria on their worldwide income (unlimited income tax liability; *unbeschränkte Einkommensteuerpflicht*). Individuals having neither a permanent domicile nor their habitual abode in Austria are subject to income tax only on income from certain Austrian sources (limited income tax liability; *beschränkte Einkommensteuerpflicht*).

Corporations having their place of effective management (*Ort der Geschäftsleitung*) and/or their legal seat (*Sitz*) in Austria are subject to corporate income tax (*Körperschaftsteuer*) in Austria on their worldwide income (unlimited corporate income tax liability; *unbeschränkte Körperschaftsteuerpflicht*). Corporations having neither their place of effective management nor their legal seat in Austria are subject to corporate income tax only on income from certain Austrian sources (limited corporate income tax liability; *beschränkte Körperschaftsteuerpflicht*).

Both in case of unlimited and limited (corporate) income tax liability Austria's right to tax may be restricted by double taxation treaties.

The Issuer does not assume responsibility for the withholding of taxes at the source.

Income taxation of the Securities

Pursuant to sec. 27(1) of the Austrian Income Tax Act (*Einkommensteuergesetz*), the term investment income (*Einkünfte aus Kapitalvermögen*) comprises:

- income from the letting of capital (*Einkünfte aus der Überlassung von Kapital*) pursuant to sec. 27(2) of the Austrian Income Tax Act, including dividends and interest;
- income from realised increases in value (*Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen*) pursuant to sec. 27(3) of the Austrian Income Tax Act, including gains from the alienation,

redemption and other realisation of assets that lead to income from the letting of capital, zero coupon bonds and broken-period interest; and

- income from derivatives (*Einkünfte aus Derivaten*) pursuant to sec. 27(4) of the Austrian Income Tax Act, including cash settlements, option premiums received and income from the sale or other realisation of forward contracts like options, futures and swaps and other derivatives such as index certificates.

Also the withdrawal of the Securities from a bank deposit (*Depotentnahme*) and circumstances leading to a loss of Austria's taxation right regarding the Securities vis-à-vis other countries, e.g. a relocation from Austria (*Wegzug*), are in general deemed to constitute a sale (cf. sec. 27(6)(1) of the Austrian Income Tax Act). The Issuer does not assume responsibility for the withholding of taxes at the source.

Individuals subject to unlimited income tax liability in Austria holding the Securities as non-business assets are subject to income tax on all resulting investment income pursuant to sec. 27(1) of the Austrian Income Tax Act. In case of investment income with an Austrian nexus (*inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen*), basically meaning income paid by an Austrian paying agent (*auszahlende Stelle*) or an Austrian custodian agent (*depotführende Stelle*), the income is subject to withholding tax (*Kapitalertragsteuer*) of 25%; no additional income tax is levied over and above the amount of tax withheld (final taxation pursuant to sec. 97(1) of the Austrian Income Tax Act). In case of investment income without an Austrian nexus, the income must be included in the investor's income tax return and is subject to tax at a flat rate of 25%. In both cases upon application the option exists to tax all income subject to tax at the flat rate of 25% at the lower progressive income tax rate (option to regular taxation pursuant to sec. 27a(5) of the Austrian Income Tax Act). Sec. 27(8) of the Austrian Income Tax Act, *inter alia*, provides for the following restrictions on the offsetting of losses: negative income from realised increases in value and from derivatives may neither be offset against interest and other claims vis-à-vis credit institutions nor against income from private law foundations and comparable legal estates (*privatrechtliche Stiftungen und damit vergleichbare Vermögensmassen*); income subject to tax at a flat rate of 25% may not be offset against income subject to the progressive income tax rate (this equally applies in case of an exercise of the option to regular taxation); negative investment income not already offset against positive investment income may not be offset against other types of income.

Individuals subject to unlimited income tax liability in Austria holding the Securities as business assets are subject to income tax on all resulting investment income pursuant to sec. 27(1) of the Austrian Income Tax Act. In case of investment income with an Austrian nexus (as described above) the income is subject to withholding tax of 25%. While withholding tax has the effect of final taxation for income from the letting of capital, income from realised increases in value and income from derivatives must be included in the investor's income tax return (nevertheless tax at a flat rate of 25%). In case of investment income without an Austrian nexus, the income must always be included in the investor's income tax return (tax at a flat rate of 25%). In both cases upon application the option exists to tax all income subject to tax at the flat rate of 25% at the lower progressive income tax rate (option to regular taxation pursuant to sec. 27a(5) of the Austrian Income Tax Act). Pursuant to sec. 6(2)(c) of the Austrian Income Tax Act, depreciations to the lower fair market value and losses from the alienation, redemption and other realisation of financial assets and derivatives in the sense of sec. 27(3) and (4) of the Austrian Income Tax Act, which are

subject to tax at the flat rate of 25%, are primarily to be offset against income from realised increases in value of such financial assets and derivatives and with appreciations in value of such assets; only half of the remaining negative difference may be offset against other types of income (and carried forward).

Corporations subject to unlimited corporate income tax liability in Austria are subject to corporate income tax on interest from the Securities at a rate of 25%. In case of investment income with an Austrian nexus (as described above) the income is subject to withholding tax of 25%, which can be credited against the corporate income tax liability. However, under the conditions set forth in sec. 94(5) of the Austrian Income Tax Act withholding tax is not levied in the first place. Income from the alienation of the Securities is subject to corporate income tax of 25%. Losses from the alienation of the Securities can be offset against other income (and carried forward).

Private foundations (*Privatstiftungen*) pursuant to the Austrian Private Foundations Act (*Privatstiftungsgesetz*) fulfilling the prerequisites contained in sec. 13(3) and (6) of the Austrian Corporate Income Tax Act (*Körperschaftsteuergesetz*) and holding the Securities as non-business assets are subject to interim taxation at a rate of 25% on interest income, income from realised increases in value and income from derivatives (*inter alia*, if the latter are in the form of securities). Interim tax does not fall due insofar as distributions subject to withholding tax are made to beneficiaries in the same tax period. In case of investment income with an Austrian nexus (as described above) income is in general subject to withholding tax of 25%, which can be credited against the tax falling due. Under the conditions set forth in sec. 94(12) of the Austrian Income Tax Act withholding tax is not levied.

Pursuant to sec. 93(6) of the Austrian Income Tax Act, the Austrian custodian agent is obliged to automatically offset negative investment income against positive investment income, taking into account all of a taxpayer's bank deposits with the custodian agent. If negative and at the same time or later positive income is earned, then the negative income is to be offset against the positive income. If positive and later negative income is earned, then withholding tax on the positive income is to be credited, with such tax credit being limited to 25% of the negative income. In certain cases the offsetting is not permissible. The custodian agent has to issue a written confirmation on the offsetting of losses for each bank deposit to the taxpayer.

Pursuant to sec. 188 of the Austrian Investment Funds Act 2011 as amended in the course of the implementation of Directive 2011/61/EU and as applicable to business years of investment funds starting after 21 July 2013, the term "foreign investment fund" comprises (i) undertakings for collective investment in transferable securities the state of origin of which is not Austria; (ii) alternative investment funds pursuant to the Austrian Act on Alternative Investment Fund Managers (*Alternative Investmentfonds Manager-Gesetz*) the state of origin of which is not Austria; and (iii) secondarily, undertakings subject to a foreign jurisdiction, irrespective of the legal form they are organized in, the assets of which are invested according to the principle of risk-spreading on the basis either of a statute, of the undertaking's articles or of customary exercise, if one of the following conditions is fulfilled: (a) the undertaking is factually, directly or indirectly, not subject to a corporate income tax in its state of residence that is comparable to Austrian corporate income tax; (b) the profits of the undertaking are in its state of residence subject to corporate income tax that is comparable to Austrian corporate income tax, at a rate of less than 15 per cent.; or (c) the undertaking is subject to a comprehensive personal or material tax exemption in its state of residence. Certain collective investment vehicles investing in real estate are exempted. To date no

guidance has been issued by the tax authorities on the interpretation of this new provision. In case of a qualification as a foreign investment fund the tax consequences would substantially differ from those described above.

EU withholding tax

Sec. 1 of the Austrian EU Withholding Tax Act (*EU-Quellensteuergesetz*) – implementing Council Directive 2003/48/EC of 3 June 2003 on taxation of savings income in the form of interest payments – provides that interest payments paid or credited by an Austrian paying agent (*Zahlstelle*) to a beneficial owner who is an individual resident in another EU member state (or in certain dependent or associated territories, which currently include Anguilla, Aruba, the British Virgin Islands, Curaçao, Guernsey, the Isle of Man, Jersey, Montserrat, Sint Maarten and the Turks and Caicos Islands) are subject to EU withholding tax (EU-Quellensteuer) of 35%. Sec. 10 of the Austrian EU Withholding Tax Act provides for an exemption from EU withholding tax if the beneficial owner presents to the paying agent a certificate drawn up in his/her name by the competent authority of his/her member state of residence for tax purposes, indicating the name, address and tax or other identification number or, failing such, the date and place of birth of the beneficial owner, the name and address of the paying agent, and the account number of the beneficial owner or, where there is none, the identification of the security; such certificate shall be valid for a period not exceeding three years. It is expected that changes to the EU Withholding Tax Act – implementing Council Directive 2014/48/EU of 24 March 2014 amending Directive 2003/48/EC on taxation of savings income in the form of interest payments – will enter into effect by 1 January 2017.

Regarding the issue of whether also index certificates are subject to EU withholding tax, the Austrian tax authorities distinguish between index certificates with and without a capital guarantee, a capital guarantee being the promise of repayment of a minimum amount of the capital invested or the promise of the payment of interest. The exact tax treatment of index certificates furthermore depends on their underlying.

Tax treaties Austria/Switzerland and Austria/Liechtenstein

The Treaty between the Republic of Austria and the Swiss Confederation on Cooperation in the Areas of Taxation and Capital Markets and the Treaty between the Republic of Austria and the Principality of Liechtenstein on Cooperation in the Area of Taxation provide that a Swiss, respectively Liechtenstein, paying agent has to withhold a tax amounting to 25% on, *inter alia*, interest income, dividends and capital gains from assets booked with an account or deposit of such Swiss, respectively Liechtenstein, paying agent or managed by a Liechtenstein paying agent, if the relevant holder of such assets (*i.e.* in general individuals on their own behalf and as beneficial owners of assets held by a domiciliary company (*Sitzgesellschaft*)) is tax resident in Austria. For Austrian income tax purposes this withholding tax has the effect of final taxation regarding the underlying income if the Austrian Income Tax Act provides for the effect of final taxation for such income. The treaties, however, do not apply to interest covered by the agreements between the European Community and the Swiss Confederation, respectively the Principality of Liechtenstein, regarding Council Directive 2003/48/EC on taxation of savings income in the form of interest payments. The taxpayer can opt for voluntary disclosure instead of the withholding tax by expressly authorising the Swiss, respectively Liechtenstein, paying agent to disclose to the competent

Austrian authority the income and capital gains; these subsequently have to be included in the income tax return.

Austrian inheritance and gift tax

Austria does not levy inheritance or gift tax.

Certain gratuitous transfers of assets to private law foundations and comparable legal estates are subject to foundation transfer tax (*Stiftungseingangssteuer*) pursuant to the Austrian Foundation Transfer Tax Act (*Stiftungseingangssteuergesetz*). Such tax is triggered if the transferor and/or the transferee at the time of transfer have a domicile, their habitual abode, their legal seat or their place of effective management in Austria. Certain exemptions apply in cases of transfers *mortis causa* of financial assets within the meaning of sec. 27(3) and (4) of the Austrian Income Tax Act (except for participations in corporations) if income from such financial assets is subject to tax at the flat rate of 25%. The tax basis is the fair market value of the assets transferred minus any debts, calculated at the time of transfer. The tax rate is in general 2.5%, with a higher rate of 25% applying in special cases. Special provisions apply to transfers to entities falling within the scope of the tax treaty between Austria and Liechtenstein.

In addition, there is a special notification obligation for gifts of money, receivables, shares in corporations, participations in partnerships, businesses, movable tangible assets and intangibles if the donor and/or the donee have a domicile, their habitual abode, their legal seat or their place of effective management in Austria. Not all gifts are covered by it: In case of gifts to certain related parties, a threshold of EUR 50,000 per year applies; in all other cases, a notification is obligatory if the value of gifts made exceeds an amount of EUR 15,000 during a period of five years. Furthermore, gratuitous transfers to foundations falling under the Austrian Foundation Transfer Tax Act described above are also exempt from the notification obligation. Intentional violation of the notification obligation may trigger fines of up to 10% of the fair market value of the assets transferred.

Further, gratuitous transfers of the Securities may trigger income tax at the level of the transferor pursuant to sec. 27(6)(1) of the Austrian Income Tax Act (see above).

5. Dutch Taxation

The following summary of certain Dutch taxation matters is based on the laws and practice in force as of the date of this Base Prospectus and is subject to any changes in law and the interpretation and application thereof, which changes could be made with retroactive effect. The following summary does not purport to be a comprehensive description of all the tax considerations that may be relevant to a decision to acquire, hold or dispose of a Security, and does not purport to deal with the tax consequences applicable to all categories of investors, some of which may be subject to special rules.

Investors are advised to consult their professional advisers as to the tax consequences of purchase, ownership and disposition of the Securities.

Withholding Tax

All payments made by the Issuer of interest and principal under the Securities can be made free of withholding or deduction of any taxes of whatever nature imposed, levied, withheld or assessed by

The Netherlands or any political subdivision or taxing authority thereof or therein. The Issuer does not assume responsibility for the withholding of taxes at the source.

Other Taxes

The subscription, issue, placement, allotment, delivery or transfer of a Security will not be subject to registration tax, stamp duty or any other similar tax or duty payable in The Netherlands.

Residence

The holder of a Security will not be, or deemed to be, resident in The Netherlands for tax purposes and will not otherwise be subject to Dutch taxation, by reason only of acquiring, holding or disposing of a Security or the execution, performance, delivery and/or enforcement of a Security.

6. Luxembourg Taxation

The comments below are intended as a basic summary of certain tax consequences in relation to the purchase, ownership and disposal of the Securities under Luxembourg law. Persons who are in any doubt as to their tax position should consult a professional tax adviser.

Withholding tax and Self-Applied Tax

Under Luxembourg tax law currently in effect and with the possible exception of interest paid to certain individual holders of Securities or so-called residual entities, there is no Luxembourg withholding tax on payments of interest (including accrued but unpaid interest). There is also no Luxembourg withholding tax, with the possible exception of payments made to certain individual holders of Securities or so-called residual entities, upon repayment of principal in case of reimbursement, redemption, repurchase or exchange of the Securities. The Issuer does not assume responsibility for the withholding of taxes at the source.

Luxembourg non-resident individuals

Under the Luxembourg laws dated 21 June 2005 (the "Laws") implementing the Savings Directive and several agreements concluded between Luxembourg and certain dependent or associated territories of the EU, a Luxembourg based paying agent (within the meaning of the Laws) is required since 1 July 2005 to withhold tax on interest and other similar income (and defined as interest by the Laws) paid by it to (or under certain circumstances, to the benefit of) an individual or certain "residual entities" resident or established in another Member State or in certain EU dependent or associated territories, unless the beneficiary of the interest payments elects for the exchange of information or, in case of an individual beneficiary, the tax certificate procedure. "Residual entities" within the meaning of Article 4.2 of the Savings Directive are entities established in a Member State or in certain EU dependent or associated territories which are not legal persons (the Finnish and Swedish companies listed in Article 4.5 of the Savings Directive are not considered as legal persons for this purpose), whose profits are not taxed under the general arrangements for the business taxation, which are not and have not opted to be treated as UCITS recognised in accordance with the Council Directive 85/611/EEC, as replaced by the European Council Directive 2009/65/EC, or similar collective investment funds located in Jersey, Guernsey, the Isle of Man, the Turks and Caicos Islands, the Cayman Islands, Montserrat or the British Virgin Islands.

The current withholding tax rate is 35 per cent. The withholding tax system will only apply during a transitional period, the ending of which depends on the conclusion of certain agreements relating to information exchange with certain third countries.

Indeed on 18 March 2014, the Luxembourg government has submitted to the Luxembourg Parliament the bill No. 6668 extinguishing the withholding tax system as from 1 January 2015 and implementing the provision of information on interest payment (or similar income) under the Savings Directive for any payment made as from 1 January 2015.

The investors should also note that the European Council formally adopted a Council Directive amending the Savings Directive on 24 March 2014 (the "Amending Directive"). The Amending Directive broadens the scope of the requirements described above. It will in particular enlarge the scope of the Savings Directive to cover new types of savings income and products that generate interest or equivalent income and the scope of the tax authorities' requirements to be complied

with. The Member States will have until 1 January 2016 to adopt the national legislation necessary to comply with the Amending Directive.

Luxembourg resident individuals

In accordance with the law of 23 December 2005, as amended (the "Law") on the introduction of a withholding tax on certain interest payments on savings income, interest payments made by Luxembourg paying agents (defined in the same way as in the Savings Directive) to Luxembourg individual residents or to certain residual entities that secure interest payments on behalf of such individuals (unless such entities have opted either to be treated as UCITS recognised in accordance with the European Council Directive 85/611/EEC, as replaced by the European Council Directive 2009/65/EC, or for the exchange of information regime) are subject to a 10 per cent. withholding tax.

Pursuant to the Law, Luxembourg resident individuals, acting in the course of their private wealth, can opt to self-declare and pay a 10 per cent. tax on interest payments made after 31 December 2007 by paying agents (defined in the same way as in the Savings Directive) located in an EU Member State other than Luxembourg, a Member State of the European Economic Area other than an EU Member State or in a State or territory which has concluded an international agreement directly related to the Savings Directive.

7. Belgian Taxation

The following summary describes the principal Belgian tax considerations with respect to the holding of Securities obtained by an investor in Belgium. This information is of a general nature based on the description of the Securities in the Conditions and does not purport to be a comprehensive description of all Belgian tax considerations that may be relevant to a decision to acquire, to hold or to dispose of the Securities. In some cases, different rules can be applicable taking into account the Final Terms. This summary is based on Belgian tax legislation, treaties, rules, and administrative interpretations and similar documentation, in force as of the date of the publication of this Base Prospectus, without prejudice to any amendments introduced at a later date, even if implemented with retroactive effect. Unless expressly stated otherwise, this summary does not describe the tax consequences for a holder of Securities that are redeemable in exchange for, or convertible into shares or other underlying assets, or of the exercise, settlement or redemption of such Securities.

Each investor should consult a professional adviser with respect to the tax consequences of an investment in the Securities, taking into account the Final Terms and taking into account the influence of each regional, local or national law.

Belgian Withholding Tax and Belgian Income Tax

Tax rules applicable to natural persons resident in Belgium

Individuals who are Belgian residents for tax purposes, i.e., individuals subject to the Belgian individual income tax (*Personenbelasting / Impôt des personnes physiques*) and who hold the Securities as a private investment, are subject to the following tax treatment in Belgium with respect to the Securities. Other tax rules apply to Belgian resident individuals holding the Securities not as a private investment but in the framework of their professional activity or when the

transactions with respect to the Securities fall outside the scope of the normal management of their own private estate.

Under Belgian tax law, "interest" income includes: (i) periodic interest income, (ii) any amount paid by the Issuer in excess of the issue price (whether or not on the maturity date), and (iii) only if the Securities qualify as "fixed income securities" (in the meaning of Article 2, §1, 8° Belgian Income Tax Code), in the case of a realisation of the Securities between two interest payment dates, the interest accrued during the holding period. In general, Securities are qualified as "fixed income securities" if there is a causal link between the amount of interest income and the holding period of the security, on the basis of which it is possible to calculate the amount of pro rata interest income at the moment of the sale of the Securities during their lifetime.

Payments of interest on the Securities made through a paying agent in Belgium will in principle be subject to a 25 per cent. withholding tax in Belgium (calculated on the interest received after deduction of any non-Belgian withholding taxes). The Issuer does not assume responsibility for the withholding of taxes at the source. The Belgian withholding tax constitutes the final income tax for Belgian resident individuals. This means that they do not have to declare the interest obtained on the Securities in their personal income tax return, provided withholding tax was levied on these interest payments. They may nevertheless elect to declare interest in respect of the Securities in their personal income tax return.

If the interest is paid outside Belgium without the intervention of a Belgian paying agent, the interest received (after deduction of any non-Belgian withholding tax) must be declared in the personal income tax return.

Interest income which is declared in the annual personal income tax return will in principle be taxed at a flat rate of 25 per cent. (or at the progressive personal tax rate taking into account the taxpayer's other declared income, whichever is more beneficial). If the interest payment is declared, any withholding tax retained may be credited.

Capital gains realised upon the sale of the Securities are in principle tax exempt, except if the capital gains are realised outside the scope of the management of one's private estate or except to the extent that the capital gains qualify as interest (as defined above). Capital losses are in principle not tax deductible.

Belgian resident corporations

Corporations that are Belgian residents for tax purposes, i.e., corporations subject to Belgian corporate income tax (*Vennootschapsbelasting / Impôt des sociétés*) are subject to the following tax treatment in Belgium with respect to the Securities.

Interest derived by Belgian corporate investors on the Securities and capital gains realised on the disposal or settlement of the Securities will in principle be subject to Belgian corporate income tax at the rate of in principle 33.99 per cent. Capital losses on the Securities are in principle tax deductible.

Payments of interest (as defined in the section "*Tax rules applicable to natural persons resident in Belgium*") on the Securities made through a paying agent in Belgium will in principle be subject to a 25 per cent. withholding tax in Belgium (calculated on the interest received after deduction of any non-Belgian withholding taxes).

However, interest payments on the Securities (except Zero Coupon Securities and other Securities which provide for the capitalisation of interest) made through a paying agent in Belgium can under certain circumstances be exempt from withholding tax, provided a special affidavit is delivered. The Belgian withholding tax that has been levied is creditable and refundable in accordance with the applicable legal provisions.

Other Belgian legal entities

Legal entities that are Belgian residents for tax purposes, i.e. that are subject to Belgian tax on legal entities (*Rechtspersonenbelasting / Impôt des personnes morales*) are subject to the following tax treatment in Belgium with respect to the Securities.

Payments of interest (as defined in the section "*Tax rules applicable to natural persons resident in Belgium*") on the Securities made through a paying agent in Belgium will in principle be subject to a 25 per cent. withholding tax in Belgium and no further tax on legal entities will be due on the interest. However, if the interest is paid outside Belgium, i.e., without the intervention of a Belgian paying agent and without deduction of the Belgian withholding tax, the legal entity itself is liable to declare the interest to the Belgian tax administration and to pay the 25 per cent. withholding tax to the Belgian treasury.

Capital gains realised on the Securities are in principle tax exempt, except to the extent the capital gain qualifies as interest (as defined in the section "*Tax rules applicable to natural persons resident in Belgium*"). Capital losses on the Securities are in principle not tax deductible.

Organisation for Financing Pensions

Belgian pension fund entities that have the form of an Organisation for Financing Pensions ("**OFP**") are subject to Belgian corporate income tax (*Vennootschapsbelasting / Impôt des sociétés*). OFPs are subject to the following tax treatment in Belgium with respect to the Securities.

Interest derived on the Securities and capital gains realised on the Securities will not be subject to Belgian corporate income tax in the hands of OFPs. Capital losses incurred by OFPs on the Securities will not be tax deductible. Any Belgian withholding tax that has been levied is creditable and refundable in accordance with the applicable legal provisions.

Non-residents of Belgium

The interest income on the Securities paid to a Belgian non-resident outside of Belgium, i.e. without the intervention of a professional intermediary in Belgium, is not subject to Belgian withholding tax. Interest income on the Securities paid through a Belgian professional intermediary will in principle be subject to a 25 per cent. Belgian withholding tax, unless the holder is resident in a country with which Belgium has concluded a double taxation agreement and delivers the requested affidavit.

Non-resident holders that have not allocated the Securities to business activities in Belgium can also obtain an exemption of Belgian withholding tax on interest if the interest is paid through a Belgian credit institution, a Belgian stock market company or a Belgian clearing or settlement institution and provided that the non-resident (i) is the owner or usufruct holder of the Securities, (ii) has not allocated the Securities to business activities in Belgium and (iii) delivers an affidavit confirming his non-resident status and the fulfilment of conditions (i) and (ii).

Non-resident holders using the Securities to exercise a professional activity in Belgium through a permanent establishment are subject to the same tax rules as the Belgian resident corporations (see above). Non-resident holders who do not allocate the Securities to a professional activity in Belgium are not subject to Belgian income tax, save, as the case may be, in the form of withholding tax.

Implementation of the Savings Directive

Individuals not resident in Belgium

A Belgian paying agent within the meaning of the Savings Directive will exchange information with the country of tax residence of the beneficial owner regarding interest payments as defined by the Savings Directive. It concerns payments made to an individual, beneficial owner of the interest payments and resident in another EU Member State or resident in Curaçao, Bonaire, Saba, Sint-Maarten and Sint-Eustatius (former Netherlands Antilles), Aruba, Guernsey, Jersey, the Isle of Man, Montserrat and the British Virgin Islands. Residual entities (in the meaning of the Savings Directive) are subject to a specific regime. The communicated information will include the identity and residence of the beneficial owner, the name and address of the paying agent, the account number of the beneficial owner and information concerning the interest payment. The exchange of information cannot be avoided by the submission of an affidavit.

Individuals resident in Belgium

An individual resident in Belgium will be subject to the provisions of the Savings Directive, if he receives interest payments from a paying agent (within the meaning of the Savings Directive) established in another EU Member State, Switzerland, Liechtenstein, Andorra, Monaco, San Marino, Curaçao, Bonaire, Saba, Sint-Maarten and Sint-Eustatius (former Netherlands Antilles), Aruba, Guernsey, Jersey, the Isle of Man, Montserrat, the British Virgin Islands, Anguilla, the Cayman Islands or the Turks and Caicos Islands.

If the interest received by an individual resident in Belgium has been subject to source tax pursuant to the withholding system under the Savings Directive, such source tax does not liberate the Belgian individual from declaring the interest income in the personal income tax declaration. The source tax will be credited against the personal income tax. If the source tax withheld exceeds the personal income tax due, the excessive amount will be reimbursed, provided it reaches a minimum of 2.5 EUR.

Belgian tax on stock exchange transactions and tax on repurchase transactions

A stock exchange tax ("*Taxe sur les opérations de bourse*", "*Taks op de beursverrichtingen*") will be levied on the acquisition and disposal of the Securities for consideration on the secondary market in Belgium through a professional intermediary. The tax is due separately from each party to any such transaction, i.e., the seller (transferor) and the purchaser (transferee), both collected by the professional intermediary. The tax rate is in principle 0.09 per cent for Securities with a maximum amount of EUR 650 per transaction and per party.

A tax on repurchase transactions ("*taxe sur les reports*") at the rate of 0.085 per cent. subject to a maximum of EUR 650 per party and per transaction, will be due from each party to any such

transaction entered into or settled in Belgium in which a professional intermediary for stock transactions acts for either party.

However, the tax on stock exchange transactions and the tax on repurchase transactions referred to above will not be payable by exempt persons acting for their own account, including non-residents (subject to certain formalities) and certain Belgian institutional investors, as defined in Articles 126-1.2 and 139 of the Code of various duties and taxes ("*Code des droits et taxes divers*").

Belgian estate and gift tax

Individuals resident in Belgium

An estate tax is levied on the value of the Securities transferred as part of a Belgian resident's estate.

Gifts of Securities in Belgium are subject to gift tax, unless the gift is made by way of a purely physical delivery of bearer Securities. However, estate taxes on donated Securities are avoided only if a person can demonstrate that the gift occurred more than three years preceding the death of the grantor.

Individuals not resident in Belgium

There is no Belgian estate tax on the transfer of Securities on the death of a Belgian non-resident.

Gifts of Securities in Belgium are subject to gift tax, unless the gift is made by way of a purely physical delivery of bearer Securities.

8. United States Taxation

TO ENSURE COMPLIANCE WITH TREASURY DEPARTMENT CIRCULAR 230, INVESTORS ARE HEREBY NOTIFIED THAT: (A) ANY DISCUSSION OF FEDERAL TAX ISSUES IN THIS BASE PROSPECTUS IS NOT INTENDED OR WRITTEN TO BE RELIED UPON, AND CANNOT BE RELIED UPON, BY INVESTORS FOR THE PURPOSE OF AVOIDING PENALTIES THAT MAY BE IMPOSED ON INVESTORS UNDER THE INTERNAL REVENUE CODE; (B) SUCH DISCUSSION IS INCLUDED HEREIN BY THE ISSUER IN CONNECTION WITH THE PROMOTION OR MARKETING (WITHIN THE MEANING OF CIRCULAR 230) BY THE ISSUER OF THE TRANSACTIONS OR MATTERS ADDRESSED HEREIN; AND (C) INVESTORS SHOULD SEEK ADVICE BASED ON THEIR PARTICULAR CIRCUMSTANCES FROM AN INDEPENDENT TAX ADVISER.

The following is a summary of certain material U.S. federal income tax consequences of the acquisition, ownership and disposition of Securities by a non-U.S. holder. For purposes of this section, a "non-U.S. holder" is a beneficial owner of Securities that is: (i) a non-resident alien individual for U.S. federal income tax purposes; (ii) a foreign corporation for U.S. federal income tax purposes; or (iii) an estate or trust whose income is not subject to U.S. federal income tax on a net income basis. If the investor is not a non-U.S. holder, he/she should consult his/her tax advisor with regard to the U.S. federal income tax treatment of an investment in Securities.

An individual may, subject to certain exceptions, be deemed to be a resident of the United States for federal income tax purposes by reason of being present in the United States for at least 31 days in the calendar year and for an aggregate of at least 183 days during a three year period ending in the current calendar year (counting for those purposes all of the days present in the current year, one

third of the days present in the immediately preceding year, and one sixth of the days present in the second preceding year).

This summary is based on interpretations of the Internal Revenue Code of 1986, as amended (the "**Code**"), Treasury regulations issued thereunder, and rulings and decisions currently in effect (or in some cases proposed), all of which are subject to change. Any of those changes may be applied retroactively and may adversely affect the U.S. federal income tax consequences described herein. Investors considering the purchase of Securities should consult their own tax advisors concerning the application of U.S. federal income tax laws to their particular situations as well as any consequences of the purchase, beneficial ownership and disposition of Securities arising under the laws of any other taxing jurisdiction.

INVESTORS SHOULD CONSULT THEIR TAX ADVISORS AS TO THE U.S. FEDERAL, STATE, LOCAL, AND OTHER TAX CONSEQUENCES TO THEM OF THE PURCHASE, OWNERSHIP AND DISPOSITION OF SECURITIES.

U.S. Federal Tax Treatment of Non-U.S. Holders

In general and subject to the discussion in the following paragraphs, payments on the Securities to a non-U.S. holder and gain realized on the sale, exchange, redemption or other disposition of the Securities by a non-U.S. holder will not be subject to U.S. federal income or withholding tax, unless (1) such income is effectively connected with a trade or business conducted by such non-U.S. holder in the United States, or (2) in the case of gain, such non-U.S. holder is a non-resident alien individual who holds the Securities as a capital asset and is present in the United States for more than 182 days in the taxable year of the sale and certain other conditions are satisfied.

It is possible that Securities that do not guarantee a return of principal ("**Non-Principal-Protected Securities**") could be treated as forward or executory contracts for U.S. federal income tax purposes. The Internal Revenue Service ("**IRS**") released a notice in 2007 that may affect the taxation of non-U.S. holders of Non-Principal-Protected Securities. According to the notice, the IRS and the Treasury Department are actively considering whether, among other issues, the holder of instruments such as Non-Principal-Protected Securities should be required to accrue ordinary income on a current basis. It is not possible to determine what guidance they will ultimately issue, if any. It is possible, however, that under such guidance, non-U.S. holders of such Securities will ultimately be required to accrue income currently and that non-U.S. holders of such Securities could be subject to withholding tax on deemed income accruals and/or other payments made in respect of such Securities. In addition, alternative treatments of Non-Principal-Protected Securities are possible under U.S. federal income tax law. Under one such alternative characterisation, it is possible that an investor could be treated as owning the Underlying Asset of such Securities.

If the amount that is payable on a Security is determined by reference to dividends that are paid or declared with respect to a U.S. stock, it is possible that the IRS could assert that investors should be subject to U.S. withholding tax in respect of such dividends. Similarly, in the case of Securities that are linked to one or more assets characterised as "U.S. real property interests" (as such term is defined in Section 897(c) of the Code), non-U.S. holders may be subject to special rules governing the ownership and disposition of U.S. real property interests. Prospective non-U.S. holders should consult their own tax advisors regarding the possible alternative treatments of the Securities.

In addition, the Treasury Department has recently revised proposed regulations under Section 871(m) of the Code which would, if finalised in current form, possibly require the Issuer to treat all or a portion of any payment in respect of Securities that reference U.S. equities as a "dividend equivalent" payment that is subject to withholding tax at a rate of 30 per cent. (or a lower rate under an applicable treaty).

Foreign Account Tax Compliance Withholding

A 30 per cent. FATCA withholding tax will be imposed on certain payments to certain non-U.S. financial institutions that fail to comply with certification requirements in respect of their direct and indirect United States shareholders and/or United States accountholders. United States accountholders subject to such information reporting or certification requirements may include holders of the Securities. To avoid becoming subject to the 30 per cent. withholding tax on such payments, the Issuer and other non-U.S. financial institutions may be required to report information to the IRS regarding the holders of Securities and, in the case of holders who (i) fail to provide the relevant information, (ii) are non-U.S. financial institutions who have not agreed to comply with these information reporting requirements, or (iii) hold Securities directly or indirectly through such non-compliant non-U.S. financial institutions, withhold on a portion of payments under the Securities. Under final regulations issued by the Treasury Department, such withholding will not apply to payments made before July 1, 2014 with respect to U.S. source payments (e.g., "dividend equivalent" payments) and before January 1, 2017 with respect to non-U.S. source payments.

9. Swiss Taxation

The following is a summary only of the Issuer's understanding of current law and practice in Switzerland relating to the taxation of the Securities issued under the Programme. Because this summary does not address all tax considerations under Swiss law and as the specific tax situation of an investor cannot be considered in this context, investors are recommended to consult their personal tax advisers as to the tax consequences of the purchase, ownership, sale or redemption of and the income derived from the Securities issued under the Programme including, in particular, the effect of tax laws of any other jurisdiction.

The Swiss Federal Tax Administration has issued on 7 February 2007 a Circular Letter No. 15 regarding Certificates and Derivative Financial Instruments subject to Direct Federal Tax, Withholding Tax and Stamp Duty ("**Circular Letter No. 15**"). The Securities issued under the Programme will be taxed in accordance with Circular Letter No. 15 and its appendices. Depending on the qualification of the relevant Security by the competent Swiss tax authorities the taxation of each Security may be different.

Income Tax

Securities are held as private assets (Privatvermögen) by investors resident in Switzerland

Pursuant to the principles of Swiss income taxation, capital gains are in principle Swiss personal income tax exempt for (i) federal direct tax purposes if realised upon a disposal or exchange of movable and immovable private assets and for (ii) cantonal/municipal direct tax purposes if realised upon a disposal or exchange of movable private assets whereas investment income (such as, but not limited to, interest, dividends etc.) deriving from private assets is subject to Swiss personal income tax. However, any capital losses sustained in relation to private assets are not tax

deductible. Hence, (i) capital gains realised upon a sale or redemption of the Securities or (ii) income derived from the Securities stemming from capital gains are in principle Swiss personal income tax exempt for an investor resident in Switzerland holding the Securities as private assets whereas investment income deriving from the Securities is in principle subject to Swiss personal income tax.

Securities are held as business assets (Geschäftsvermögen) by investors resident in Switzerland

Pursuant to the principles of Swiss income taxation, capital gains realised upon disposal, exchange or re-evaluation of business assets are in general subject to (i) either Swiss personal income tax with respect to individuals or (ii) to Swiss corporate income tax with respect to corporations in the same manner as any other commercial or investment income. This applies to both movable and immovable assets. However, as capital gains in relation to business assets are in principle fully taxable, it follows that capital loss in relation to business assets is tax deductible. Hence, (i) capital gains realised upon a sale, exchange, redemption or re-evaluation of the Securities or (ii) income derived from the Securities, irrespective of whether such income stems from investment income or capital gains, are in principle subject to either Swiss personal income tax with respect to an individual investor resident in Switzerland holding the Securities as business assets or subject to Swiss corporate income tax with respect to a corporate investor resident in Switzerland.

Withholding Tax

The Swiss federal withholding tax is in principle levied on income (such as, but not limited to, interest, pensions, profit distributions etc.) from, amongst others, bonds and other similar negotiable debt instruments issued by a Swiss tax resident (*Inländer*), distributions from Swiss tax resident corporations, interest on deposits with Swiss banks as well as distributions of or in connection with Swiss tax resident collective investment schemes. For Swiss federal withholding tax purposes, an individual or corporation qualifies as Swiss tax resident (*Inländer*) being subject to withholding taxation if it (i) is resident in Switzerland, (ii) has its permanent abode in Switzerland, (iii) is a company incorporated under Swiss law having its statutory seat in Switzerland, (iv) is a company incorporated under foreign law but with a registered office in Switzerland, or (v) is a company incorporated under foreign law but is managed and conducts business activities in Switzerland. Hence, as long as the Securities are not issued by an issuer qualifying as a Swiss tax resident for the purposes of the Swiss withholding tax, income derived from the Securities is in principle not subject to Swiss withholding tax.

Securities Transfer Tax

Swiss securities transfer tax is levied on the transfer of ownership against consideration of certain taxable securities (including, but not limited to, bonds) if a Swiss securities dealer is involved in the transaction. Hence, secondary market transactions in the Securities are subject to Swiss securities transfer tax, calculated on the purchase price or sales proceed, if the Securities are qualified as taxable securities, provided that a Swiss securities dealer is involved in the transaction and no exemption applies.

EU System of Tax Retention

Switzerland has introduced a tax retention (withholding tax) pursuant to the agreement between the European Community and the Swiss Confederation providing for measures equivalent to those laid down in the Savings Directive effective as of 1 July 2005 (the "**Agreement**") on interest payments or similar income paid by a Swiss paying agent to an individual resident of an EU Member State, unless the interest payments are made as debt-claims issued by debtors who are residents of Switzerland or pertaining to permanent establishments in Switzerland of non-residents of 35 per cent. as from 1 July 2011. The beneficial owner may avoid the retention by expressly authorising the paying agent in Switzerland to report the interest payments to the competent authority of that state. The competent authority of Switzerland then communicates the information to the competent authority of the EU Member State of residence of the beneficial owner.

Rubik Agreements

Switzerland has signed agreements on a final withholding tax (*Quellensteuerabkommen*) with the United Kingdom and with Austria. According to these agreements, qualifying Swiss paying agents levy a final withholding tax on any investment income if the Securities are held in a custody account with a qualifying Swiss paying agent and if the custody account is directly or indirectly owned by an individual resident in the other contracting state (e.g. Austria). The applicable final withholding tax rate may vary depending on the applicable tax rate in the other contracting state and the type of realised investment income (dividend, interest, capital gain, etc.). Furthermore, the calculation of the income subject to a final withholding tax may vary depending on the applicable agreement. A person subject to a final withholding tax ("**Affected Person**") may avoid such final withholding tax by expressly allowing the qualifying Swiss paying agent to report to the foreign tax authorities in the state of residence of the Affected Person, amongst others, the identity of the Affected Person and the amount of the realised investment income in a certain period.